



1953
2003



1953
2003

50 Jahre

ILLUSTRIERTE CHRONIK
50 JAHRE LANDESWOHLFAHRTSVERBAND HESSEN
1953 – 2003

Impressum

Illustrierte Chronik
50 Jahre Landeswohlfahrtsverband Hessen
1953 – 2003

Text und Redaktion:

Peter Sandner
Rose-Marie von Krauss
Christina Vanja
Jörg Daniel
Servicebereich „Öffentlichkeitsarbeit,
Archiv und Gedenkstätten“ des LWV Hessen

Herausgeber:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Ständeplatz 6-10
34117 Kassel

Grafik und Layout:

Printmedienagentur Hochformat dtp-design
Fuldabrück

Druck:

Druckerei Paul KG, Kassel

ISBN: 3-89203-045-6

Kassel 2003

Inhalt

Seite

6	Fortschritt, Innovation Grußwort des Präsidenten der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen Kurt Wilhelm Sauerwein
8	Der Gründungsgeist besteht fort Grußwort des Landesdirektors des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen Lutz Bauer
10	„Den Hilfsbedürftigen das größte Maß an Hilfe“ Zu Gründung und Geschichte des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen Christina Vanja
25	Ereignisse, Entscheidungen, Entwicklungen 50 Jahre Landeswohlfahrtsverband Hessen 1953-2003
26	1953: LWV Hessen gegründet
28	1954: Erholungskuren für Kinder beschlossen
30	1955: Steigende Ausgaben für Kriegsofferfürsorge
32	1956: LWV-Zweigverwaltung in Darmstadt fertiggestellt
34	1957: „Psychiatrisches Krankenhaus“ statt „Landesheilanstalt“
36	1958: Erstes Mitteilungsblatt für Freunde und Mitarbeiter erschienen
38	1959: Zweiter Landesdirektor Dr. Stöffler in Ruhestand getreten
40	1960: Tuberkuloseheilstätte Schotten eröffnet
42	1961: Bundessozialhilfegesetz verabschiedet
44	1962: Schwesternvorschule Heppenheim und Krankenpflegeschule Eichberg eröffnet
46	1963: Weilmünster wieder Psychiatrisches Krankenhaus

Seite

48	1964: Gedenkfriedhof für NS-„Euthanasie“-Opfer in Hadamar eingeweiht
50	1965: Neubau der Orthopädischen Klinik Kassel eröffnet
52	1966: Mitarbeiterfortbildung beginnt
54	1967: Erich Pfeil wird Erster Landesdirektor
56	1968: Waldkrankenhaus Köppern in LWV-Trägerschaft
58	1969: Protest gegen Heimunterbringung in Guxhagen-Breitenau
60	1970: Schulentwicklungsplan verabschiedet
62	1971: Hebesatz der Verbandsumlage erreicht 10%
64	1972: Erziehungsstellen ins Leben gerufen
66	1973: Sechste LWV-Verbandsversammlung gewählt
68	1974: Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie eingerichtet
70	1975: Psychiatrie-Enquete vorgelegt
72	1976: Erstmals Pflegefamilie für behinderte Kinder und Jugendliche
74	1977: Klinik für gerichtliche Psychiatrie in Haina eröffnet
76	1978: Erholungsheim „Haus am Landgrafenteich“ eröffnet
78	1979: Erster Lehrgang Fachkrankenpflege Psychiatrie gestartet
80	1980: Erster Patientenfürsprecher ernannt
82	1981: Tages- und Nachtklinik „Bamberger Hof“ eingerichtet
84	1982: Neubau des Landhauses im Kalmenhof bezogen
86	1983: 450-jähriges Bestehen der Hohen Hospitäler gefeiert

Seite

88	1984: Ausbau von Institutsambulanzen beschlossen
90	1985: Arbeitskreis Frühförderung ins Leben gerufen
92	1986: Betreutes Wohnen für behinderte Menschen ins Leben gerufen
94	1987: Erster LWV-Ökologiebericht erschienen
96	1988: Ausbau der „Johannes-Vatter-Schule“ abgeschlossen
98	1989: Erste Heilpädagogische Einrichtungen gegründet
100	1990: „Psych-PV“ in Kraft getreten
102	1991: Neue Gedenkausstellung in Hadamar eröffnet
104	1992: Psychiatriemuseum Haina eröffnet
106	1993: Kommunalisierung von Altenhilfe und Jugendhilfe
108	1994: Philipppshospital präsentiert sich als WHO-Pilotkrankenhaus
110	1995: Erste Tagesklinik Sucht in Hessen eröffnet
112	1996: Vereinbarung über LWV-Verwaltungsreform geschlossen
114	1997: Psychiatrische Familienpflege gestartet
116	1998: Zentren für Soziale Psychiatrie und Sozialpädagogische Zentren gebildet
118	1999: LWV im Internet
120	2000: 150 Jahre Schule für blinde Menschen in Friedberg
122	2001: Sozialgesetzbuch IX in Kraft getreten
124	2002: Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn gebildet
126	2003: 50 Jahre LWV Hessen

Fortschritt, Innovation,



Kurt Wilhelm Sauerwein

Präsident der
Verbandsversammlung des
Landeswohlfahrtsverbandes
Hessen

reformerische Kompetenz, Arbeit für die Zukunft – Stichworte, die auf den ersten Blick zur Privatwirtschaft gehören und damit börsennotierten Unternehmen zugeordnet würden. Höherer Kommunalverband – nein, da fallen den meisten Menschen solche Vokabeln doch eher nicht ein. Ein Fehler, wie ein Blick auf 50 Jahre Landeswohlfahrtsverband Hessen zeigt! Wenn Sie durch diese Veröffentlichung gehen, können Sie verfolgen, wie innovativ und zukunftsgerichtet der LWV in fünf Jahrzehnten seine Aufgaben im Sinne der behinderten, kranken und sozial benachteiligten Menschen erfüllt und ein soziales Hessen mitgeschaffen hat.

Ich ziehe als Präsident der LWV-Verbandsversammlung gern eine Bilanz über 50 Jahre LWV. Sie fällt positiv aus und kann auf den folgenden Seiten eindrucksvoll anhand von anschaulichen Beispielen nachvollzogen werden. Nehmen Sie das Betreute Wohnen für behinderte Menschen in Hessen. Als die Abgeordneten in der Verbandsversammlung am 21. Mai 1986 der gemeinsam mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege und zwei hessischen Kommunalen Spitzenverbänden erarbeiteten Vereinbarung zustimmten, war ihnen klar, dass sie Neuland betraten. Sie taten es in der festen Überzeugung, damit den behinderten Menschen den Schritt hin zu einem selbstbestimmten Leben in weitestgehender Normalität zu ermöglichen. Die Abgeordneten sahen darin ebenfalls einen (strategischen) Weg, um Kosten

im Sozialhilfereich zu senken. Wie erfolgreich dieser Weg letztendlich sein würde, war indes nicht abzusehen. – Das Betreute Wohnen ist zu einem sozialpolitischen Renner geworden und hat Hessen in der Bundesrepublik als beispielgebend in diesem Bereich etabliert. Gleichsam bedeutet dies Anerkennung für alle engagierten und motivierten Mitarbeiter in diesem Bereich. Ständig den neuesten Erfordernissen angepasst, auf neue Gruppen ausgedehnt und im Personalschlüssel überprüft, mündet das Betreute Wohnen heute in das ebenfalls beim LWV initiierte Konzept Wohnen im Verbund. Auch hier kommt dem LWV eine entscheidende Rolle zu.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass im LWV über die gesetzlichen Aufgaben hinaus innovative sozialpolitische Projekte und Programme entwickelt wurden, die heute zum Standard in der hessischen Sozialpolitik gehören. Die Reihe kann erweitert werden, beispielsweise um die Erziehungsstellen, den Familienentlastenden Dienst oder auch die Psychiatrische Familienpflege. Großen Anteil hat der LWV auch an der Umsetzung der Psychiatriereform. Die gebündelte Kompetenz beim LWV als Einrichtungs- und Kostenträger führte zum konsequenten Ausbau der Gemeindepsychiatrie, dem Aufbau ambulanter und teilstationärer Angebote. Dass der LWV immer auf soziale Veränderungen reagieren und notwendige Anpassungen in der sozialen Infrastruktur umsetzen konnte, war nur mit der ständigen kritischen Auseinandersetzung mit

den eigenen Aufgaben, und damit einhergehend durch ständige innere Reform möglich.

All das wird auch in Zukunft beim LWV von Nöten sein, denn ein Problem ist selbst mit hoher Innovationsfähigkeit schwerlich zu lösen: die Schere zwischen Einnahmen des LWV und den stetig steigenden Ausgaben zu schließen. Die Zahl der von uns zu betreuenden Menschen wird weiter steigen und die Finanzsituation der Kommunen wird mit dieser Entwicklung immer weniger Schritt halten können. Hier stand und steht der LWV immer wieder im Kreuzfeuer der Kritik. Oft ging diese Kritik bis hin zur Forderung nach Auflösung des Verbandes. Dies ist im Jubiläumsjahr kein Thema. Und angesichts des Geleisteten darf es auch keines mehr werden, denn die in den 50 Jahren aufgebaute sozialpolitische Kompetenz des LWV muss im Interesse der Menschen und in unserer Gesellschaft zum Wohle unseres Gemeinwesens weiterwirken.



Kurt Wilhelm Sauerwein

Der Gründungsgeist besteht fort



Lutz Bauer

Landesdirektor des
Landeswohlfahrtsverbandes
Hessen

Der LWV-Gründung im Jahre 1953 ging eine politische Debatte voraus: Sollten die Aufgaben der sozialen Fürsorge auf staatlicher oder auf kommunaler Ebene verankert werden? Mit der Verabschiedung des Mittelstufengesetzes am 7. Mai 1953 setzte sich der Grundsatz: „Staatsverwaltung soviel wie nötig, Selbstverwaltung soviel wie möglich“ durch, die damaligen politischen Entscheidungsträger wollten mehrheitlich eine kommunale Lösung. Die kommunale Verwaltung, so war man letztlich überzeugt, habe

stets den Finger am Pulsschlag des Lebens und sei daher in der Lage, die wechselnden Bedürfnisse der Bevölkerung rechtzeitig zu erkennen. Es sollte aber auch ein für das ganze Land Hessen leistungsfähiger Verband entstehen, weil es sich bei den Aufgaben des LWV um Fürsorgeaufgaben handele, die die Gemeinden und Kreise nicht selbst und alleine erfüllen könnten. Das damals noch junge Grundgesetz verwies auf das Gebot gleichwertiger Lebensverhältnisse in seinem Geltungsbereich. Der als Kommunalverband verfasste LWV, so erinnerte sich später Landesdirektor Hermann Schaub, erschien als geeignetes Instrument, behinderten und kranken Menschen im gesamten Hessenland Unterstützung und Förderung zuteil werden zu lassen. Auch einen „Ausgleich der Fürsorgelasten“ zwischen dem finanzstärkeren Rhein-Main-Gebiet und dem damals bereits finanzschwächeren Nordhessen erwähnt Schaub als wichtigen Beweggrund.

Viel hat sich seit der Gründung des LWV vor fünfzig Jahren verändert, der LWV selbst hat sich – nicht zuletzt aus einem starken eigenen Antrieb – vor Veränderungen nie gescheut. Dennoch gelten die oben skizzierten Argumente für die Gründung des LWV nach meiner festen Überzeugung noch heute. Bei Jubiläen wird gern in Euphemismen geredet und geschrieben, man möchte ja höflich sein und keine Misstöne bei einem feierlichen Anlass erzeugen – in der Geschichte des LWV gab es jedoch auch solche Situationen. Ich

hoffe sehr und bin mir aber doch sicher, zu den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen des LWV werden überwiegend viele positive Stimmen laut – und dies nicht allein aus Höflichkeit, sondern aus Überzeugung von der Nachhaltigkeit des gemeinsam Geschaffenen.

Der LWV und alle in ihm tätigen Menschen haben in den vergangenen Jahren immer wieder unter Beweis gestellt, dass sie die Herausforderungen der Zeit erkannt und sich ihnen gestellt haben. Gemeinsam haben wir einen Reformprozess begonnen und bereits mit spürbaren Wirkungen vorangetrieben, der in der ereignisreichen LWV-Geschichte von herausragender Bedeutung und Qualität ist. Die Behindertenhilfe bedarfsgerecht und personenzentriert zu gestalten, das sozialpsychiatrische Versorgungsangebot in den hessischen Regionen zu optimieren und gleichzeitig die Organisation LWV zu modernisieren, das waren und sind die Hauptaufgaben, denen wir uns gestellt haben und die auch in den kommenden Jahren unsere ganze Kraft erfordern werden.

Das neue Selbstverständnis des modernisierten LWV kommt einem Paradigmenwechsel nahe: Im Mittelpunkt des personenzentrierten Hilfeangebotes steht nun der behinderte Mensch, während früher der Blick stärker auf die Schaffung und den Betrieb von Einrichtungen gerichtet war. Die Einrichtungen wachsen jetzt in die Rolle eines Partners im Dreiecksverhältnis Leistungsempfänger – Leistungserbringer – Kostenträger. Die Zukunft des Betreuten Wohnens macht diese Entwicklung deutlich: Ein vernetztes „Wohnen im Verbund“ ermöglicht eine passgenaue Wohnform für behinderte Menschen und erleichtert deren Wahlfreiheit. Das gesamte Verfahren mit

Zuweisung von Wohnheimplätzen, Kostenübernahmeerklärungen etc. wird entbürokratisiert. Neben diesem humanisierenden Effekt streben wir den Umbau zum Wohnen im Verbund auch deshalb an, weil er einen spürbaren Beitrag zur Kostenbegrenzung zu leisten vermag.

Auch die Verwaltungsreform beim LWV, die so viel Innovatives brachte und soviel Bereitschaft zur Veränderung voraussetzt, ist nicht aus dem Nichts entstanden, sondern hat ihre Wurzeln im Gründungsgeist des LWV und einer nunmehr fünfzigjährigen engagierten Arbeit vieler Menschen. Wer den LWV heute verstehen und weiter entwickeln will, muss seine Geschichte kennen. Dazu legen wir Ihnen im Jubiläumsjahr diese kleine Handreichung vor. Diese Publikation ist keine klassische Festschrift. Sie ist eher eine kleine illustrierte Chronologie des LWV. Auf eine aufwändigere Ausstellung haben wir verzichtet. Die Publikation soll Ihnen zeigen, dass das Leitbild, das sich der LWV vor einigen Jahren gegeben hat, bei Lichte besehen schon bei der Gründung des Verbandes galt und nichts von seiner Bedeutung verloren hat: Menschen, die krank, behindert und sozial benachteiligt sind, möchte der LWV fördern und unterstützen. Sie sollen die gleichen Möglichkeiten zu einer gesellschaftlichen Teilhabe erhalten wie Menschen ohne Behinderung.



Lutz Bauer

„Den Hilfsbedürftigen das größte Maß an Hilfe“

Zu Gründung und Geschichte des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Christina Vanja

Am Vormittag des 8. Septembers 1953 trat im Fuldaer Kreishaus zum ersten Mal die Verbandsversammlung des mit Gesetz vom 7. Mai desselben Jahres neu gegründeten Landeswohlfahrtsverbandes Hessen zusammen. Alle 45 gewählten Abgeordneten der Landkreise und kreisfreien Städte, darunter eine Frau, waren versammelt. Dass die „Geburt“ des neuen Verbandes nicht gerade komplikationslos verlaufen war, darauf verwies der damalige Hessische Innenminister Heinrich Zinnkann bei der Eröffnung der ersten Verbandsversammlung unmissverständlich: „Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit der Bildung des Landes Hessen nach dem Zusammenbruch war man sich darüber klar und einig, dass die überkommene Situation der Verwaltung in der Mittelstufe einer Bereinigung bedurfte, dass die Unterschiede in der Verwaltungsorganisation und im Verwaltungsrecht zwischen den früher preussischen und den althessischen Gebietsteilen des Landes beseitigt werden mussten. Über den Weg, auf dem dieses Ziel zu erreichen war, bestanden allerdings Meinungsverschiedenheiten, auf die ich hier – sagen wir mal aus Gründen des guten Geschmacks – nicht eingehen möchte. Ich will auch keine Ressentiments auslösen. Dass diese Versammlung trotzdem so, wie Sie hier vor mir sitzen, zustande gekommen ist, werte ich als einen Ausdruck echter demokratischer Grundeinstellung aller hier Versammelten und der beteiligten politischen Parteien. Ich begrüße es ganz besonders, dass Sie sich über alle historischen Ressentiments und alle Meinungsverschiedenheiten hinweg zur Mit-

arbeit in dem neuen Landeswohlfahrtsverband bereitgefunden haben, und ich darf meiner Hoffnung Ausdruck geben, dass diese Zurückstellung persönlicher Ansichten und Meinungen vor der großen Aufgabe dieses Verbandes, nämlich den Hilfsbedürftigen das grösste Mass an Hilfe angedeihen zu lassen, auch oberster Grundsatz für Ihre Arbeit in diesem Verbands sein möge.“ (Tonbandprotokoll, S. 3)

Welche Probleme stellten sich der hessischen Verwaltung nach 1945?

Das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs neu geschaffene Bundesland Hessen setzte sich aus den Gebieten der ehemaligen preußischen Provinz Hessen-Nassau und des Landes Hessen (-Darmstadt) zusammen, soweit sie im Bereich der amerikanischen Besatzungszone lagen und in der Zeit der Militärregierung zu „Groß-Hessen“ zusammengelegt worden waren. Die Formen staatlicher und kommunaler Administration unterschieden sich in den preußischen und nicht-preußischen Teilen Hessens jedoch insbesondere auf der so genannten Mittelstufe der Verwaltung grundlegend. Während im Land Hessen (-Darmstadt) alle überörtlichen Aufgaben staatlich verwaltet wurden, bestanden in den beiden Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden der ehemaligen preußischen Provinz Hessen-Nassau zwei so genannte Bezirkskommunalverbände als Organe der kommunalen Selbstverwaltung. Die Idee der kommunalen Selbstverwaltung, d. h. der Erfüllung von öffentlichen Gemein-

schaftsaufgaben unter eigener Verantwortung der Provinzen, Kreise und Gemeinden, geht auf die Reformvorstellungen des Freiherrn Heinrich Friedrich vom Stein (1757-1831) zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurück. Im Königreich Preußen kam es bereits 1808 durch die Stein'schen Reformen zu einer Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden. Im Großherzogtum Hessen (-Darmstadt) wurde 1821 eine Gemeindeordnung erlassen, das Kurfürstentum Hessen (-Kassel) und das Herzogtum Nassau folgten 1834 und 1854. Diese drei Gemeindeordnungen regelten allerdings lediglich die Selbstverwaltung der Städte und Landgemeinden, während sich eine Selbstverwaltung auf der Ebene der Landkreise erst nach 1860 durchsetzte. Provinzialverbände der Stände mit Selbstverwaltungsbefugnissen im Bereich landschaftlicher Interessen bildeten sich in Preußen bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Nach der Annexion Kurhessens, Nassaus, der Landgrafschaft Homburg (v. d. H.) und der Freien Reichsstadt Frankfurt am Main durch Preußen im Jahre 1866 fand diese Form überörtlicher Selbstverwaltung auch in der neu gebildeten preußischen Provinz Hessen-Nassau Eingang. Wegen der sehr unterschiedlichen regionalen und landschaftlichen Traditionen in Kurhessen und in Nassau entschied sich der preußische Landtag für die Bildung zweier Bezirksverbände in beiden Regierungsbezirken mit Sitz in Kassel und Wiesbaden und jeweils eigenen Verwaltungen und Kommunallandtagen, welche die Politik bestimmten. Die beiden Bezirksverbände nahmen 1867 ihre Arbeit auf. Ein

gemeinsamer Provinzialverband mit einem Provinziallandtag übernahm nur wenige Aufgaben. Die Kommunallandtage wurden direkt gewählt, zunächst nach ständischem Wahlrecht, ab 1920 in allgemeiner, direkter und freier Wahl. In dem Preußen gegenüber selbstständig gebliebenen Großherzogtum Hessen wurden 1874 durch eine Verwaltungsreform ebenfalls kommunale Selbstverwaltungskörperschaften in Form von Kreisverbänden (Starkenburg, Oberhessen und Rheinhessen), mit Provinzialausschuss und Provinzialdirektor gebildet. Die hessen-darmstädtischen Provinzialverbände waren im Vergleich zu den preußischen Bezirksverbänden für eine wirksame Mittelinstanz jedoch zu klein und hatten entsprechend wesentlich geringere Kompetenzen. Schon 1937 waren jedoch auch diese wenigen Zuständigkeiten auf die staatliche Verwaltung übertragen worden.

Die Bezirkskommunalverbände

Den beiden preußischen Bezirkskommunalverbänden der Provinz Hessen-Nassau wurden seit 1866 per Gesetz umfangreiche Aufgabengebiete übertragen. Sie waren zunächst zuständig für die Unterhaltung der Landeskrankenhäuser und Landeshospitäler, die Landarmenpflege, die Unterhaltung der Arbeitshäuser für so genannte Landstreicher und die Unterstützung des Baues von Chausseen und Landwegen. Hinzu kamen in den folgenden Jahren u. a. die Gründung und Übernahme von „Taubstummenanstalten“, die Verwaltung von Kredit- und Versicherungsan-

stalten (z. B. Landeskreditkasse in Kassel, Nassauische Landesbank in Wiesbaden) und die Unterbringung „verwahrloster“ Kinder. Auch die Landesbibliotheken, die Geschichtspflege und der Denkmalschutz unterstanden der Obhut der Kommunalverbände.

Neue Versorgungsbereiche kamen im 20. Jahrhundert hinzu: die Fürsorge für Kriegs- und Arbeitsopfer, die so genannte „Krüppelfürsorge“ (Orthopädische Kliniken), die Tuberkulosenhilfe, die Behandlung Geschlechtskranker, die Unterbringung Heimatloser sowie die Kinderheilfürsorge. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben übernahmen die beiden Verbände ältere Fürsorgeeinrichtungen, die sie bald ausbauten und durch Neugründungen ergänzten.

Die finanzielle Grundlage der Verbände bildete anfangs das Kapitalvermögen des ehemaligen kurhessischen beziehungsweise nassauischen Staatsschatzes. Durch verschiedene Gesetze wurden zusätzliche zweckgebundene Einkünfte durch jährliche Zuweisungen des Staates zur Erfüllung erweiterter Aufgaben erschlossen. Als diese Mittel zur Deckung des Finanzbedarfes nicht mehr ausreichten, wurden am Ende des 19. Jahrhunderts erstmals Bezirksumlagen erhoben, und zwar in Wiesbaden ab 1894 und in Kassel ab 1899. Nach der Inflation der frühen 20er Jahre, die das Kapitalvermögen der Verbände vernichtete, musste 1923 die Sicherstellung der Einnahmen durch ein Finanzausgleichsgesetz zwischen Reich, Land und den Provinzial- beziehungsweise Bezirksverbänden geregelt werden.

Die staatliche Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg veränderte die Rolle der Kommunalverbände nicht, vielmehr wurde diese Form der Selbstverwaltung in der Reichsverfassung von

1919 (Artikel 127) sowie in der preußischen Verfassung von 1920 (Artikel 70 und 72) explizit verankert und schließlich durch die Einführung des direkten Wahlrechts auch für die Kommunallandtage in Preußen noch bekräftigt.

Einen negativen Einschnitt stellte dagegen der Beginn der nationalsozialistischen Diktatur dar. Die Kommunalverbände blieben zwar bestehen, verloren aber ihre demokratische Verfassung und ihre Funktion als Sachwalter der Kommunen. Die Kommunallandtage und die Landesausschüsse wurden aufgelöst, ihre Aufgaben dem Oberpräsidenten übertragen. Der Landeshauptmann war nur noch dessen Stellvertreter in Angelegenheiten des Kommunalverbandes. Die staatlichen und kommunalen Verwaltungen selbst blieben aber nach wie vor getrennt. Insbesondere die Fürsorgepolitik der Kommunalverbände wurde in hohem Maße durch den Rassismus der Nationalsozialisten bestimmt. Die „Euthanasie“-Verbrechen in hessischen Heil- und Pflegeanstalten bildeten den grausamen Höhepunkt dieser menschenverachtenden Politik. Nach neuesten Berechnungen wurden im Bereich des heutigen Bundeslandes Hessen mehr als 20.000 kranke und behinderte Menschen ermordet. Noch im Jahre 1944 wurde auf dem Hintergrund von Machtkämpfen innerhalb der NSDAP in Hessen-Nassau eine Neugliederung der Verwaltung verfügt, welche die Bildung zweier getrennter Provinzen Kurhessen und Nassau mit entsprechenden Provinzialverbänden bewirkte. Angesichts der Dominanz der Kriegsergebnisse spielte diese Verwaltungsreform jedoch praktisch keine Rolle.

Neubeginn nach 1945

Das nationalsozialistische Gewaltregime und der Zweite Weltkrieg hinterließen in Hessen wie in anderen Regionen eine Fülle akuter Probleme, welche die Verwaltungen umgehend angehen mussten. Die Fürsorgeeinrichtungen waren vielfach heruntergekommen, Straßen, Brücken und Gebäude sowie Wirtschaftsbetriebe durch den Krieg zerstört; Hunger, Wohnungsnot, Krankheiten, Kriegsverletzungen und Flüchtlingseindringend bestimmten den Alltag. Während im darmstädtischen Regierungsbezirk sich der Staat der überörtlichen Probleme unmittelbar annahm, bedienten sich die Regierungspräsidenten in Wiesbaden und Kassel hierfür der Bezirkskommunalverbände, die die amerikanische Militärregierung ihnen unterstellt hatte. Zur Leitung der Kommunalverwaltungen wurden die Sozialdemokraten Georg Häring (1885-1973) für Kassel und Otto Witte (1884-1963) für Wiesbaden berufen. Beide waren vor 1933 bei den Bezirkskommunalverbänden tätig gewesen, wurden jedoch nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten politisch verfolgt und von allen öffentlichen Aufgaben ausgeschlossen. Häring war 1945/46 vorübergehend Hessischer Minister für Ernährung und Landwirtschaft, Witte wirkte als Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung „Groß-Hessens“ und als Präsident des Hessischen Landtages.

Die Kommunalverbände blieben bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1953 staatliche Verwaltungen, die Kommunallandtage wurden nicht wieder ins Leben gerufen. Um jedoch eine begrenzte Partizipation regionaler Vertreter sicherzustellen, wurden Landeskommunalausschüsse gebildet,

die mit Repräsentanten der politischen Parteien

und der kommunalen Spitzenverbände besetzt waren. Sie hatten aber lediglich beratende Funktion.

Die Verwaltungen mussten infolge der Entnazifizierung zum Teil neu besetzt werden, und es galt, die einzelnen im Kriege ausgelagerten Verwaltungsabteilungen wieder zusammenzulegen, die Versorgung in den Einrichtungen sicherzustellen, Unterkünfte für Flüchtlinge und Heimatlose zu schaffen, neue Krankenabteilungen einzurichten, erste, dringend notwendige Baumaßnahmen einzuleiten und Finanz-, Versicherungs- und andere Wirtschaftsunternehmen in Gang zu bringen beziehungsweise Kultureinrichtungen wiederzueröffnen. Neue Einrichtungen wurden von den beiden Bezirkskommunalverbänden insbesondere in den Bereichen der Tuberkulosehilfe, der Orthopädie, der Fürsorgeerziehung und der Behandlung von Geschlechtskrankheiten geschaffen. Gefördert wurde u. a. besonders der Wohnungsbau für Schwerbeschädigte. Einen Schwerpunkt bildete auch die Verbesserung der Fürsorgeleistungen für Hilfsbedürftige.

Das Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen

Mit Wirkung zum 12. Mai 1953 wurden die Bezirkskommunalverbände in Hessen nach über 85-jährigem Bestehen aufgelöst. Dieser Entschluss und die sich anschließende Neuordnung durch Verteilung der Kompetenzen auf den Staat, die einzelnen Kommunen und den neuen Landeswohlfahrtsverband Hessen waren keineswegs unumstritten. Nachdem die erste Phase der hessischen Verwaltungsreform, wel-

che die Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden betraf, mit breitem Konsens abgeschlossen war, führte die Diskussion um die Reform der so genannten Mittelstufe der Verwaltung zu Turbulenzen, die sich u. a. in fast täglichen Presseverlautbarungen widerspiegeln. Bereits seit der Gründung des Landes Hessen 1949 wurden immer wieder Stimmen für oder gegen die Beibehaltung auf der Mittelstufe laut. Während vor allem die Vertreter der Bezirkskommunalverbände selbst und die Oppositionsparteien im Landtag (insbesondere CDU und FDP) sich für Selbstverwaltungsorgane in allen hessischen Regierungsbezirken stark machten, avisierte die hessische Landesregierung unter Ministerpräsident Georg August Zinn (SPD) schon frühzeitig eine Verstaatlichung überörtlicher Aufgaben. Ausdruck fand diese Sicht der SPD-Landtagsfraktion im ersten Entwurf eines „Gesetzes über die Landschaftsverwaltung“, der von einem interministeriellen Ausschuss vorbereitet worden war und am 22. Oktober 1952 in die erste Lesung ging. Der Gesetzentwurf sah im Wesentlichen vor, die bisher in den ehemals preußischen Regierungsbezirken durch Kommunalverbände getragenen Aufgaben nun bei den neu geschaffenen Regierungspräsidenten anzusiedeln, die durch einen „Landschaftsausschuss“ beraten werden sollten. Dieser Ausschuss sollte jedoch nicht durch die kommunalen Vertreter gewählt, sondern vom Landtag bestimmt werden. Das Ziel der Landesregierung war es, wie Innenminister Zinnkann ausführte, „die Doppelgleichigkeit auf der Mittelstufe der Verwaltung zu beseitigen (d. h. der Regierungspräsidien und der Kommunalverbände – C.V.) und im ganzen Lande ein einheitliches System der Verwaltung

auf der Mittelstufe herbeizuführen.“ (Protokoll der Verhandlung, S. 1305) Die Entgegnungen der Opposition vorwegnehmend, führte Ministerpräsident Zinn weiter aus: „Die Selbstverwaltung als politisches Prinzip, als besondere Erscheinungsform der demokratischen Verwaltung, hat ihre eigentliche Domäne im örtlichen Bereich, in der Gemeinde und im Kreis [...] Es kann auch nicht anerkannt werden, daß, wie behauptet wird, der Selbstverwaltung auch heute noch eine besondere politische Mission als Gegenspieler der staatlichen Verwaltung gestellt sei [...] Diese Auffassung gehört der Vergangenheit an.“ (Ebd., S. 1306)

Gerade dieser Ansicht waren jedoch die Vertreter der Opposition nicht. Sie verwiesen vielmehr auf die lange demokratische Tradition der Kommunalverwaltungen und auf ihre engen Bezüge zur Bevölkerung und hoben sie als das notwendige Gegengewicht zur Zentralität der Staatsregierung hervor. In der sich zuspitzenden Landtagsdebatte fasste der FDP-Abgeordnete Ernst Landgrebe zusammen: „[...] und wenn heute, das lassen Sie mich als letzten Satz sagen – im Jahre 1952 –, Aufgaben, die der Staat und die Monarchie vor 85 Jahren an die Selbstverwaltung gegeben hat, wieder an die Staatsverwaltung zurückgehen sollen, so muß ich das als einen Schildbürgerstreich bezeichnen. Wir sind nicht geneigt, diesen Schildbürgerstreich mitzumachen.“ (Ebd., S. 1314 f.) Der CDU-Abgeordnete Eduard Trabert aus Kassel sah sich als Vertreter Nordhessens. Die eigenen Traditionen des ehemaligen Kurhessen würden übergangen, Nordhessen werde einmal mehr an die Peripherie gedrängt. In der Tat war der Protest aus Nordhessen gegen die Auflösung des dortigen

Kommunalverbandes besonders stark. Über 70 Organisationen, Verbände, Unternehmen und Kammern hatten sich zusammengeschlossen und eine entsprechende Denkschrift unterzeichnet, in der sie auf die gute Zusammenarbeit mit dem Kommunalverband und dessen durch seine Selbstständigkeit bedingten wirkungsvollen Handlungsmöglichkeiten hinwiesen. Eine Abordnung des „Ausschusses Nordhessen“ unter Leitung von Landrat a. D. Heinrich Treibert reichte den Gegenentwurf zur Landtagssitzung ein.

Allerdings wurde auch weit über diese Kreise hinaus Kritik an den Vorstellungen der Landesregierung geäußert. In erster Linie engagierten sich die Kommunalverbände unter Häring und Witte selbst. Sie wurden unterstützt von den Landräten, Vertretern städtischer Kommunen, dem Hessischen Städtetag, der Gewerkschaft ÖTV, von Vereinen und Verbänden jeglicher politischer Richtung. Selbst der Bund der Steuerzahler setzte sich öffentlich für den Erhalt der Kommunalverbände ein.

Die Aussichtslosigkeit, Zuspruch zum Gesetzentwurf zu gewinnen, war für die hessische Landesregierung überdeutlich. Am Ende dieser ersten Lesung wurde ein Sonderausschuss mit der Neufassung beauftragt. Der Ausschuss unter Ministerpräsident a. D. Christian Stock setzte sich aus zehn Vertretern und Vertreterinnen der SPD, je zwei Abgeordneten der FDP und der CDU sowie einem Politiker des BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) zusammen. Knapp ein halbes Jahr später erfolgte am 15. April 1953 die 2. Lesung des Gesetzes. Der Sonderausschuss hatte inzwischen eine völlig neue, von der Regierung als „vierte Lösung“ eingebrachte Antwort auf das Problem der Verwal-

tungsreform gefunden. Nach weiteren unerheblichen Änderungen wurde dieser Lösungsentwurf schließlich am 7. Mai 1953 vom Hessischen Landtag als Gesetz angenommen.

Wie schon im ersten Entwurf war die Auflösung der Bezirkskommunalverbände vorgesehen, jedoch sollten deren Aufgaben nun nur noch zum Teil auf den Staat übergehen. Einen Teil der Aufgaben erhielten die einzelnen Kommunen. Der überwiegende Anteil der sozialen Aufgaben, insbesondere im Fürsorgebereich, aber sollte in Zukunft von einem neu zu bildenden Kommunalverband, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen, erfüllt werden. Der neue, von Kreisen und kreisfreien Städten gebildete Verband sollte als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts insbesondere Landesfürsorgeverband im Sinne der Verordnung über die Fürsorgepflicht sein. Er wurde darüber hinaus als Fürsorgeerziehungsbehörde und Träger der Kosten der Fürsorgeerziehung bestimmt und sollte die Aufgaben der Hauptfürsorgestelle übernehmen. Die Übertragung weiterer Aufgaben auf dem Gebiet der Volkswohlfahrt hielt das Gesetz offen.

Als Parlament wurde eine Verbandsversammlung mit 45 Mitgliedern vorgesehen, die von den Stadtverordneten der kreisfreien Städte und den Kreistagsabgeordneten gewählt werden mussten. Als Organe des neuen Verbandes wurden neben der Verbandsversammlung der Verwaltungsausschuss sowie der Direktor und sein Stellvertreter festgelegt. (Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen, Paragraphen 3 bis 7)

Das neue Gesetz wurde im Hessischen Landtag mit einer Mehrheit von 47 (SPD und BHE) gegen 20 (CDU und FDP) Stimmen verabschiedet.

Die FDP-Fraktion beantragte anschließend beim Staatsgerichtshof den Erlass einer einstweiligen Verfügung, weil das Gesetz gegen die Hessische Verfassung (Paragraph 137 über die Selbstverwaltung) verstoße. Der Antrag blieb jedoch ohne Erfolg.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Heinrich Schneider, stellte abschließend zu dieser in der Tat „schwierigen Geburt“ fest, wenn „das Gesetz auch nicht die ideale Lösung bringe, so enthalte es doch die beste der vorgeschlagenen Lösungen.“ („Volksstimme“, 9. Mai 1953)

Die Übergangszeit

Bis der neue Kommunalverband jedoch seine Arbeit aufnehmen konnte, waren weitere Regelungen im Einzelnen und eine entsprechende organisatorische Vorbereitung notwendig. Diese Überleitungsaufgaben wurden vom damaligen Hessischen Minister des Innern, Heinrich Zinnkann, geleitet. Er beauftragte den Kasseler Landeshauptmann Georg Häring mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Verwaltungsausschusses und des Landesdirektors. Häring regelte zugleich die Abwicklung des Bezirkskommunalverbandes Kassel. Entsprechendes leistete in Wiesbaden Landesrat Franz Fuchs.

An das Land Hessen wurden insbesondere folgende Aufgaben der Bezirkskommunalverbände übergeben:

- die Unterhaltung und Verwaltung der Landstraßen erster Ordnung mit der gesamten Straßenbauverwaltung,
- die Aufgaben des Landesjugendamtes (mit Ausnahme der Fürsorgeerziehung und der

Erziehungsfürsorge) mit dem Landesjugendlager Dörnberg,

- die Kultur- und Kreditförderung und die damit verbundenen Beteiligungen an Energieversorgungs- und Verkehrsbetrieben sowie Wohnungsbaugesellschaften in Höhe von 14,2 Millionen DM,
- die Landesbibliotheken mit ca. 700.000 Bänden,
- die Landesämter für Bodenaltertümer und Vor- und Frühgeschichte,
- die Brandversicherungsanstalten, Versicherungs- und Versorgungskassen,
- das Landesleihhaus und die Landesleihbanken in Fulda und Hanau mit ihren Vermögenswerten von ca. 4 Millionen DM,
- die Landeskreditkasse in Kassel und die Nassauische Sparkasse in Wiesbaden.

Dagegen übernahm der neue Landeswohlfahrtsverband vom Staat die Fürsorgeeinrichtungen im Regierungsbezirk Darmstadt, nämlich:

- die Heil- und Pflegeanstalten Philippshospital, Heppenheim und Gießen,
- die Schulen für Blinde und „Taubstumme“ in Friedberg,
- die ehemaligen „Provinzial-Siechenhäuser“ in Darmstadt-Eberstadt und Gießen.

Die Schulden der Bezirkskommunalverbände wurden auf das Land Hessen (9,5 Millionen DM) und den Landeswohlfahrtsverband Hessen (4,3 Millionen DM) aufgeteilt. Von den 4.620 aktiven Bediensteten und 1.546 Versorgungsempfängern und -empfängerinnen der Bezirksverbände wurden

- 1.665 Bedienstete und 932 Versorgungsempfänger und -empfängerinnen vom Land

Hessen sowie

- 2.955 Bedienstete und 614 Versorgungsempfänger und -empfängerinnen vom LWV Hessen übernommen.

Schon in der letzten Phase der Gesetzesdiskussion hatte die hessische Regierung, entsprechenden Plädoyers der Kommunalverbände folgend, versprochen, dass keine Entlassungen vorgenommen würden. Allerdings wurde ein Stellenabbau angestrebt.

Aus den staatlichen Dienststellen und Einrichtungen des Regierungsbezirkes Darmstadt gingen 981 Bedienstete und 172 Versorgungsempfänger und -empfängerinnen auf den Landeswohlfahrtsverband über.

Insgesamt übernahm der neue Verband vom Land Hessen und den ehemaligen Bezirkskommunalverbänden über 40 Einrichtungen und Abteilungen mit 12.000 Betten, nämlich

- 9 Heil- und Pflegeanstalten,
- 9 Jugend- und Aufnahmeheime,
- 8 Heilstätten,
- 4 „Taubstummenanstalten“ und Blindenschulen,
- 3 Kinderkurheime,
- 3 Orthopädische Kliniken,
- 9 Altersheime,
- 2 Forste (Haina-Ost und Haina-West), die zum Stiftungsvermögen der alten landgräflichen Hohen Hospitäler von 1533 gehört hatten.

Hinzu kam die Versorgung von rund 900.000 Fürsorgeempfängern und -empfängerinnen. Zu den Einrichtungen gehörte ein Areal an landwirtschaftlicher Nutzfläche von 1.500 ha und an Wald von 7.000 ha.

Der Sitz der Hauptverwaltung des LWV Hessen stand bei der Verabschiedung des Gesetzes

noch nicht fest. Infolgedessen verteilte sich die Übergangsverwaltung unter Landeshauptmann Häring auf Kassel, Darmstadt und Wiesbaden und wurde dort durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in leitender Stellung unterstützt.

Die Arbeit des LWV Hessen beginnt

Während die erste Verbandsversammlung des LWV am 8. September 1953 in Fulda die Wahlen zum Präsidium und für die einzelnen Ausschüsse vornahm, bestimmte die zweite Plenarsitzung im Frankfurter Römer am 23. Oktober 1953 Kassel zum Sitz des neuen Verbandes und wählte den Direktor, seinen Stellvertreter sowie die ehrenamtlichen Mitglieder des Verwaltungsausschusses.

Kassel als Sitz der Hauptverwaltung des LWV war bereits seit langem im Gespräch. Mitbewerberinnen waren die Städte Darmstadt, Frankfurt am Main und Wiesbaden. Die Stadt Kassel veröffentlichte eigens eine Denkschrift, in der sie die Vorzüge der Stadt für den neuen Verband herausstellte. Zwei Gesichtspunkte dürften schließlich den Ausschlag für die einstimmige Entscheidung (bei vier Enthaltungen) gegeben haben: Das Ständehaus in Kassel, das im Zweiten Weltkrieg kaum zerstört worden war, bot der Hauptverwaltung sowie den Plenar- und Ausschusssitzungen des neuen Verbandes ausreichenden Raum. Und: Der Regierungsbezirk Kassel wurde als „Notstandsgebiet“ gesehen, das es strukturpolitisch zu unterstützen galt. Darüber hinaus kam die Entscheidung den in Nordhessen deutlich artikulierten Wünschen angesichts der bereits schwer zu akzeptierenden Regierungsverlage-

rung nach Südhessen entgegen.

In Darmstadt und Wiesbaden wurden Zweigverwaltungen des Verbandes eingerichtet, deren Schwerpunkte vor allem in der Fallbearbeitung des Landesfürsorgeverbandes, der Fürsorgeerziehungsbehörde und der Hauptfürsorgestelle für den jeweiligen Regierungsbezirk lagen.

Zum ersten Direktor des LWV wählten die Abgeordneten Hermann Schaub (SPD), zu seinem Stellvertreter Dr. Friedrich Stöffler (CDU). Beide Politiker waren bereits in der Zeit der Weimarer Republik mit der Arbeit der Kommunalverbände bestens vertraut, hatten jedoch durch den Nationalsozialismus alle ihre Ämter verloren. Nach 1945 beteiligten sich beide an der Wiedereinrichtung des Bezirkskommunalverbandes Wiesbaden, Schaub (1900-1961) als Mitglied des Landeskommunalausschusses Wiesbaden und Dr. Stöffler (1894-1982) als Leiter der Anstaltsverwaltung.

Mit den genannten Entscheidungen war der neue Landeswohlfahrtsverband Hessen arbeitsfähig. Eine rege Aufbauarbeit begann. Als Bilanz der ersten Jahre konnte der Hessische Ministerpräsident 1956 feststellen: „Der Landeswohlfahrtsverband Hessen, von der Regierung als Maßnahme der Verwaltungsreform vorgeschlagen und vom Landtag beschlossen, besteht nun drei Jahre. Das ist kein langer Zeitraum. Trotzdem läßt sich heute schon sagen, daß der Landeswohlfahrtsverband in vorbildlicher Weise die ihm gestellten Aufgaben erfüllt.“ (Grußwort in „3 Jahre Landeswohlfahrtsverband Hessen.“ Ein Leistungsbericht. 1956)

Aufbauarbeit – Die 50er und 60er Jahre

In den ersten Jahren nach seiner Gründung war

der LWV Hessen vor allem damit befasst, die Versorgung hilfsbedürftiger kranker oder behinderter Menschen in ganz Hessen auf ein gleichmäßiges und der Zeit entsprechendes soziales Niveau zu heben. Eine wichtige Basis hierzu bildete der neue einheitliche Landesfürsorgeverband, das spätere Landessozialamt, der seine Wurzeln in dem 1871 gesetzlich verankerten Landarmenverband hatte. Der Landesfürsorgeverband sorgte nicht nur dafür, dass Menschen in ganz Hessen unabhängig von der Finanzkraft der jeweiligen Region gleiche Hilfen erhielten, sondern konnte auch Leistungsschwerpunkte setzen und einen Belegungsausgleich zwischen Krankenhäusern und Heimen herbeiführen. Schließlich brachten das neue Bundessozialhilfegesetz (BSHG) von 1961 und das entsprechende Hessische Ausführungsgesetz mit ihrer zeitnahen Fortentwicklung des Fürsorgerechts dem LWV neue und erweiterte Pflichtaufgaben, insbesondere bei der Krankenhausunterbringung von psychisch Kranken und Suchtkranken sowie für Körperbehinderte. Nach Inkrafttreten des BSHG wurde der Landesfürsorgeverband 1962 durch das Landessozialamt als Dezernat der Verwaltung des LWV abgelöst.

Einen zweiten Leistungsschwerpunkt des neuen Verbandes bildete, wenige Jahre nach dem Ende des Krieges, die Kriegsopfer- und Hinterbliebenenfürsorge, für welche die Hauptfürsorgestelle zuständig war. Die besondere Versorgung von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen war bereits nach dem Ersten Weltkrieg im Rahmen einer Reichsverordnung geregelt worden. Ihre Ergänzung fanden diese Bestimmungen 1923 durch das Gesetz über die Beschäftigung

Schwerbeschädigter und 1934 durch die Übertragung der Zuständigkeit für Kriegsblinde und hirnverletzte Kriegsbeschädigte. Durch den Zweiten Weltkrieg stieg die Zahl der Hilfsbedürftigen allgemein rasant an und verlangte erneut spezifische Hilfsangebote. Ihre Grundlage bildete das neue Kriegsbeschädigtengesetz von 1947, das auch Basis für den LWV wurde. Unter anderem führte die Hauptfürsorgestelle die Erholungsfürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene nach Vorschlag der Gesundheitsämter zusammen mit der Fürsorgestelle für Kriegsoffer durch. Eine große Zahl von Heimen und Pensionen in landschaftlich reizvollen Gebieten Hessens, in den bayerischen Alpen sowie im Schwarzwald wurden zu diesem Zweck in Anspruch genommen. In den ersten zehn Jahren des Bestehens des LWV wurden 92.000 Kuren mit einem finanziellen Aufwand von 15,5 Millionen DM realisiert. Ebenso wichtig war die Förderung des Wohnungsbaues für Kriegsoffer durch den LWV Hessen. Das Bundesversorgungsgesetz von 1969 machte die Wohnungsfürsorge für Beschädigte und Hinterbliebene schließlich sogar zur Pflichtaufgabe. Die Realisierung vollzog sich vor allem über die Vergabe von Darlehen, mit denen Einzelbaumaßnahmen, zentrale Wohnungsbauprogramme und Bundesumsiedlungsprogramme finanziert wurden. Bis 1963 wurden vom LWV rund 29 Millionen DM in diese Bereiche investiert. Doch ging es dem jungen Verband nicht allein um Gesundheits- und Lebenshilfen für die Kriegsbeschädigten, sondern auch um die Integration behinderter Menschen in das Arbeitsleben. Die Arbeits- und Berufsfürsorge gehörte daher von Anfang an zu den wichtigsten Hilfen der Hauptfürsorgestelle. Ihr Ziel war

es, den Schwerbeschädigten die Fähigkeit zu vermitteln, durch einen geeigneten Arbeitsplatz wieder am Erwerbsleben teilnehmen zu können. Maßnahmen der Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung wurden zu diesem Zweck in Kooperation mit den örtlichen Fürsorgestellen und der Arbeitsverwaltung in die Wege geleitet. Bis 1963 hatte der LWV entsprechende Berufsfördermaßnahmen bereits mit einem finanziellen Aufwand von 7,2 Millionen DM unterstützt.

Auch die Erziehungshilfe, die der LWV leistete, war in den ersten Jahren in hohem Maße noch durch die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges geprägt, da es zahlreiche heimatlose Kinder und Jugendliche (im Jahre 1961 waren dies in Hessen immer noch rund 3.000) zu betreuen galt. Zuständig war zunächst eine dem Verband eingegliederte Fürsorgeerziehungsbehörde. Sie wurde 1961 aufgrund des neuen Jugendwohlfahrtsgesetzes umgestaltet. An ihre Stelle trat das Dezernat „Erziehungshilfe“. Die beiden wesentlichen Formen der öffentlichen Erziehung, die das Dezernat bis 1993 als Träger bzw. Mitträger in Verbindung mit Stadt- und Kreisjugendämtern ausführte, waren Fürsorgeerziehung (FE) und Freiwillige Erziehungshilfe (FEH). Infolge des Jugendwohlfahrtsgesetzes von 1961 trat soweit wie möglich die Freiwillige Erziehungshilfe (mit Zustimmung der Eltern) an die Stelle der im staatlichen Auftrag angeordneten Fürsorgeerziehung. Trotz des großen Engagements des LWV übertrug das Land Hessen 1993 die Zuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe auf das staatliche Landesjugendamt und auf Jugendämter der Städte und Kreise, es blieb dem LWV jedoch die Trägerschaft der Ju-

gendheime und Erziehungsstellen.

Als der Landeswohlfahrtsverband bei seiner Gründung eine Vielzahl sozialer Einrichtungen (u. a. Jugendheime, Landesheilanstalten, Schulen und Kliniken – siehe Kasten) von seinen drei Rechtsvorgängern übernahm, waren diese besonders durch die in der NS-Zeit gewollte Vernachlässigung von Fürsorgeaufgaben sowie durch die Not der Nachkriegszeit nicht zuletzt baulich in einem äußerst schlechten Zustand. In der Folgezeit wurden die Gebäude instand gesetzt, Krankenstationen modernisiert, die Einrichtungen durch moderne Möbel wohnlicher gestaltet und die technischen Anlagen erneuert und verbessert. Allein der Nachholbedarf im Bereich der psychiatrischen Einrichtungen wurde mit Kosten von ca. 11 Millionen DM festgestellt. Hier war der LWV in besonderer Weise auch bestrebt, die „Irrenanstalten“ alter Prägung in moderne Krankenhäuser für psychisch kranke Menschen umzuwandeln und das Vertrauen der Öffentlichkeit, das nicht zuletzt durch Krankentötungen und Zwangssterilisationen in der Zeit des Nationalsozialismus gelitten hatte, zurückzugewinnen. Zudem nahm gerade im Bereich der Psychiatrie der Bedarf an Krankenhausbetten seit den 1950er Jahren erheblich zu.

Als wichtige Neubauten dieser Jahre sind unter anderem zu nennen: die „Sonderschule für Taubstumme“ in Friedberg 1956/57, die Tuberkuloseheilstätte Schotten 1960, das Jugendheim Staffelberg 1962 und die Orthopädische Klinik Kassel-Wilhelmshöhe 1965.

Pädagogische und psychiatrische Reformen – die 1970er und 1980er Jahre

Über 40 soziale Einrichtungen

übernahm der LWV bei seiner Gründung 1953. Die ältesten gingen bereits auf die Reformationszeit zurück. Die meisten Einrichtungen wurden im 19. und frühen 20. Jahrhundert geschaffen. Zu den Einrichtungen zählten u. a.:

- Die **Jugendheime** Karlshof in Wabern (1886 gegründet als „Königliche Erziehungsanstalt für männliche Zöglinge“), Steinmühle bei Obererlenbach (1926 als Heim für gefährdete Mädchen des Volksstaats Hessen eröffnet), Homberg/Efze für sogenannte erziehungsschwierige Kinder (1937 eingerichtet), „Haus Lahneck“ in Buchenau (1926/27 als Erziehungsheim für schulentlassene Mädchen entstanden) sowie das geschlossene Mädchenjugendheim Fulda in Guxhagen (1949 in den Gebäuden der geschlossenen Korrekions- und Landarmenanstalt Breitenau untergebracht, 1972 geschlossen). Neu eröffnet wurde vom LWV 1962 das Jugendheim Staffelberg in Biedenkopf für Jungen zwischen 14 und 21 Jahren. Vielfältige Aufgaben, u. a. für geistig behinderte Kinder, hatte die „Heilerziehungsanstalt“ Kalmenhof in Idstein, die 1888 in privater Trägerschaft gegründet worden war.

- Die „**Landesheilanstalten**“ Haina und Merxhausen sowie Philipppshospital bei Goddelau (1533 beziehungsweise 1535 als Hohe Hospitäler von den hessischen Landgrafen gestiftet), Eichberg bei Eltville (1849, Herzogtum Nassau), Heppenheim (1866, Großherzogtum Hessen), Marburg (1876, Bezirksverband Kassel), Hadamar (1906, Bezirksverband Wiesbaden, bis dahin Landarmen- und Korrekionsanstalt), Herborn (1911, Bezirksverband Wiesbaden) und Gießen (1911, Großherzogtum Hessen). Die psychiatrischen Einrichtungen wurden auf dem Hintergrund zunehmender Medikali-

sierung (Einführung von Psychopharmaka) und der angestrebten Angleichung an die Ausstattung von Allgemeinkrankenhäusern im Jahre 1957 in Psychiatrische Krankenhäuser umbenannt. Als weitere große psychiatrische Einrichtungen kamen später diejenigen in Weilmünster (1963) und am Meißner in Hessisch Lichtenau (1983) – siehe unten – und das Waldkrankenhaus Köppern (1967/68, zuvor Krankenhaus der Stadt Frankfurt am Main) hinzu.

- Die **Orthopädischen Kliniken** Herborn (1951 als Nachfolgeeinrichtung der chirurgischen Abteilung in der Landesheilanstalt Herborn eingerichtet und 1976 wieder geschlossen), Kassel (seit 1950 in den Kasseler Wittich-Kasernen und ab 1965 in der vom LWV erbauten neuen Klinik in Kassel-Wilhelmshöhe untergebracht) und Wiesbaden (entstanden 1910 als Einrichtung des Vereins für Nassauische Krüppelfürsorge e. V., in den Nachkriegsjahren nach Hochheim/Main ausgelagert und seit 1955 in einem Klinikneubau des LWV erneut in Wiesbaden, 2001 geschlossen).

- Die **Sonderschulen** für Gehörlose und Blinde in Friedberg (als Einrichtungen des Großherzogtums Hessen 1837 beziehungsweise 1850 gegründet), für Gehörlose in Homberg/Efze (als Familienpensionat 1838 eröffnet, ab 1870 in der Trägerschaft des Bezirkskommunalverbandes Kassel) und ebenfalls für Hörgeschädigte in Camberg (1810 als Privatschule entstanden, seit 1820 staatlich, dann vom Bezirkskommunalverband Wiesbaden unterhalten). Neu eingerichtet wurden vom LWV 1962 die Klinik Schloss Dehrn bei Limburg zur Heilbehandlung von sprachgestörten Kindern (in dem bisherigen Altersheim – siehe unten, aufgelöst 1983) und 1974 die Schule am Sommerhoffpark in Frankfurt am Main für hörbehinderte Kinder.

- Die **Heilstätten der Tuberkulosenhilfe** Heilstätte am Meißner in Hessisch Lichtenau (1948 eröffnet, 1965 aufgelöst und später in das Psychiatrisches Krankenhaus am Meißner – siehe oben – umgewandelt), Heilstätte Falkenstein im Taunus (1892 als erste Volksheilstätte Deutschlands eröffnet, 1963 in eine Spezialklinik für cerebralgeschädigte Kinder und Multiple-Sklerose-Kranke umgewandelt, diese wiederum 1996 nach Weilmünster verlegt), Kindersanatorium Weilmünster (1946/47 eröffnet, 1963 zugunsten des Psychiatrischen Krankenhauses Weilmünster aufgelöst), Kinderheilstätte Mammolshöhe (erbaut 1926/27, 1978 aufgelöst) und die Heilstätte am Knüll in Schwarzenborn (diese wurde 1960 durch die Heilstätte Schotten abgelöst, welche der LWV bereits 1968 an den Landkreis Büdingen zur Einrichtung eines Allgemeinkrankenhauses übergab).

- **Heime zur Kurheilmfürsorge für Kinder** in Weilmünster (1897 vom Bezirksverband Wiesbaden gegründet als „Irrenanstalt“, von 1946-1963 Kindersanatorium: Erholungseinrichtung und zugleich Tuberkuloseheilstätte für Kinder – siehe oben, ab 1963 wieder Psychiatrisches Krankenhaus, seit 1998 Klinikum), Kinderkurheim Reinhardshausen bei Bad Wildungen für nieren- und blasenkranke Kinder (1925 vom Fürstentum Waldeck gegründet, 1976 aufgelöst), Kindersolbad Karlshafen zur Kindererholungsfürsorge (1926 vom Bezirkskommunalverband Kassel zusammen mit den Landkreisen Hofgeismar und Kassel eingerichtet, 1978 aufgelöst).

- das **Altersheim** Schloss Dehrn bei Limburg (1949 eingerichtet, 1962 aufgelöst).

Die Aufbruchsbewegung seit 1968 setzte auch beim LWV entscheidende konzeptionelle Neuorientierungen in Gang. Insgesamt wurden die institutionellen Formen von Versorgung, Erziehung und Therapie in Frage gestellt und in allen Bereichen eine Deinstitutionalisierung beziehungsweise Enthospitalisierung eingeleitet.

1970 beschloss der LWV Sofortmaßnahmen zur Behebung von Missständen in den pädagogischen Einrichtungen, nachdem diese in den Medien (so genannte „Heimkampagne“) heftig angeprangert worden waren. Fortan wurden demokratische Leitungsstrukturen gefördert, die Geschlechtertrennung zwischen den Heimen abgeschafft und die Gruppenstärke reduziert, neue Lebensformen für Jugendliche zum Beispiel durch Einrichtung von Wohngruppen geschaffen und zeitgemäße Berufsfördermaßnahmen realisiert. Für die qualifiziertere Betreuung der Kinder und Jugendlichen wurden Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen, Pädagogen und Pädagoginnen sowie Psychologen und Psychologinnen eingestellt. Während die meisten Heime derartig reformiert weiter bestehen konnten, wurde das einzige geschlossene Jugendheim in Hessen, nämlich das Mädchenjugendheim Fulda bei Guxhagen, 1972 geschlossen. Ein ab 1972 umgesetztes Erziehungsmodell setzte auf die Erziehung einiger der insgesamt 2.300 „schwererziehbaren“ Kinder in Hessen bei Gasteltern. Außerdem wurden die Sonderschulen des Verbandes seit 1970 durch einen Schulentwicklungsplan gefördert.

Das Modell „Pflegefamilie“ wurde schließlich seit 1976 gleichfalls für behinderte Kinder in Hessen etabliert – ein bundesweit einmaliges

Angebot.

Neben der Heimerziehung von Kindern und Jugendlichen bildete der gesellschaftliche Umgang mit psychisch kranken Menschen das zentrale sozialpolitische Thema, das seit den 1960er Jahren in ganz Westeuropa sowie in den USA diskutiert wurde. In der damaligen Bundesrepublik Deutschland wurden die Reformvorschläge 1975 in der so genannten Psychatrieenquete zusammengefasst, einer Studie, an deren Zustandekommen unter anderem der Abgeordnete der LWV-Verbandsversammlung Walter Picard (CDU) maßgeblichen Anteil hatte. In Hessen war der LWV bereits im Jahre 1969 durch Grundsatzbeschlüsse der Verbandsversammlung zu „Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der geistig und seelisch Behinderten und Suchtkranken in Hessen“ aktiv geworden. Diese verschiedenen Reformimpulse führten in den folgenden Jahren zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung insgesamt, zur Differenzierung psychiatrischer, darunter auch ambulanter Angebote, zum Ausbau therapeutischer Programme, zur Professionalisierung des Personals, zur Verkürzung der Aufenthaltsdauer der Kranken in Einrichtungen und damit zu einem allgemeinen Bettenabbau. Eigene Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie entstanden in Idstein (1969), Eltville und Marburg (1974), Herborn und Goddelau (1975). Als erste psychiatrische Außenseite wurde 1976 der „Bamberger Hof“ des Waldkrankenhauses Köppern in Frankfurt am Main eröffnet, die 1981 zum Vorreiter bei den danach flächendeckend gegründeten Tageskliniken wurde. 1977 erfolgte die Einrichtung einer eigenen „Klinik für gerichtliche Psychiatrie“ in Haina

(Kloster). Bedeutende Einschnitte im Bereich der Psychiatrischen Krankenhäuser bedeuteten die 1986 beschlossene Ausgliederung geistig behinderter Menschen und ab 1991 die Enthospitalisierung chronisch psychisch Kranker aus den Psychiatrischen Krankenhäusern. Die ersten Heilpädagogischen Einrichtungen mit betreuten Wohngruppen konnten 1989 in Haina, Herborn, Riedstadt und Weilmünster eröffnet werden.

Privatisierungen und Verwaltungsreform – von den 1990er Jahren ins neue Jahrtausend

Die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts wurden in zweifacher Hinsicht zum Ausgangspunkt weiterer Reformen. Zum einen galt es die LWV-Einrichtungen durch größere Eigenständigkeit wirtschaftlich zu stärken und neue Betriebsformen zu ermöglichen. 1993 beschloss daher die Verbandsversammlung Betriebsatzungen für die als Eigenbetriebe geführten Krankenhäuser. Die beiden orthopädischen Kliniken des Verbandes wurden 1995 in gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgewandelt, bei den Psychiatrischen Krankenhäusern in Herborn und Köppern sowie beim Klinikum Weilmünster geschah dies 1998. Im Jahre 1998 erfolgte auch eine weitere Optimierung der LWV-Eigenbetriebe mit ihrer Umstrukturierung zu Zentren für Soziale Psychiatrie, während sich die Jugendheime in regional sinnvollen Verbünden zu Sozialpädagogischen Zentren entwickelten.

Nicht nur für die Einrichtungen, sondern ebenso für die Verwaltungen des Verbandes in Kassel, Darmstadt und Wiesbaden wurden seit der Mitte der 90er Jahre grundlegende Reformen einge-

leitet, um diese zu modernen Leistungsträgern und flexiblen Servicestellen weiterzuentwickeln. Eine gemeinsame Erklärung zwischen LWV und ÖTV legte 1996 die Grundlagen zur Umsetzung der Reformmaßnahmen. 1997 konnte ein gemeinsames Leitbild für alle Beschäftigten verabschiedet werden. Während die bisherigen Querschnittsdezernate (Allgemeine, Personal- und Finanzverwaltung) nach und nach in selbstständige Servicebereiche umgewandelt wurden, erfolgte 1999 die Ablösung der traditionellen, hierarchisch strukturierten Dezernate „Landessozialamt“ und „Hauptfürsorgestelle“. An ihre Stelle sind seither größtenteils Zielgruppenmanagements mit zugeordneten Regionalmanagements getreten. Ein LWV-eigenes Datenverarbeitungsverfahren „ANLEI“ unterstützt mittlerweile die Antragsbearbeitung und Leistungsberechnung für die Klienten. Seit 2001 schließlich bilden Teile der Hauptfürsorgestelle entsprechend den Vorgaben des Sozialgesetzbuches IX das „Integrationsamt“, das sich vor allem der beruflichen Förderung behinderter Menschen annimmt.

Dass auch nach 50 Jahren sozialer Arbeit im Kommunalverband kein Stillstand eintreten wird, dafür sorgen immer neue Anforderungen der sich weiter wandelnden Gesellschaft. So ist auch das Jubiläumsjahr durch neue Aufgaben und Anforderungen, zum Beispiel im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder auf dem Gebiet der forensischen Psychiatrie, gekennzeichnet.

EREIGNISSE, ENTSCHEIDUNGEN, ENTWICKLUNGEN
50 JAHRE LANDESWOHLFAHRTSVERBAND HESSEN
1953 – 2003

LWV Hessen gegründet

Der Landeswohlfahrtsverband als neue Körperschaft

LWV-Archiv, Fotosammlung



Die konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes am 8. September 1953 im Kreishaus in Fulda; hier Abgeordnete des Gesamtdeutschen Blocks/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten sowie der SPD – 2. Reihe, 2. von rechts: Hermann Schaub, neben ihm Dr. Walter Kolb und Edith Hellermann

Am 7. Mai beschließt der hessische Landtag das Mittelstufengesetz. Die kreisfreien Städte und Landkreise des Landes Hessen werden damit zu einem „Landeswohlfahrtsverband Hessen“ zusammengeschlossen. Der kommunal getragene Verband übernimmt fortan Aufgaben im Fürsorgebereich. Auf ihrer zweiten Sitzung am 23. Oktober in Frankfurt beschließt die damals 45-köpfige Verbandsversammlung, Kassel und das dortige Ständehaus zum Sitz der LWV-Hauptverwaltung zu machen.

Auch die innere Verfassung des LWV orientiert sich am kommunalen Modell. So basieren die Regelungen des Mittelstufengesetzes im Wesentlichen auf der Hessischen Landkreisordnung. Die Organe des LWV – Verbandsversammlung und Verwaltungsausschuss – können mit Kreistag bzw. Kreisausschuss verglichen werden. Die Verbandsversammlung ist das oberste Beschlussorgan des LWV. Sie kann die Entscheidungsbefugnis in einigen Fällen auf den Verwaltungsausschuss oder eines seiner Mitglieder übertragen.

II. Landeswohlfahrtsverband Hessen

§ 3

Die kreisfreien Städte und die Landkreise des Landes werden zu einem „Landeswohlfahrtsverband Hessen“ zusammengeschlossen. Der Landeswohlfahrtsverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

§ 4

(1) Der Landeswohlfahrtsverband ist Landesfürsorgeverband im Sinne der Verordnung über die Fürsorgepflicht; er ist Fürsorgeerziehungsbehörde und Träger der Kosten der Fürsorgeerziehung. Er übernimmt auch die Aufgaben der Hauptfürsorgestelle zur Erfüllung nach Weisung.

Auszug aus dem „Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrtsverband Hessen“ vom 7. Mai 1953

Was sonst geschieht im Jahr 1953:

- Die I. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 1957) – Sitzverteilung: SPD 21, CDU 11, FDP 10, Gesamtdeutscher Block / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten 3.
- Heinrich Kraft (SPD) wird zum Präsidenten der Verbandsversammlung gewählt.
- Hermann Schaub (SPD) wird zum Direktor, Dr. Friedrich Stöffler (CDU) zum Stellvertreter gewählt.
- Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter wird verabschiedet.



Der hessische Innenminister Heinrich Zinnkann eröffnet die erste Sitzung der LWV-Verbandsversammlung in Fulda

Erholungskuren für Kinder beschlossen

Freiwillige Leistung des LWV im Rahmen der Kinderheilfürsorge

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1958



„Frohe Fahrt ins Kurheim“

Die LWV-Verbandsversammlung beschließt die Übernahme der Kinderheilfürsorge als freiwillige Aufgabe, nachdem sich die Mehrzahl der hessischen Stadt- und Landkreise für die Bildung einer überörtlichen Ausgleichsstelle ausgesprochen hat. Im Rahmen dieses Ausgleichs werden Kinder in Kurplätze bewährter Kindersanatorien und Kinderheilstätten vermittelt. Mehr als 80.000 Kinder nehmen in den 50er und frühen 60er Jahren pro Saison an solchen Kuren teil.

In eigener Trägerschaft stehen dem LWV Hessen für Kuraufenthalte zunächst das Kindersanatorium Weilmünster, das Kinderkurheim Merxhau-

sen und das Kinderkurheim Reinhardshausen (bei Bad Wildungen) für erholungsbedürftige, tuberkulosegefährdete, asthmaleidende, haltungsgeschwächte, nieren- und blasenleidende sowie bettnässende Kinder mit insgesamt 780 Betten zur Verfügung. Zudem ist der LWV an der Kindersolbad GmbH in Karlshafen mit 40% beteiligt.

Anfang der 1960er Jahre werden die Kinderkurheime Merxhausen und Weilmünster aufgelöst. Als letztes Kurheim gibt der LWV Ende 1976 die Einrichtung in Reinhardshausen auf; die Kindersolbad Karlshafen GmbH wird 1978 aufgelöst.

LWW-Archiv, Fotosammlung, Foto um 1960



Kinder im Kinderkurheim Reinhardshausen

Was sonst geschieht im Jahr 1954:

- Die Finanzierung und Durchführung der Freiwilligen Erziehungshilfe gemeinsam mit den Kreis- und Stadtjugendämtern beginnt.

LWW-Archiv, Fotosammlung, Foto um 1949



Das Kindersolbad Karlshafen

Steigende Ausgaben für Kriegsoffer *Kriegsopferfürsorge als Aufgabengebiet des LWV*

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto um 1955



LWV-Direktor Hermann Schaub übergibt ein Krankenbett für einen Kriegsbeschädigten

Die Aufwendungen für die Kriegsopferversorgung steigen Mitte der 1950er Jahre deutlich an. Opfer des Krieges bzw. deren Hinterbliebene erhalten soziale Leistungen verschiedener Art. Bearbeitende Stelle für diesen Bereich ist beim LWV die Hauptfürsorgestelle, die außerdem für die Förderung der Berufstätigkeit behinderter Menschen verantwortlich ist. Kriegsopferfürsorge bedeutet bis Mitte der 70er Jahre vor allem Wohnungshilfe. Besonders betroffen von der schwierigen Wohnungssituation waren nämlich Menschen, die aus dem Krieg mit schweren Behinderung heimgekehrt waren und besonders

ausgestattete Wohnungen benötigten. Die Hauptfürsorgestelle förderte allein zwischen 1953 und 1976 mehr als 19.000 Wohneinheiten. Die 1953 beim LWV gebildete Hauptfürsorgestelle stellt einen Zusammenschluss der bis dahin bestehenden drei Hauptfürsorgestellen im Land Hessen (Kassel, Wiesbaden und Darmstadt) dar. Im Lauf der Jahre verändert sich der Aufgabenschwerpunkt der Hauptfürsorgestelle von der reinen Kriegsopferversorgung hin zu einem sozialen Entschädigungsrecht für weitere Personengruppen wie Wehr- und Zivildienstopfer, Impfgeschädigte, Opfer von Gewalttaten u. a.

LWW-Archiv, Fotosammlung, Foto um 1955

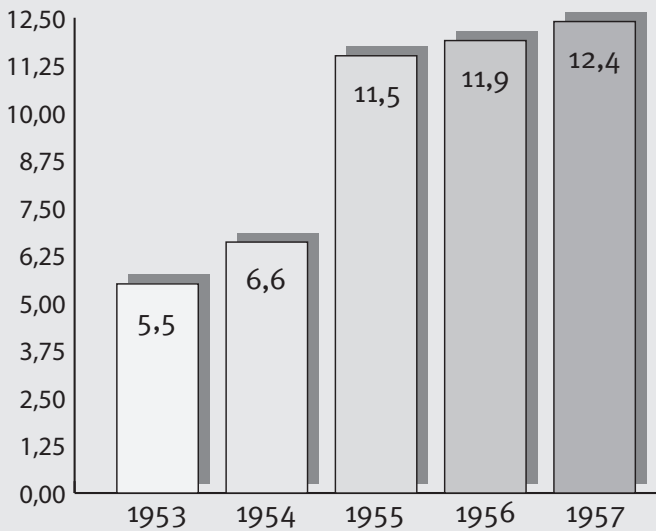


Kriegsblinder am Arbeitsplatz

Was sonst geschieht im Jahr 1955:

- Die Tuberkuloseheilstätte Hofheim wird aufgelöst.

nach: Herbert Leimbach, Die Aufgaben der Hauptfürsorgestelle, Kassel 1957, S. 35



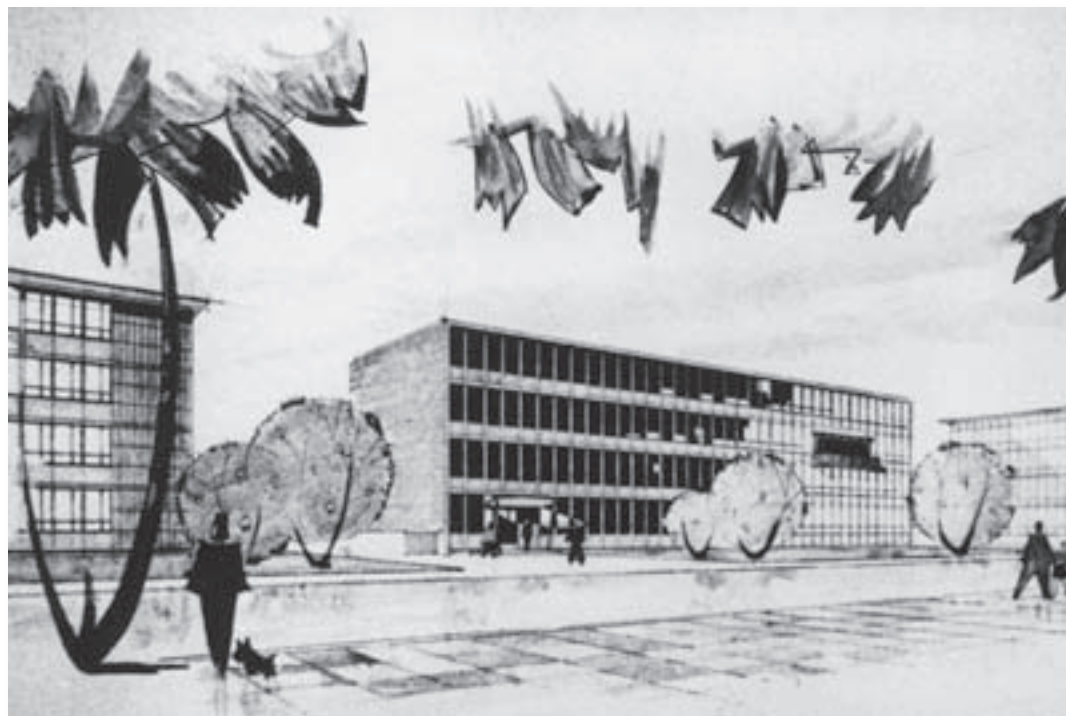
Gesamtleistungen des LWV in der Kriegsopferfürsorge 1953 bis 1957, ohne Verwaltungsausgaben, in Mio. DM

1956

LWV-Zweigverwaltung in Darmstadt fertiggestellt

Verankerung in den Regionen Hessens

LWV-Archiv, Fotosammlung, Plan vor 1956



Der Neubau der Zweigverwaltung Darmstadt

Die LWV-Zweigverwaltung Darmstadt wird im Laufe des Jahres erbaut und im Dezember bezogen.

Bereits bei ihrer zweiten Sitzung am 23. Oktober 1953 hat die Verbandsversammlung beschlossen, neben der Kasseler Hauptverwaltung auch je eine Zweigverwaltung in Darmstadt und in Wiesbaden zu unterhalten. Damit berücksichtigt der LWV, dass er aus Teilen der beiden

Kommunalverbände in den Bezirken Kassel und Wiesbaden und der Fürsorgeverwaltung des Regierungsbezirks Darmstadt hervorgegangen ist. 1961 kann auch die Zweigverwaltung Wiesbaden einen Neubau beziehen.

Im Zuge der Verwaltungsreform werden die bisherigen Zweigverwaltungen 1999 in Regionalverwaltungen umgewandelt.

LWV-Pressestelle, Foto: Rolf Gerner

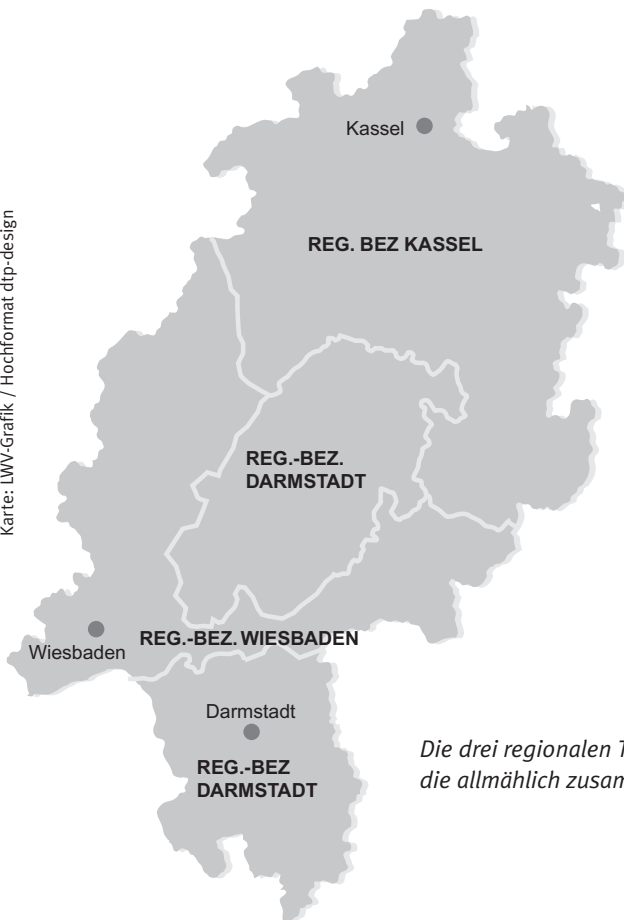


Neubau der LWV-Zweigverwaltung Wiesbaden

Was sonst geschieht im Jahr 1956:

- Das Gesetz zum Europäischen Fürsorgeabkommen tritt in Kraft (Grundlage der Fürsorgeleistungen an deutsche Staatsbürger im Ausland).
- Die Tuberkuloseheilstätte Bad Homburg wird geschlossen.
- Das Landeskrankenhaus Helmarshausen wird vom LWV an die Arbeiterwohlfahrt abgegeben.
- Der Anteil der Kostenübernahme der freiwilligen Jugendhilfe wird von 50% auf 75% erhöht.

Karte: LWV-Grafik / Hochformat dtp-design



Die drei regionalen Teile des LWV,
die allmählich zusammenwachsen

„Psychiatrisches Krankenhaus“ statt „Landesheilanstalt“ *Abwendung vom überkommenen Modell der „Anstalt“*

LWV-Archiv, Fotosammlung



Emaileschild der Landesheilanstalt Herborn vor der Umbenennung 1957

Am 3. Juli beschließt die LWV-Verbandsversammlung, die bisherigen Landesheilanstalten in „Psychiatrische Krankenhäuser“ umzubenennen; am 3. September werden die neuen Bezeichnungen gültig. Mit der neuen Benennung versucht der Verband, sich vom Negativimage der „Anstalt“ abzuwenden und erste reformerische Ansätze im Bereich der Psychiatrie zu dokumentieren.

Die „Landesheilanstalten“ oder „Landes-Heil- und Pflegeanstalten“ waren besonders in der Zeit des Nationalsozialismus durch die begangenen Verbrechen in Verruf gekommen. Zudem hatten die „Anstalten“ durch eine jahrzehntelange Spar- und Überbelegungspolitik auch erheblich an baulicher Substanz eingebüßt. Massenschlafsäle und eine anonyme und dauerhafte „Verwahrung“ von Patientinnen und Patienten kennzeichnen den Hintergrund, von dem man sich nun bewusst abgrenzen will.

LWV-Archiv, Fotosammlung,
Postkarte ca. 1920er Jahre



Frühere Massenschlafsäle wie hier der Saal der Männer-
abteilung VI der Landesheilanstalt Marburg

AUS
IRREN
ANSTALTEN ...

... WURDEN
PSYCHIATRISCHE
KRANKENHÄUSER



Veraltete Wasch- und Baderäume ...



... wurden modernisiert



Was sonst geschieht im Jahr 1957:

- Die II. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 1961) – Sitzverteilung: SPD 25, CDU 11, FDP 5, Gesamtdeutsche Partei 4.

- Heinrich Kraft (SPD) wird erneut zum Präsidenten der Verbandsversammlung gewählt.

- Schule, Internat und Kindergarten der Johannes-Vatter-Schule (Schule für Hörgeschädigte) in Friedberg beziehen neue Gebäude.

- Verabschiedung des Gesetzes über die Versorgung für die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und ihre Hinterbliebenen (SVG).

aus: 10 Jahre Sozialarbeit in Hessen, Kassel 1963

Ausschnitt aus der Broschüre zum 10-jährigen Bestehen
des LWV

Erstes Mitteilungsblatt für Freunde und Mitarbeiter erschienen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes



LWV-Pressestelle, 1958

Die erste Ausgabe des Mitteilungsblatts für Freunde und Mitarbeiter des LWV

Zum ersten Mal erscheint 1958 ein Periodikum aus der LWV-Pressestelle: „Der Landeswohlfahrtsverband – Ein Mitteilungsblatt für Freunde und Mitarbeiter des LWV Hessen“, das fortan über die Arbeit des Verbandes informieren soll. Die 1954 eingerichtete Pressestelle hat die Aufgabe, den jungen Verband und sein Wirken bekannt zu machen und durch Informationen einen praktischen Beitrag zur Gleichstellung behinderter Menschen in der Gesellschaft zu leisten.

Professioneller wird die Öffentlichkeitsarbeit ab 1974 mit den „LWV-Nachrichten“, die jedoch nur anfangs regelmäßig erscheinen. Ein neuer, erfolgreicher Anlauf datiert 1989, der Geburtsstunde des „LWV-Info“ mit fachlichen Beiträgen, Berichten aus dem LWV-Alltag und als Forum für die Mitarbeiter/innen. Im LWV-Jubiläumsjahr 2003 erscheint das Info im 15. Jahrgang. Die Verbandszeitschrift stellt lediglich einen Teil der LWV-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dar.



Eine Ausgabe der LWV-Nachrichten, in den Jahren 1974-1986 der Vorgänger des heutigen LWV-Info



Berichterstattung des Fernsehens aus einer Sitzung der Verbandsversammlung

Was sonst geschieht im Jahr 1958:

- Erste verwaltungseigene Ergänzungsausbildungslehrgänge für Mitarbeiter/innen im Erziehungsbereich ohne pädagogische Grundausbildung finden statt.
- Die Heilstätte am Knüll in Schwarzenborn wird zum Truppenübungsplatz.
- Das Schwesternheim im Psychiatrischen Krankenhaus Hadamar wird eingeweiht.
- Die Verbandsversammlung beschließt die Errichtung eines Neubaus der Orthopädischen Klinik Kassel.

Zweiter Landesdirektor Dr. Stöffler in Ruhestand getreten *Personelle Wurzeln des LWV in der Verwaltung der Weimarer Zeit*

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto ca. 1950er Jahre



Dr. Friedrich Stöffler

Dr. Friedrich Stöffler (CDU) tritt als Zweiter Landesdirektor in den Ruhestand. Er war im LWV und dessen Wiesbadener Vorgängerverband eine prägende Persönlichkeit über die Epochen hinweg. Schon während der Weimarer Zeit war er beim Bezirksverband Wiesbaden in verantwortlicher Stellung, verlor aber als Zentrumsmitglied in der NS-Zeit sein Amt. Nach dem Krieg kehrte er zurück. Zunächst in Wiesbaden, dann beim LWV in Kassel, engagierte er sich für die Reform des Anstaltswesens und für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.

Generell stützen die Bezirkskommunalverbände und der LWV sich zunächst auf leitende Beamte, die bereits zu Weimarer Zeiten Verantwortung getragen haben und während der NS-Zeit entweder aus ihren Ämtern ausscheiden mussten oder nur untergeordnete Tätigkeiten ausüben durften. Dies traf auch zu auf Otto Witte (SPD), der den LWV-Vorgängerverband in Wiesbaden bis 1953 geleitet hat.

Dr. Friedrich Stöffler

1894	am 3. Juni geboren in Wiesbaden
bis 1919	Studium und Promotion zum Dr. phil.
1919-1921	Deutsch-, Geschichts- und Französischlehrer in Wiesbaden
1921-1933	Dezernent für Fürsorgeerziehung Minderjähriger beim Bezirksverband Wiesbaden (ab 1923 Landeserziehungsrat)
1924-1933	dort zusätzlich Dezernent für das neu gegründete Landesjugendamt
1934	entlassen aus politischen Gründen
1934-1945	verschiedene Stellen außerhalb des öffentlichen Dienstes
1945-1947	Gymnasiallehrer in Koblenz
1947-1953	Landesrat bei der Kommunalverwaltung des Reg.-Bez. Wiesbaden und Dezernent für den Landesfürsorgeverband und das Anstaltswesen
1949-1953	dort zusätzlich Dezernent für Fürsorgeerziehung Minderjähriger und das Landesjugendamt
ab 1953	Dezernent für Anstaltsverwaltung des LWV Hessen
1953-1959	Stellvertretender Direktor bzw. Zweiter Landesdirektor des LWV
1959	Pensionierung und Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes
1982	am 1. Januar verstorben in Wiesbaden

Was sonst geschieht im Jahr 1959:

- Hermann Schaub (SPD) wird als Erster Landesdirektor wiedergewählt.
- Dr. Karl Korinsky (CDU) wird Zweiter Landesdirektor.
- Das Tuberkulosehilfegesetz wird verabschiedet.
- Der erste Pressespiegel des LWV erscheint.

LWV-Archiv, Fotosammlung



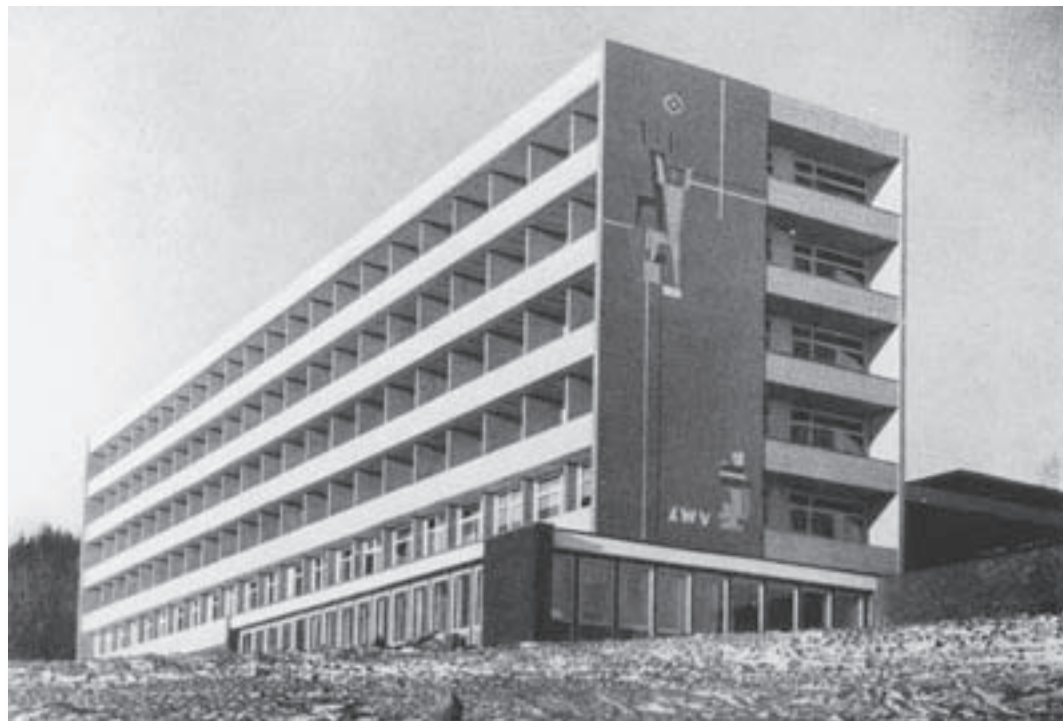
Otto Witte (1884-1963), SPD, 1921-1933 Landesrat und 1946-1953 Landeshauptmann des LWV-Vorgängerverbandes in Wiesbaden

1960

Tuberkuloseheilstätte Schotten eröffnet

Tuberkulosefürsorge als frühe LWV-Aufgabe

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1960



Hauptgebäude der neu erbauten Tuberkuloseheilstätte Schotten

Die Heilstätte Schotten im damaligen Landkreis Büdingen wird ihrer Bestimmung übergeben. Die ab 1958 erbaute LWV-Tuberkuloseheilstätte ersetzt eine Behelfslösung am Knüll auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Schwarzenborn. Seit der Gründung des LWV zählt zu dessen Aufgaben auch die Fürsorge für nicht ausreichend versicherte Tuberkulosekranke. Gerade nach dem Zweiten Weltkrieg war die Tuberkulose zu einem großen Problem geworden. Die Leistungen des LWV umfassen u. a. Heilbehandlung, Hilfen zur Eingliederung in das Berufsleben und

zum Lebensunterhalt. Der LWV widmet besondere Aufmerksamkeit der Prophylaxe und fördert beispielsweise Impfungen. Ausstellungen des LWV leisten Aufklärungsarbeit.

Medizinischer Fortschritt und wachsende Lebensqualität machen die Tuberkulosefürsorge zunehmend überflüssiger. Von 1956 bis 1962 halbiert sich der Anteil der Tuberkulosehilfe an der vom LWV gezahlten Sozialhilfe von 30% auf rund 15%. 1968 veräußert der LWV die Einrichtung in Schotten an den Kreis Büdingen zur Einrichtung eines Allgemeinkrankenhauses.

aus: Mitteilungsblatt für Freunde und Mitglieder des LWV Hessen, 1/1958, S. 7



Grundsteinlegung für die Heilstätte Schotten im Jahr 1958 durch den hessischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Georg August Zinn (SPD)

Was sonst geschieht im Jahr 1960:

- Die Errichtung eines Neubaus für die LWV-Zweigverwaltung Wiesbaden beginnt.

LWV-Archiv, Fotosammlung



In der Tbc-Ausstellung des LWV 1960 im Rahmen einer Aufklärungswoche des Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose in Frankfurt a. M.

Bundessozialhilfegesetz verabschiedet

Neue Rechtsvorschrift und Grundlage für das Landessozialamt



Blätter für Wohlfahrtspflege, 8/9/1961

Zeitgenössische Veröffentlichung zum neuen Bundessozialhilfegesetz

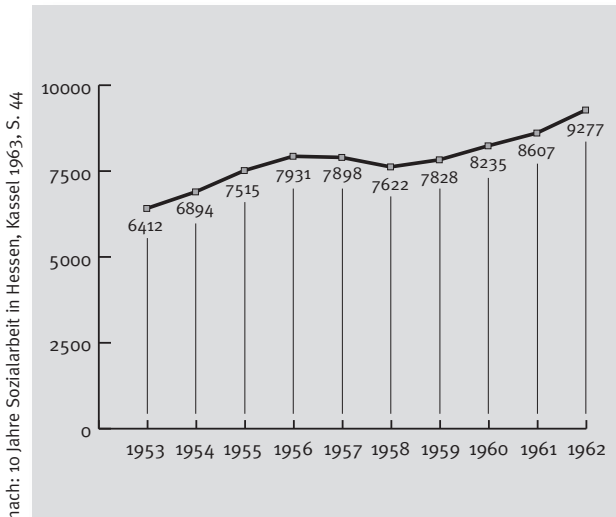
Am 30. Juni wird das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) verabschiedet. Es tritt knapp ein Jahr später, am 1. Juni 1962, in Kraft. Es erkennt hilfebedürftigen Menschen einen Rechtsanspruch auf Hilfe zu. Für den LWV ergeben sich aus dem BSHG Pflichtaufgaben u. a. im Bereich der stationären Versorgung von Menschen mit psychischen Krankheiten, mit Suchterkrankungen oder mit körperlichen oder geistigen Behinderungen. Im Folgejahr 1962 wird der Landesfürsorgeverband, eine Institution aus den 1920er Jahren, beim LWV zum Landessozialamt umgestaltet.

Der Landesfürsorgeverband seinerseits hat seinen Vorläufer im 1871 eingerichteten Landarmenverband, einer preußischen Institution. Aufgabe war es bereits damals, die Hilfe der Gesellschaft für die Menschen zu organisieren, die sich in außergewöhnlichen Notlagen befanden und deren Unterstützung nicht der einzelnen Wohnortgemeinde zugemutet werden konnte. Das Landessozialamt beim LWV besteht in dieser Form bis zum Jahr 1999. Im Zuge der Verwaltungsreform werden seine bisherigen Aufgaben fortan von den neu geschaffenen Zielgruppenmanagements wahrgenommen.

LWV-Pressestelle, Foto: 1974: Rolf Gerner



Beschäftigung behinderter Menschen in den Baunataler Werkstätten



Anzahl psychisch Kranker, die durch den Landesfürsorgeverband bzw. das Landessozialamt des LWV Hessen in einer Einrichtung untergebracht wurden, jeweils am 1. April

Was sonst geschieht im Jahr 1961:

- Die III. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 1965) – Sitzverteilung: SPD 23, CDU 15, FDP 4, Gesamtdeutsche Partei 3.
- Heinrich Kraft (SPD) wird erneut zum Präsidenten der Verbandsversammlung gewählt.
- Nach dem Tod des Ersten Landesdirektors Hermann Schaub (SPD) wird Herbert Leimbach (SPD) zum Ersten Landesdirektor gewählt.
- Der LWV wird zum Träger von Sonderschulen aufgrund des Hessischen Schulverwaltungsgesetzes.
- Mit der Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes wird die Freiwillige Erziehungshilfe gesetzlich verankert.
- Das neue Verwaltungsgebäude der LWV-Zweigverwaltung Wiesbaden wird bezogen.

Schwesternvorschule Heppenheim und Krankenpflegeschule Eichberg eröffnet *Maßnahmen gegen den Personalmangel im Pflegebereich*

aus: 10 Jahre Sozialarbeit in Hessen, Kassel 1963, S. 131



Abbildung von Krankenschwestern in der Festschrift zum 10-jährigen LWV-Jubiläum

In diesem Jahr eröffnet der LWV die Krankenpflegeschule des Psychiatrischen Krankenhauses Eichberg sowie die erste Schwesternvorschule in Heppenheim für Mädchen im Alter von 15-17 Jahren. Auch andere LWV-Einrichtungen versuchen mit umfassenden Ausbildungsangeboten, dem Personalmangel im Pflegebereich zu begegnen.

Im Laufe der vorausgehenden fünf Jahre hatten mehr und mehr Stellen mangels Bewerbungen unbesetzt bleiben müssen. Zum einen war dies

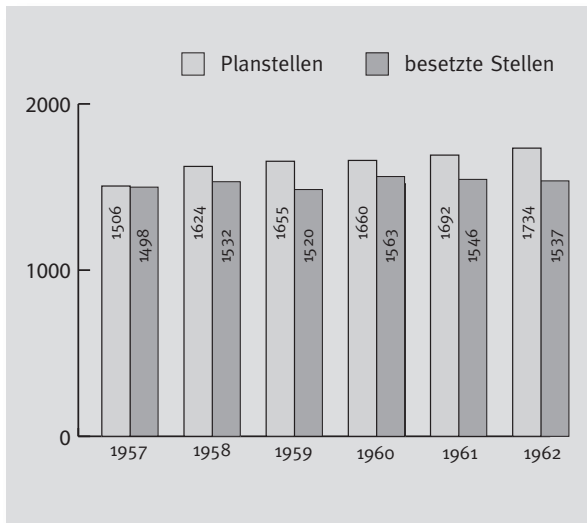
durch den allgemeinen Arbeitskräftemangel bedingt, der in diesen Jahren in der Bundesrepublik zur Anwerbung der so genannten „Gastarbeiter“ führt. Zum anderen haben die Neuerungen in der Psychiatrie – weg von der „Verwahrung“, hin zur aktiven Behandlung – zu einem höheren Personalbedarf geführt. Um künftig auch qualifizierte Pflegekräfte einsetzen zu können, richtet der LWV bis 1965 in allen Psychiatrischen Krankenhäusern eine Krankenpflegeschule ein und setzt damit auch die Forderungen des Krankenpflegegesetzes von 1965 in die Praxis um.

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto um 1965



Krankenpflegeprüfung im Psychiatrischen Krankenhaus Herborn

nach: 10 Jahre Sozialarbeit in Hessen, Kassel 1963, S. 126



Vorhandene Stellen für Pfleger/innen im Stellenplan des LWV und tatsächlich besetzte Stellen 1957-1962

Was sonst geschieht im Jahr 1962:

- Das Hessische Ausführungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz wird verabschiedet und tritt in Kraft.
- Der LWV übernimmt die Kosten der Freiwilligen Erziehungshilfe in voller Höhe.
- Der so genannte „Halbierungserlass“ aus dem Jahre 1942 wird aufgehoben, was zu einer Verbesserung der Sozialversicherungsansprüche von Menschen mit psychischen Krankheiten führt.
- Die Heimsonderschule Homberg wird ihrer Bestimmung übergeben.
- Das neue Jugendheim Staffelberg in Biedenkopf wird eröffnet.
- Aus dem bisherigen LWV-Altersheim Schloss Dehrn wird ein Spezialkurheim für Kinder mit Sprach- oder Haltungsschäden.
- Das neue Schulverwaltungs-gesetz in Hessen führt zur Übernahme der Lehrer/innen für gehörlose oder blinde Menschen in den Landesdienst.

1963

Weilmünster wieder Psychiatrisches Krankenhaus

Ausbau der psychiatrischen Versorgung



LWV-Pressestelle

Das neu eröffnete Psychiatrische Krankenhaus Weilmünster

Das Kindersanatorium Weilmünster wird 1963 erneut zum Psychiatrischen Krankenhaus, da der Bedarf an psychiatrischer Versorgung wieder steigt. Im Laufe der vergangenen zehn Jahre war die Zahl der Menschen mit psychischen Krankheiten, die in Psychiatrischen Krankenhäusern des LWV untergebracht waren, deutlich angestiegen. Erst in den 1970er Jahren wird im Zuge der Psychiatriereform und durch den Einsatz von Psychopharmaka die Zahl der Menschen, die in

Psychiatrischen Krankenhäusern untergebracht sind, erkennbar sinken.

Nach dem Krieg war Weilmünster als Landesheilanstalt weitgehend aufgegeben worden, da durch die NS-„Euthanasie“-Verbrechen die Zahl der psychisch kranken Menschen so stark dezimiert gewesen war. In den 1950er Jahre dienten die Gebäude in Weilmünster als Kindersanatorium; bereits in den 1920er Jahren hatte dort ein Kinder- und Volkssanatorium bestanden.

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto um 1960

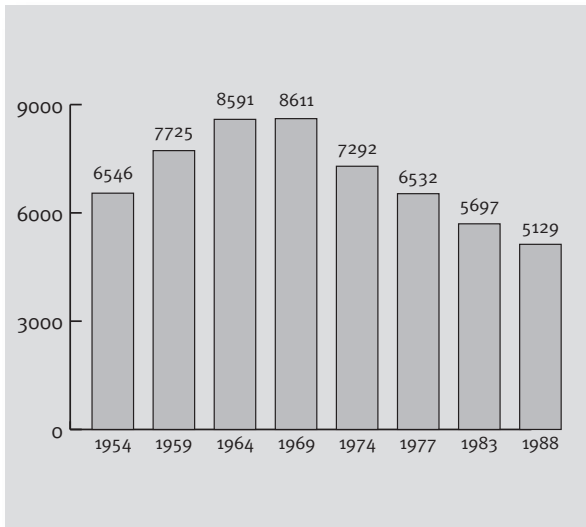


Spielende Kinder im Kindersanatorium Weilmünster

Was sonst geschieht im Jahr 1963:

- Erstmals wird der Hebesatz für die Verbandsumlage erhöht (von 5,7% auf 7,9%).
- Die Tuberkuloseheilstätte Falkenstein wird zu einer Spezialklinik für cerebrally geschädigte Kinder, spastisch und querschnittsgelähmte Erwachsene sowie für Multiple-Sklerose-Kranke umgewandelt.
- Für die zentrale Bearbeitung der Blindenhilfe und für die Zahlung des Blindengeldes wird das Lochkartenverfahren eingeführt.

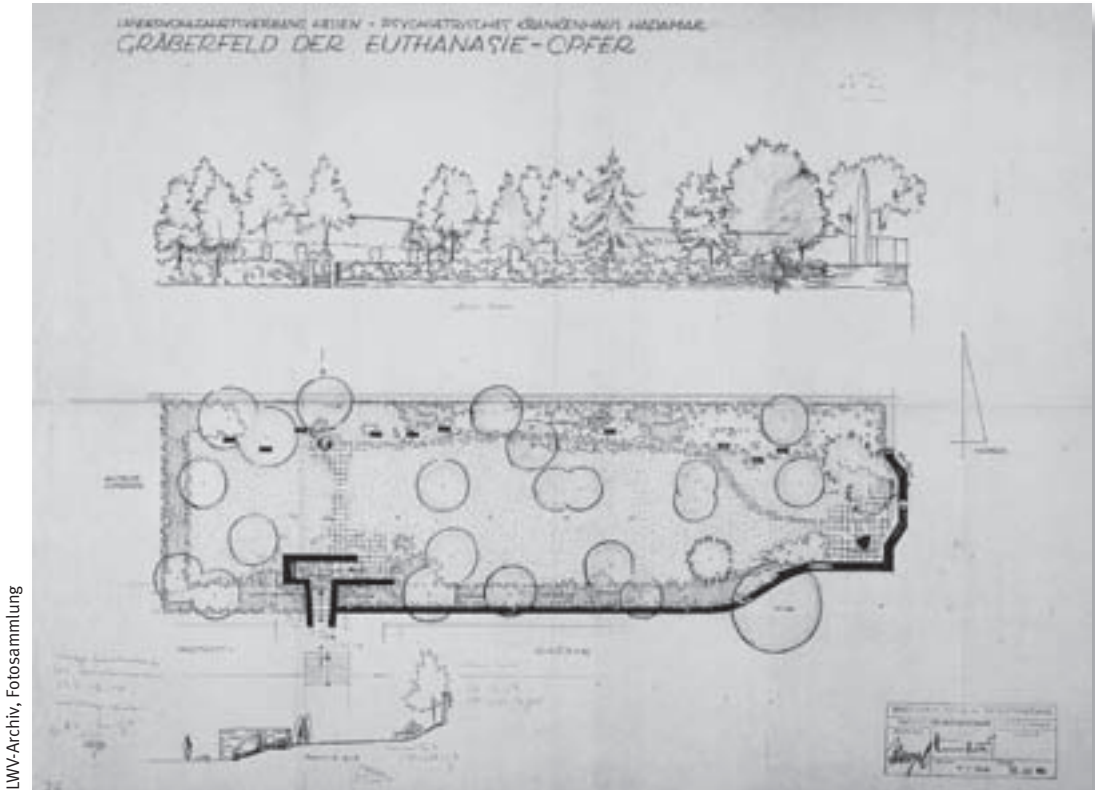
nach: LWV-Verbandsversammlung. Hessisches Sozialparlament 1953 bis heute, Kassel 1990, S. 165



Die Durchschnittsbelegung der Psychiatrischen Krankenhäuser des LWV 1954-1988

Gedenkfriedhof für NS-„Euthanasie“-Opfer in Hadamar eingeweiht

Frühes Gedenken der NS-Opfer



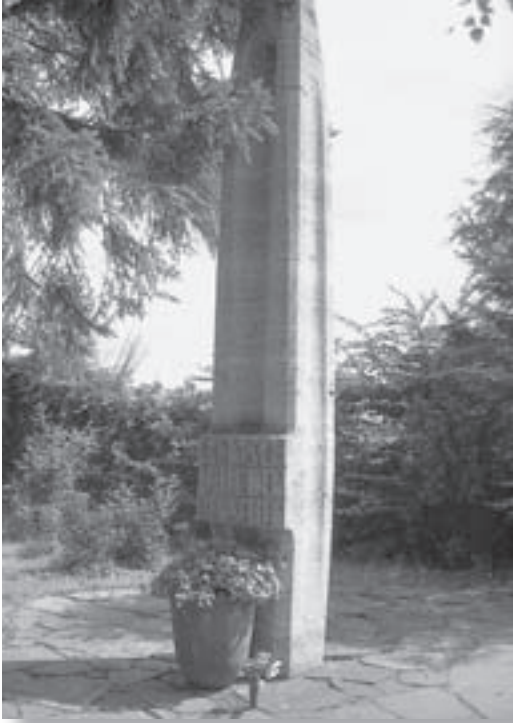
LWW-Archiv, Fotosammlung

Plan zur Umgestaltung des Friedhofs in Hadamar zu einem Gedenkfriedhof im Jahr 1964

1964 weiht Martin Niemöller, der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, den Gedenkfriedhof beim Psychiatrischen Krankenhaus Hadamar ein. Der Friedhof ist vom LWV umgestaltet worden, um an die annähernd 15.000 kranken und behinderten Menschen zu erinnern, die 1941-1945 allein in der damaligen Landesheilanstalt Hadamar ermordet wurden. Sie waren dem rassenhygienischen Programm der so genannten „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ zum Opfer gefallen.

Schon früh hat der LWV sich mit diesem schweren Erbe konfrontiert gesehen, welches das NS-Regime hinterlassen hatte. Bereits wenige Monate vor der LWV-Gründung hatte der Vorgängerverband, der Bezirkskommunalverband Wiesbaden, in der Einrichtung in Hadamar eine Gedenktafel angebracht. Dieses Relief ist – so weit bekannt – in ganz Deutschland die erste öffentliche Mahnstätte, durch die an die Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen erinnert wurde.

LWV-Pressestelle, Foto 1985; Rolf Gerner



Die 1964 eingeweihte Gedenkstele auf dem Friedhof in Hadamar mit der Aufschrift „Mensch achte den Menschen“

Was sonst geschieht im Jahr 1964:

- Die LWV-Verbandsversammlung bildet einen Sonderausschuss zur Vorbereitung einer grundlegenden Umstrukturierung der Psychiatrischen Krankenhäuser.

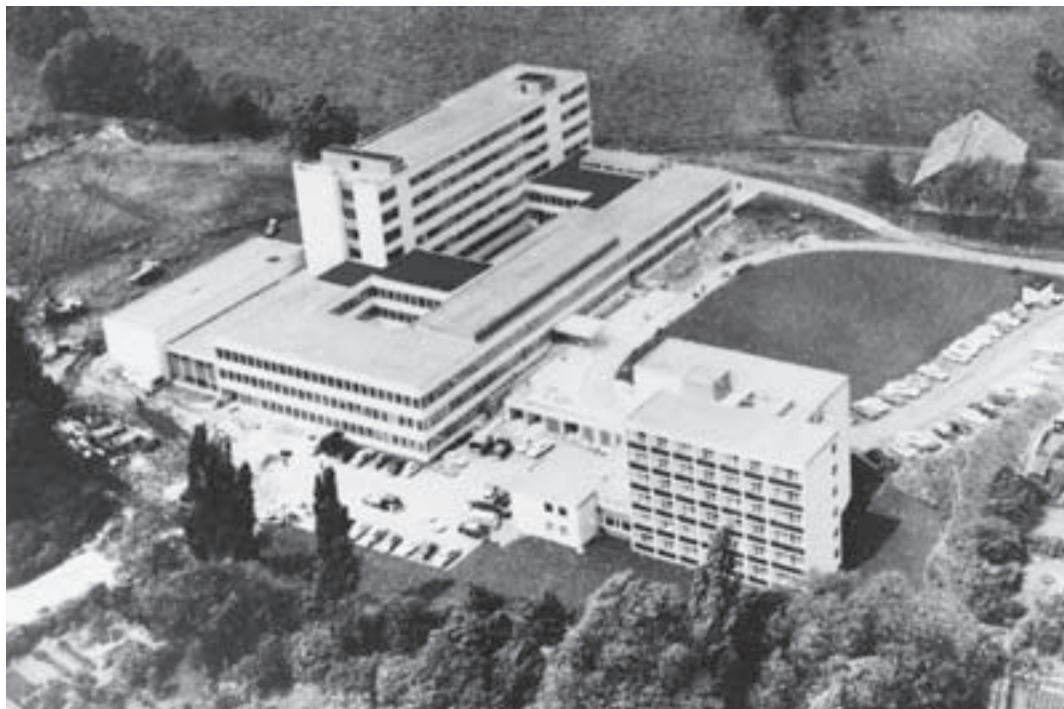
LWV-Archiv, Fotosammlung



Gedächtnistafel für die NS-„Euthanasie“-Opfer, 1953 angebracht im Hauptgebäude der Landesheilanstalt Hadamar

Neubau der Orthopädischen Klinik Kassel eröffnet *Hilfen für Menschen mit orthopädischen Behinderungen*

Foto: LWV-Archiv, Fotosammlung



Neubau der Orthopädischen Klinik Kassel-Wilhelmshöhe von 1965

Der Neubau der Orthopädischen Klinik Kassel des LWV wird 1965 eröffnet. Ab 1950 war die Klinik zunächst in den Kasseler Wittich-Kasernen untergebracht gewesen. Die dort vorhandenen Räumlichkeiten genügten dem Bedarf des nordhessischen Einzugsgebietes jedoch bald nicht mehr. Der Neubau in Kassel-Wilhelmshöhe wurde mit einem sechsgeschossigen Bettenflügel für 200 Patientinnen und Patienten, mit einem Behandlungstrakt, einem Hallenschwimmbad, Gymnastikhalle und Wirtschaftsräumen geplant. 1995 wird die Orthopädische Klinik Kassel zur gemeinnützigen GmbH.

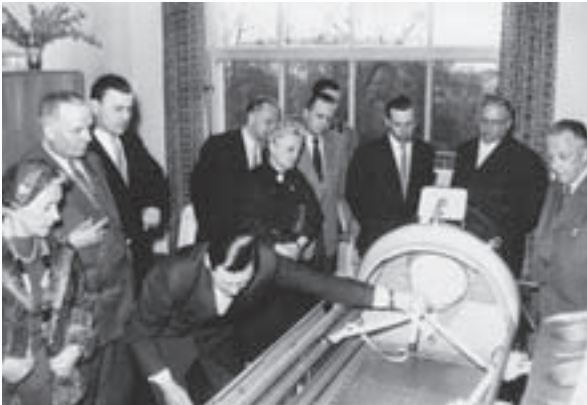
Auch an anderen Orten hat der LWV Orthopädische Kliniken unterhalten. 1976 muss die Orthopädische Klinik Herborn geschlossen werden, die Räumlichkeiten gehen an das dortige Psychiatrische Krankenhaus über. Die Orthopädische Klinik Wiesbaden ist aus einer privaten Gründung (1910) des „Vereins für Nassauische Krüppelfürsorge e. V.“ hervorgegangen und später auf den LWV-Vorgänger übergegangen. 2001 schließt die Wiesbadener Klinik; der Versorgungsauftrag geht auf das St. Josef-Hospital in Wiesbaden über.

Postkarte vor 1951: LWV-Archiv, Fotosammlung



Gebäude der 1951 eröffneten Orthopädischen Klinik Herborn

Foto: LWV-Archiv, Fotosammlung



Übergabe der „Eisernen Lunge“ an die Orthopädische Klinik Wiesbaden, 1958, rechts Zweiter Landesdirektor Dr. Friedrich Stöffler

Was sonst geschieht im Jahr 1965:

- Die IV. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 1969) – Sitzverteilung: SPD 26, CDU 15, FDP 3, Gesamtdeutsche Partei 1.
- Heinrich Kraft (SPD) wird erneut zum Präsidenten der Verbandsversammlung gewählt.
- Die Einrichtung von Krankenpflegeschulen an allen Psychiatrischen Krankenhäusern wird beschlossen.
- Die Tuberkuloseheilstätte am Meißner wird aufgelöst.

Mitarbeiterfortbildung beginnt

Der LWV legt erste Programme zur „Personalentwicklung“ auf

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto um 1966



Fortbildungslehrgang in der neu erbauten Orthopädischen Klinik Kassel

Nachdem bereits seit 1962 die Weiterbildung in einjährigen Lehrgängen in der Krankenpflege gefördert worden war, führt der LWV seit 1966 eigene Fortbildungsprogramme für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser und Jugendheime durch. Beispielsweise werden 14-tägige Lehrgänge für Mitarbeiter/innen im Pflegebereich angeboten, die über neue Entwicklungen auf den Gebieten der Medizin, Pharmakologie und Pflegetechnik unterrichten. Mit den Fortbildungen trägt der LWV der Erkenntnis Rechnung, dass eine gut gebildete und enga-

gierte Belegschaft das „Kapital“ eines Arbeitgebers darstellt.

Zunächst finden die Lehrgänge im Gebäude der Orthopädischen Klinik Kassel statt. 1975 kann dann ein eigenes neues „Ausbildungszentrum Mammolshöhe“ des LWV Hessen in Königstein mit 50 Internatsplätzen eröffnet werden. 1999 zieht das Zentrum (mittlerweile unter der Bezeichnung „Fortbildungszentrum“) nach Gießen in die Nachbarschaft des dortigen Zentrums für Soziale Psychiatrie um.



LWV-Fortbildungsprogramm 1986 des Fortbildungszentrums Mammolshöhe



Unterricht im Ausbildungszentrum Mammolshöhe

Erich Pfeil wird Erster Landesdirektor

Das Amt des „Geschäftsführers“ des LWV



LWV-Pressestelle, Foto: Rolf Gerner

Erich Pfeil, 1967-1980 Erster Landesdirektor bzw. Landesdirektor des LWV Hessen

Erich Pfeil (SPD) löst Herbert Leimbach als Erster Landesdirektor ab. Fast 13 Jahre steht Pfeil fortan an der Spitze des LWV. Damit ist er der Landesdirektor (so der Titel ab 1973) mit der bisher längsten Amtszeit im LWV. Der 1915 in Gießen geborene Jurist war vor seiner LWV-Zeit maßgeblich an der Neuschaffung des hessischen Kommunalrechts beteiligt. Nach Ablauf seiner zweiten Amtsperiode wird Pfeil 1980 aufgrund der Ergebnisse der vorausgehenden hessischen Kommunalwahlen von einem Christdemokraten abgelöst, dem Juristen und bisherigen Bürgermeister der Stadt Fulda, Dr. Tilman Pünder.

Der Landesdirektor bzw. die Landesdirektorin hat jeweils eine prägende Funktion für den Verband als Ganzes. Er oder sie führt die Geschäfte des Verbandes und steht an der Spitze des LWV-Exekutivorgans, des Verwaltungsausschusses. Mehrfach haben die Amtsinhaber/innen nach ihrer LWV-Amtszeit weitere verantwortungsvolle Ämter übernehmen können. So wird Irmgard Gaertner (SPD, Landesdirektorin 1986-1992) anschließend Sozialsenatorin in Bremen; Barbara Stolterfoht (SPD, Landesdirektorin 1992-1995) wechselt als Sozialministerin in die hessische Landesregierung. Ihre Nachfolge tritt der amtierende Landesdirektor Lutz Bauer (SPD) an.

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1980



Der scheidende Landesdirektor Erich Pfeil gratuliert seinem Nachfolger Dr. Tilman Pünder

LWV-Pressestelle, Foto: Rolf Gerner



Landesdirektorin Irmgard Gaertner (Mitte), hier im Juni 1991 bei der Vereidigung der neuen LWV-Beigeordneten Barbara Stolterfoht (der späteren Landesdirektorin) durch den Präsidenten der Verbandsversammlung Eitel O. Höhne

Waldkrankenhaus Köppern in LWV-Trägerschaft *Übernahme eines zusätzlichen Psychiatrischen Krankenhauses*

Kreisarchiv Bad Homburg



Das Waldkrankenhaus Köppern

Zum 1. Januar geht das Waldkrankenhaus Köppern (im heutigen Hochtaunuskreis) von der Stadt Frankfurt a. M. an den LWV über, zunächst in Form einer mietfreien Überlassung auf Zeit. Bereits im Vorgriff auf den Vertrag hat der LWV im Sommer 1967 mit der Umwandlung des einstigen Allgemeinkrankenhauses in ein Psychiatrisches Krankenhaus begonnen. Die Umwandlung schafft neue gemeindenähere Unterbringungsmöglichkeiten für Patienten und Patientinnen insbesondere aus der Metropole Frankfurt a. M.

Einige Jahre später, 1973, übernimmt der LWV schließlich das Waldkrankenhaus als Eigentum. Seit 1998 bildet das Waldkrankenhaus gemeinsam mit der früheren Außenstelle „Bamberger Hof“ (Frankfurt a. M.) eine gemeinnützige GmbH mit dem Namen „Zentrum für Soziale Psychiatrie Hochtaunus“. Die gGmbH löst den LWV als Träger ab und ermöglicht dem Krankenhaus eine organisatorische und wirtschaftliche Selbstständigkeit.

Was sonst geschieht im Jahr 1968:

- Der LWV veräußert die Tuberkuloseheilstätte Schotten an den damaligen Kreis Büdingen.

LWV-Archiv, Fotosammlung, Postkarte 1910



Die 1901 als Heilstätte für Alkoholiker gegründete Einrichtung in Köppern

Kreisarchiv Bad Homburg, Postkarte um 1930



„Landhaus 6“ der Köpperner Einrichtung, die seit 1913 als Nervenheilstalt der Stadt Frankfurt a. M. diente

Protest gegen Heimunterbringung in Guxhagen-Breitenau „Heimkampagne“ wegen der Zustände in Jugendheimen

LWV-Archiv, Fotosammlung, Pressefoto November 1969



Demonstration vor dem Tor des Erziehungsheims Fuldatal in Guxhagen-Breitenau

Im Rahmen der so genannten „Heimkampagne“ wird das Jugendheim Fuldatal in Guxhagen-Breitenau zur Zielscheibe öffentlichen Protestes. Am 13. November versammeln sich vor der Einrichtung ca. 200 Demonstranten, darunter auch die spätere RAF-Terroristin Ulrike Meinhof. Sie fordern bessere Bedingungen für die weiblichen Jugendlichen, die im Rahmen der Fürsorgeerziehung in dem Heim untergebracht sind. Auch bei anderen LWV-Jugendheimen, „Staffelberg“ in Biedenkopf und „Karlshof“ in Wabern,

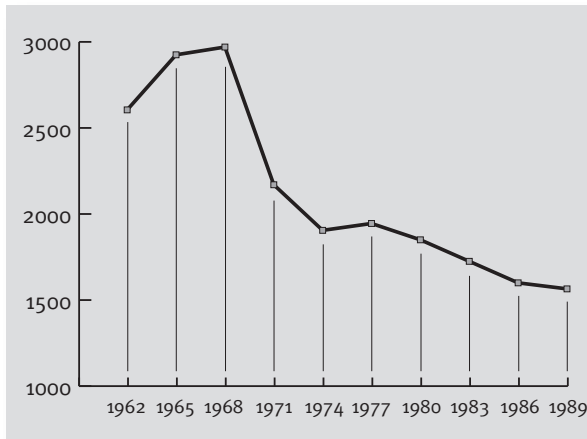
gibt es Proteste linker Gruppen, die zur außerparlamentarischen Opposition (APO) zählen. Auch in anderen Bundesländern wird die Heimerziehung zur Zielscheibe. Der LWV zieht in den folgenden Jahren Konsequenzen: Die Heime werden umstrukturiert. Ein verstärkter Ausbau ambulanter und offener Formen der Jugendhilfe sowie alternativer Betreuungsformen beginnt.

aus: LWV-Nachrichten 2/76



Das Jugendheim Haus Lahneck (ehemals Buchenau), hier die 1976 bezogenen neuen Räumlichkeiten in der Marburger Calvinstraße

nach: LWV Verbandsversammlung, Hessisches Sozialparlament 1953 bis heute, Kassel 1990, S. 159



Anzahl junger Menschen in hessischen Jugendheimen 1962-1989 in Kostenträgerschaft des LWV

Was sonst geschieht im Jahr 1969:

- Die LWV-Verbandsversammlung fasst Grundsatzbeschlüsse über „Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der geistig und seelisch Behinderten und Suchtkranken in Hessen“ (Psychiatriereform).
- Die erste jugendpsychiatrische Klinik des LWV wird in Idstein eingerichtet (später Außenstelle der Klinik „Rheinhöhe“, Eltville).
- Die V. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 1973) – Sitzverteilung: SPD 28, CDU 14, FDP 3.
- Lisy Alfhart (SPD) wird zur Präsidentin der Verbandsversammlung gewählt.
- Hellmuth Leiner (CDU) wird zum Zweiten Landesdirektor gewählt.
- Durch eine Änderung des Bundessozialhilfegesetzes wird der LWV zum Kostenträger für die Betreuung behinderter Menschen in teilstationären Einrichtungen.

Schulentwicklungsplan verabschiedet

Fortentwicklung der LWV-Sonderschulen für Menschen mit Sinnesbehinderung

LWV-Pressestelle, Foto um 1970: Anton Gradl



Unterricht für Kinder mit Hörbehinderung in der Hermann-Schafft-Schule Homberg

Im November beschließt die LWV-Verbandsversammlung den „Schulentwicklungsplan“ für die Sonderschulen des Verbandes. Im Vorjahr hat das hessische Schulrecht dem LWV die Funktion des Schulträgers für überregionale Sonderschulen zugewiesen. Nach Vorgabe des Landes sollten die Schulen mehrstufig gegliedert sein und von ihrer Größe her eine Differenzierung des Unterrichts ermöglichen.

In den folgenden Jahren wird die Johann-Peter-Schäfer-Schule in Friedberg zur Zentralschule für blinde und sehbehinderte Menschen ausge-

baut, die Johannes-Vatter-Schule in Friedberg zur Zentralschule für gehörlose Menschen. Die Freiherr-von-Schütz-Schule (Bad Camberg) und die Hermann-Schafft-Schule (Homberg) werden in Schulen für Hörbehinderte umgewandelt, eine weitere solche Schule wird 1974 in Frankfurt a. M. eröffnet: die Schule am Sommerhoffpark. 1981 ändert die LWV-Verbandsversammlung den ursprünglichen Plan, nur zwei Zentralschulen für Hörbehinderte zu betreiben, statt dessen sollen die Schulen in Frankfurt, Camberg und Homberg weiterentwickelt werden.

LWV-Archiv, Fotosammlung



Historisches Schulgebäude der Freiherr-von-Schütz-Schule in Bad Camberg

LWV-Pressestelle, Foto 1975



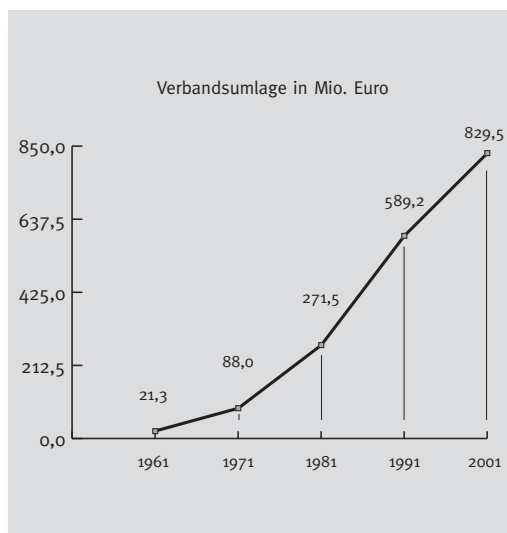
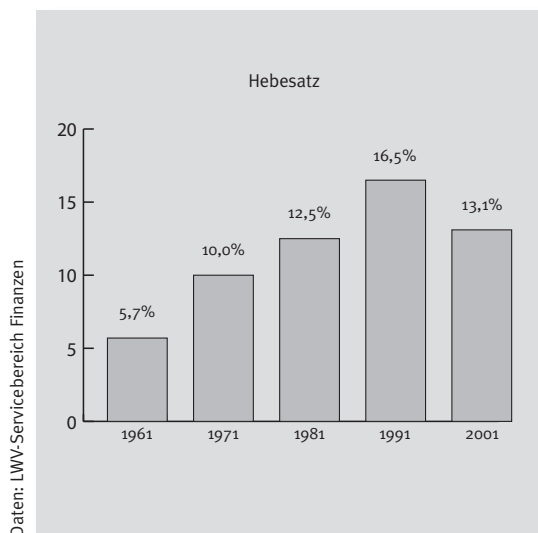
Kinder in der „Schule am Sommerhoffpark“ in Frankfurt a. M. für Menschen mit Hörbehinderungen

Was sonst geschieht im Jahr 1970:

- Der LWV beschließt Sofortmaßnahmen gegen die Missstände in den Jugendheimen (Reduzierung der Gruppenstärke, mehr und besser qualifizierte Mitarbeiter/innen).
- Die Trennung in Mädchen- und Jungenheime wird aufgehoben.
- Erziehungsberatung und „offene“ Erziehungshilfen werden verstärkt.
- Die Stellenzahl im Pflegebereich der psychiatrischen Einrichtungen wird spürbar erhöht.

Hebesatz der Verbandsumlage erreicht 10%

Finanzierung der LWV-Ausgaben



Entwicklung des Hebesatzes (in Prozentpunkten) und des Aufkommens der Verbandsumlage (in Mio. Euro) 1961-2001

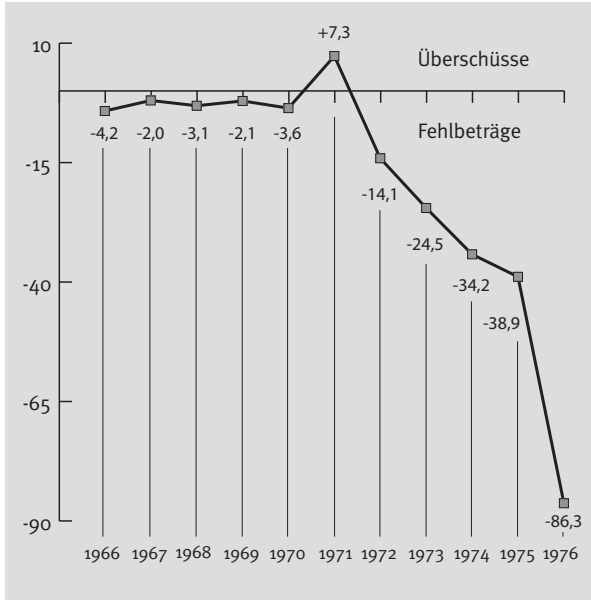
Der Hebesatz der Verbandsumlage erreicht 1971 erstmals den Wert von 10% des Maßstabssteuersatzes. Die Verbandsumlage ist der Beitrag, den die Landkreise und kreisfreien Städte als LWV-Mitglieder zur Deckung des Finanzbedarfs des Verbandes tragen. Die Höhe der Verbandsumlage wird von der LWV-Verbandsversammlung beschlossen und durch das hessische Innenministerium genehmigt. Mit der Erhöhung der Verbandsumlage tritt 1971 der Fall ein, dass der LWV einen Überschuss im Haushalt ausweisen kann.

Nach dem Mittelstufengesetz sichern drei Säulen die Finanzierung des LWV:

- Eigene Einnahmen (Kostenerstattungen)
- Finanzausgleich des Landes aus dem „Kommunalen Finanzausgleich“
- Verbandsumlage

Obwohl das Gesetz der Verbandsumlage eine subsidiäre Rolle zuschreibt, wird die Umlage im Laufe der Jahre zur Hauptsäule der Finanzierung. D. h. die Behindertenhilfe in Hessen wird fast ausschließlich kommunal finanziert.

Daten: LWV-Servicebereich Finanzen

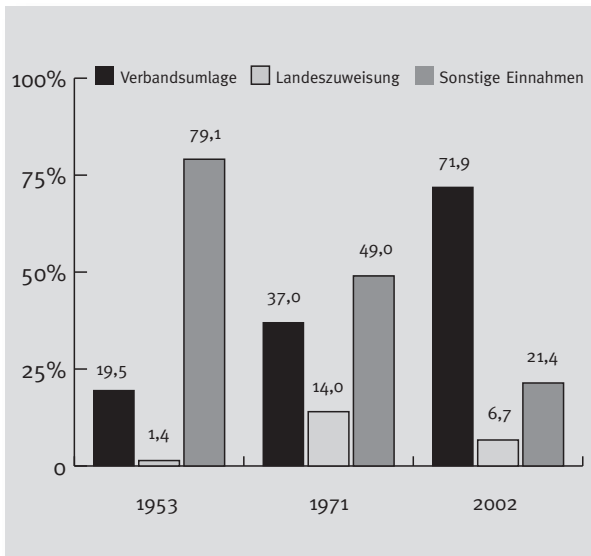


Was sonst geschieht im Jahr 1971:

- Die Max-Kirmsse-Schule (Schule für Erziehungshilfe, praktisch Bildbare und Kranke) in Idstein wird eröffnet.

Fehlbeträge bzw. Überschüsse im LWV-Verwaltungshaushalt in Mio. DM 1966-1976

Daten: LWV-Servicebereich Finanzen



Prozentuale Deckung des LWV-Haushalts durch die Verbandsumlage und die Landeszuweisung 1953, 1971 und 2002 im Vergleich

Erziehungsstellen ins Leben gerufen

Innovatives pädagogisches Modell des LWV



Hinweis auf das neue Erziehungsstellenmodell: „Ein neuer Weg – Erziehungsstellen“

Im Oktober beschließt die LWV-Verbandsversammlung das pädagogische Konzept „Erziehungsstelle“ (als alternatives Angebot zur stationären Unterbringung in einer Jugendhilfeeinrichtung). Die ersten Erziehungsstellen für 15 Kinder und Jugendliche bei Gasteltern werden 1972 eingerichtet. Das pädagogische Ziel ist die Betreuung von besonders problembelasteten Jugendlichen in pädagogisch geeigneten Ersatzfamilien. Wichtig ist dabei, dass der Kontakt zur Herkunftsfamilie erhalten bleibt.

Dieses vom LWV ins Leben gerufene Angebot wird nach 20 Jahren in einer empirischen Studie wissenschaftlich untersucht. Deren positive Ergebnisse führen u. a. dazu, dass das Angebot Eingang ins Kinder- und Jugendhilfegesetz findet. In den über 30 Jahren seit Bestehen dieses Angebotes sind mehr als 1.000 Kinder und Jugendliche in Erziehungsstellen betreut worden. Im Jahr 2003 werden rund 175 Kinder und Jugendliche zwischen einem und 20 Jahren in 110 LWV-Erziehungsstellen betreut.

LWV-Pressestelle, Foto 1978; Sven Lorenzen

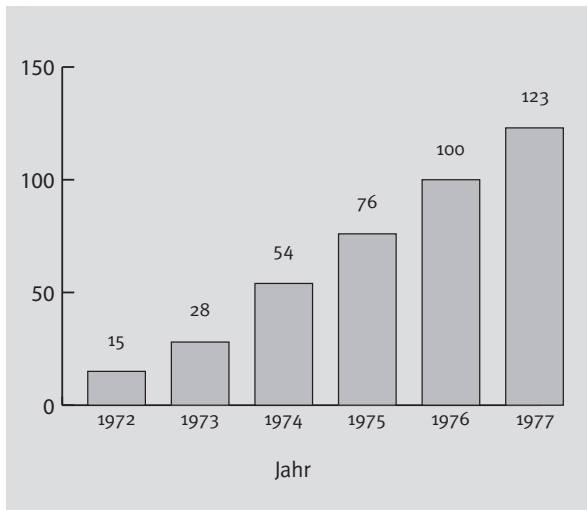


Erziehungsstellentreffen auf dem Sensenstein

Was sonst geschieht im Jahr 1972:

- Alle Betten in den Psychiatrischen Krankenhäusern des LWV werden in den Krankenhausbedarfsplan des Landes Hessen aufgenommen.
- Das LWV-Defizit übersteigt mit 14 Mio. DM erstmals die 10-Mio-Grenze (aufgrund hoher Mehrausgaben für Sozialhilfe).
- Der erzieherische Bereich des Kalmenhofs wird infolge der Heimkampagne dezentralisiert.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt das Programm über Maßnahmen zur stationären Versorgung Suchtkranker und Drogenabhängiger.

nach: 25 Jahre Sozialarbeit in Hessen, Kassel 1978, S. 41



Zahl der hessischen Kinder und Jugendlichen in privaten Erziehungsstellen während der Jahre mit den stärksten Zuwächsen 1973-1977

Sechste LWV-Verbandsversammlung gewählt

Das „Hessische Sozialparlament“

LWV-Pressestelle, Foto 1974; Rolf Gerner



Plenarsitzung der Verbandsversammlung in der VI. Wahlperiode, am Präsidiumstisch oben Präsidentin Lisy Alfhart, am Rednerpult Landesdirektor Erich Pfeil

Aufgrund der Ergebnisse der hessischen Kommunalwahlen vom Vorjahr wird 1973 die neue LWV-Verbandsversammlung gewählt. Zum bislang letzten Mal erhält die SPD in dieser VI. Wahlperiode – wie in den vorausgehenden Jahrzehnten – die absolute Mehrheit. Auf sie entfallen 31 Sitze, auf die CDU 20 und auf die FDP 3. Die Verbandsversammlung wählt Lisy Alfhart (SPD) erneut zu ihrer Präsidentin.

Die Verbandsversammlung ist das oberste Beschlussorgan des Verbandes. Zu den wichtigsten Aufgaben zählt der Beschluss des Haushaltsplans, die Fassung von Grundsatz

beschlüssen sowie die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsausschusses (Landesdirektor/in und Vertreter/in sowie Beigeordnete). Durch die Novellierung des Mittelstufengesetzes erhöht sich die Zahl der Abgeordneten 1973 von 45 auf 54; eine weitere Erhöhung auf 75 erfolgt 1977.

Ihre Vorläufer hat die Verbandsversammlung in den Provinzial- und Kommunallandtagen der preußischen Provinzialverbände bis 1933. Anders als dort werden die Abgeordneten aber nicht direkt vom Volk, sondern indirekt durch die hessischen Kreistage und die Stadtparlamente der kreisfreien Städte gewählt.

LWV-Archiv, Fotosammlung



Blick in eine Plenarsitzung der Verbandsversammlung 1961 im Ständesaal in Kassel

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1956



Landesoberinspektor Fritz Sittner als Mitarbeiter des Büros der Verbandsversammlung

Was sonst geschieht im Jahr 1973:

- Durch die Novellierung des Mittelstufengesetzes werden aus dem Ersten bzw. Zweiten Landesdirektor der Landesdirektor bzw. der Erste Beigeordnete.
- Nach Änderung der Hauptsatzung (Zahl der hauptamtlichen Mitglieder des LWV-Verwaltungsausschusses wird erhöht) wird Willi Eiermann (SPD) zum hauptamtlichen Beigeordneten gewählt.
- Das Eigentum des Waldkrankenhauses Köppern geht von der Stadt Frankfurt a. M. an den LWV über (LWV-Trägerschaft bereits seit 1967/68).
- Der LWV kündigt die Einrichtung gemischter Stationen in den Psychiatrischen Krankenhäusern an.
- Das Jugendheim Fuldata in Guxhagen wird aufgelöst.
- Das Hessische Krankenhausgesetz wird verabschiedet, wodurch der LWV einen Sicherstellungsauftrag für die Krankenhausversorgung erhält – verbunden mit der Schaffung der finanziellen Grundlagen für die umfassende Sanierung der Krankenhäuser.

Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie eingerichtet *Verselbstständigung und Ausbau der Hilfen für junge Menschen mit psychischer Erkrankung*



LWV-Pressestelle, Foto 1985

Heilpädagogisches Reiten und Voltigieren in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie „Rehberg“, Herborn

Am 1. Oktober wird die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie „Rheinhöhe“ (Eltville) eröffnet, die Klinik „Lahnhöhe“ (Marburg) folgt noch im selben Jahr, 1975 dann die Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie „Hofheim“ (Riedstadt) und „Rehberg“ (Herborn). Diese Kliniken gehen hervor aus den bisherigen kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilungen der Psychiatrischen Krankenhäuser des LWV an den jeweiligen Orten. Im Vorjahr, 1973, hatte die LWV-Verbands-

versammlung die Verselbstständigung und den Ausbau zu jugendpsychiatrischen Zentren beschlossen, um den spezifischen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Krankheiten besser gerecht werden zu können. Bereits 1969 war die erste jugendpsychiatrische Klinik des LWV in Idstein im ehemaligen Krankenhausgebäude des Kalmenhofs eingerichtet worden, später wird diese Klinik zur Außenstelle der Klinik „Rheinhöhe“ (Eltville).

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1988



Gebäude der 1974 eröffneten Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Marburg

LWV-Pressestelle, Foto 1990: Rolf Gerner



Spielendes Kind in der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Hofheim

Was sonst geschieht im Jahr 1974:

- Der Hebesatz der Verbandsumlage steigt auf 11%.
- Der Fehlbetrag im LWV-Haushalt erreicht im Laufe des Jahres 33 Mio. DM.
- Der Stellenabbau im LWV beginnt.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt Grundsätze zur inneren Neugliederung der Psychiatrischen Krankenhäuser (Aufteilung der Großkrankenhäuser in überschaubare, medizinisch selbstständige Einheiten).
- Die Schule am Sommerhoffpark (Schule für Hörgeschädigte) in Frankfurt a. M. wird eröffnet.
- Das „Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft“ (Schwerbehindertengesetz) löst das Schwerbeschäftigtengesetz von 1961 ab und bringt der LWV-Hauptfürsorgestelle neue Aufgaben.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt das Modell „Pflegefamilien für Behinderte“.
- Das ehemalige Jugendheim Guxhagen wird in eine Außenstelle des Psychiatrischen Krankenhauses Haina als Behandlungsstätte für chronisch psychisch Kranke umgewandelt (später Außenstelle des Psychiatrischen Krankenhauses Merxhausen).
- Die Diagnose- und Therapiezentren Gießen und Merxhausen werden eröffnet.
- Die Neubauten des Psychiatrischen Krankenhauses Hadamar (einschließlich der Suchtklinik) werden fertiggestellt.

Psychiatrie-Enquete vorgelegt

Psychiatriereformbedarf in den 70er Jahren

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1972



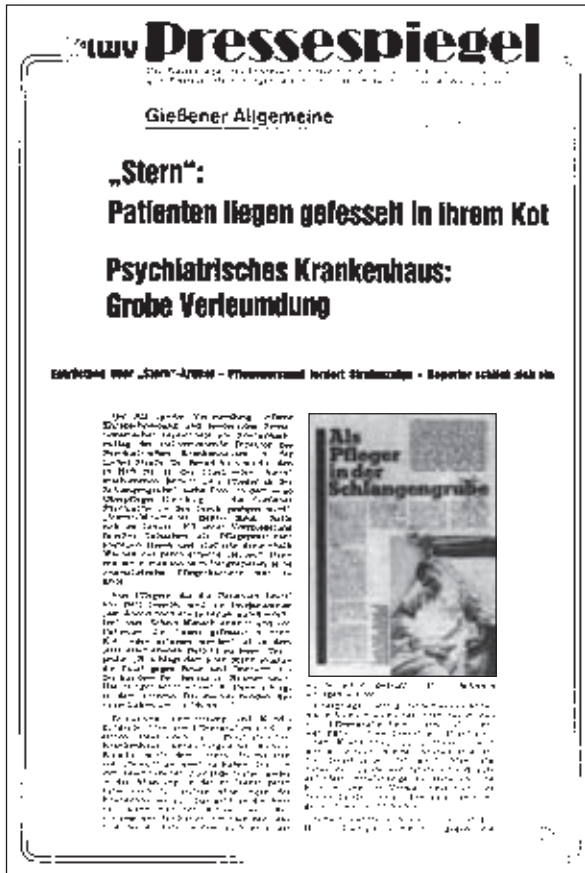
Neue Wege in der Psychiatrie: Reisetherapie (Fahrt nach Venedig) des Psychiatrischen Krankenhauses Weilmünster

Die so genannte „Psychiatrie-Enquete“ der Bundesregierung wird im November vorgelegt. Die seit Anfang der 1970er Jahre erarbeitete Studie gibt wichtige Impulse zur Psychiatriereform und zur Verbesserung der Situation von Menschen mit psychischen Krankheiten. Bereits 1969 hat der LWV entsprechende Grundsatzbeschlüsse zur strukturellen Veränderung und Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in Hessen gefasst.

Gerade Anfang der 1970er Jahre erlebt die Psychiatrie massive öffentliche Kritik. So pran-

gert 1973 der „Stern“ vermeintliche oder tatsächliche Missstände im Psychiatrischen Krankenhaus Gießen an.

Maßgeblich beteiligt am Zustandekommen der Psychiatrie-Enquete ist Walter Picard, seinerzeit CDU-Bundestagsabgeordneter, zuvor und danach Abgeordneter der LWV-Verbandsversammlung. Ihm zu Ehren stiftet der LWV im Jahr 2002 den Walter-Picard-Preis „für besondere Verdienste im Sinne der Psychiatrie-Enquete, insbesondere im Bereich der sozialpsychiatrischen Versorgung der hessischen Bevölkerung“.



„Als Pfleger in der Schlangengrube“: Reaktion auf den Artikel eines Journalisten, der 1972 inkognito als „Pflegerpraktikant“ im Psychiatrischen Krankenhaus Gießen recherchiert hat

Was sonst geschieht im Jahr 1975:

- Willi Eiermann (SPD) wird zum Ersten Beigeordneten, Dr. Alfred Dünner (CDU) zum hauptamtlichen Beigeordneten gewählt.
- Das LWV-Fortbildungszentrum wird in den nicht mehr genutzten Gebäuden der ehemaligen Kinderheilstätte Mammolshöhe eröffnet.

Foto: LWV-Pressestelle



Walter Picard (CDU), ab 1965 Mitglied des Bundestages, Mitinitiator der Psychiatrie-Enquete, von 1961 bis 1965 und erneut von 1977 bis 1981 Mitglied der LWV-Verbandsversammlung.

Erstmals Pflegefamilie für behinderte Kinder und Jugendliche

Einzigartiges LWV-Modellprojekt

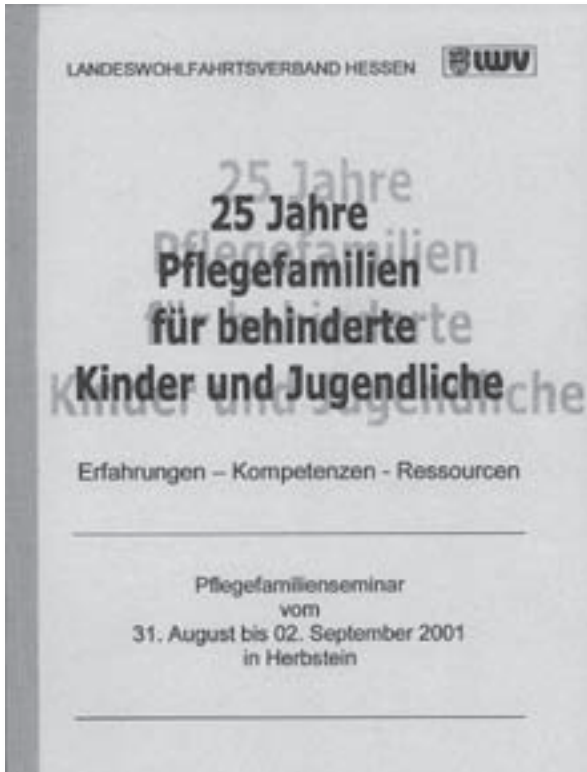


Foto: Wilhelm Wittmann

Familie Gatzka mit Pflegekind Niklas Wagner (vorn rechts)

Im Januar wird im Rahmen eines Modellprojektes erstmals eine Pflegefamilie für behinderte Kinder und Jugendliche anerkannt. Ziel der Pflegefamilienarbeit ist, dem behinderten Menschen eine weitest gehende Selbstständigkeit im Rahmen seiner individuellen Möglichkeiten zu geben. Neben der Erfüllung seiner Grundbedürfnisse soll das Kind oder der Jugendliche in der Pflegefamilie eine personenbezogene Förderung – wie beispielsweise die Möglichkeit zu verschiedenen Therapien, die sich aus der Behinderung ableiten – erhalten.

Bereits 18 Monate nach Projektstart werden 21 behinderte Kinder und Jugendliche in 20 Pflegefamilien betreut. Mittlerweile leben rund 90 Jungen und Mädchen in 85 Pflegefamilien. Insgesamt sind im Laufe der Jahre mehr als 200 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene betreut worden – aus dem einstigen Modellprojekt ist längst ein etabliertes hessenweites Angebot geworden, das bundesweit einmalig ist.



Dokumentation zu einem Pflegefamilienseminar des LWV 2001 in Herbstein



Foto: Wilhelm Wittmann

Pflegeeltern Vogt mit Pflegekind David Alexander Walther

Was sonst geschieht im Jahr 1976:

- Der Beratende Ausschuss der Hauptfürsorgestelle wird ins Leben gerufen, der die Eingliederung behinderter Menschen fördert und die Hauptfürsorgestelle (bzw. später das Integrationsamt) berät.
- Der „Bamberger Hof“, ein ehemaliges Hotel in Frankfurt-Niederrad, wird Außenstelle des Waldkrankenhauses Köppern (mit Tages- und Nachtklinik).
- Das Jugendheim „Haus Lahn-
eck“ (Buchenau) zieht um nach Marburg.
- An der Johannes-Vatter-Schule (Schule für Hörgeschädigte) und der Johann-Peter-Schäfer-Schule (Schule für Blinde und Sehbehinderte), beide in Friedberg, werden Berufsschulen in Vollzeitform eingeführt.
- Die Orthopädische Klinik Herborn wird geschlossen.
- Das Kinderkurheim Reinhardshausen wird geschlossen.
- Das Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG) wird verabschiedet.

Klinik für gerichtliche Psychiatrie in Haina eröffnet

Forensik als gesellschaftliches Streitobjekt

LWV-Pressestelle, Foto: Wolfgang Wiese



Gebäude der Klinik für gerichtliche Psychiatrie Haina

Am 1. Juli wird in Haina im Beisein des hessischen Justizministers Dr. Herbert Günther (SPD) die erste eigenständige „Klinik für gerichtliche Psychiatrie“ des LWV eröffnet. Die Klinik mit ca. 220 Betten dient der Behandlung von psychisch kranken Rechtsbrechern, die nach § 63 Strafgesetzbuch eingewiesen sind. Die Klinik geht hervor aus den bisherigen Vollzugsbereichen der Psychiatrischen Krankenhäuser Haina, Gießen und Herborn. Der Gießener Bereich bleibt als Außenstelle der Hainauer Klinik bestehen.

Das Thema „Forensik“ erregt seither die gesteigerte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Dies gilt auch für den im Folgejahr, 1978, eröffneten

Maßregelvollzug im Psychiatrischen Krankenhaus Hadamar, der der Unterbringung und Behandlung suchtkranker Rechtsbrecher (§ 64 Strafgesetzbuch) dient.

Durch die vermehrte Einweisung in die Forensiken seitens der Gerichte entstehen massive Kapazitätsprobleme, denen der LWV u.a. 2000 mit einem Grundsatzbeschluss begegnet, der einen neuen Forensikstandort für suchtkranke Rechtsbrecher in Bad Emstal vorsieht. Ein Kabinettsbeschluss und ein Bürgerbegehren in Bad Emstal bestätigen dies.

Ein Standort in Südhessen für psychisch kranke Rechtsbrecher steht im Jahr 2003 noch nicht fest.

LWV-Pressestelle, Foto 1977: Rolf Gerner



Einweihung der Klinik für gerichtliche Psychiatrie in Haina, 3. von links Justizminister Dr. Herbert Günther, 2. von rechts der Erste Beigeordnete Willi Eiermann

LWV-Pressestelle, Foto: Franz Raab, Hadamar



Gebäude für den Maßregelvollzug im Psychiatrischen Krankenhaus Hadamar

Was sonst geschieht im Jahr 1977:

- Durch die Novellierung des Mittelstufengesetzes erhöht sich die Zahl der Sitze in der LWV-Verbandsversammlung auf 75.
- Die VII. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 1981) – Sitzverteilung: CDU 39, SPD 33, FDP 3.
- Erich Schaeffter (CDU) wird zum Präsidenten der Verbandsversammlung gewählt.
- Dr. Peter Barkey (FDP) wird zum hauptamtlichen Beigeordneten gewählt.
- Die Einrichtung einer Abteilung für Taubblinde an der Johann-Peter-Schäfer-Schule (Schule für Blinde und Sehbehinderte) in Friedberg wird beschlossen.
- Die Krankenhausvollapotheke in Räumlichkeiten in Mammols Höhe wird eröffnet (bisher in Falkenstein).

Erholungsheim „Haus am Landgrafenteich“ eröffnet *Hilfen für schwerbeschädigte Kriegsoffer und Schwerbehinderte*

LWV-Archiv, Prospekt um 1978



Prospekt „Haus am Landgrafenteich“ Bad Salzhausen

Das Haus am Landgrafenteich in Bad Salzhausen/Nidda wird eröffnet. Die Erholungseinrichtung ist aufgrund eines Vertrages zwischen dem LWV und dem Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands (heute: Sozialverband VdK) als gemeinnützige GmbH 1974 geplant worden. 1975 kommt es zum ersten Spatenstich. Drei Jahre später können die ersten Gäste in dem Gebäude mit 120 Betten, Schwimmbad, Sauna und Gymnastikräumen aufgenommen werden. Das Erholungsheim ist eine bundesweit zunächst einmalige Mustereinrichtung. Hintergrund der Gründung ist die Schätzung, dass 1985 allein

in Hessen noch 170.000 Kriegsoffer aus dem Zweiten Weltkrieg betreut werden müssen, bei denen aufgrund des zunehmenden Lebensalters die Notwendigkeit von Erholungsmaßnahmen steigt. Die Ausgaben für Erholungsfürsorge durch den LWV sind aufgrund dieser demographischen Entwicklung in den 1970er Jahren stark angestiegen.

In den folgenden Jahrzehnten kommt es dann wegen gesunkener Nachfrage zu einer rückläufigen Belegung. Im Zuge einer Neukonzeption wird auch die Behindertenhilfe Wetterau das Haus nutzen und stufenweise die LWV-Geschäftsanteile bis Ende 2004 übernehmen.

LWV-Pressestelle, Foto: Straub

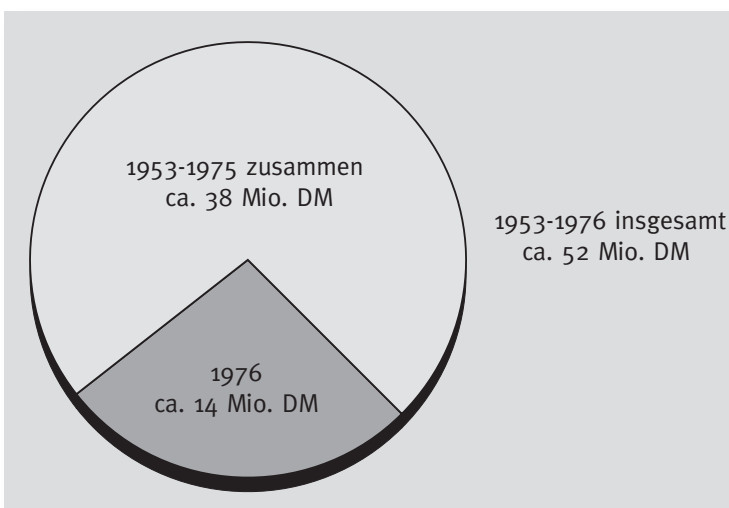


Die Präsidentin der LWV-Verbandsversammlung, Lisy Alfhart, und Landesdirektor Erich Pfeil 1975 beim ersten Spatenstich für das Kriegsopfer-Erholungsheim Bad Salzhausen

Was sonst geschieht im Jahr 1978:

- Der Sondersuchtbereich (insbesondere für Alkoholranke) am Psychiatrischen Krankenhaus Eichberg wird eröffnet.
- Die LWV-Verbandsversammlung fasst einen Grundsatzbeschluss zum Aufbau von Institutsambulanz.
- Der LWV gibt seine Beteiligung am Kindersolbad Karlshafen auf.

nach: 25 Jahre Sozialarbeit in Hessen, Kassel 1978, S. 33



Ausgaben des LWV für Erholungsfürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene in Hessen 1953-1976

Erster Lehrgang Fachkrankenpflege Psychiatrie gestartet *Zweijähriger Kurs im Ausbildungszentrum Mammolshöhe*



LWV-Pressestelle, Foto 1979: Rolf Gerner

Bei der Eröffnung des ersten Weiterbildungslehrgangs zur Fachkrankenpflegekraft, in der ersten Reihe v. r. n. l. Verwaltungsdirektor Fritz Poppenhäger (LWV-Hauptverwaltung), Leitende Medizinaldirektorin Dr. Iris Dauner (Klinik Lahnhöhe, Marburg), Leitender Medizinaldirektor Dr. Hubert Gronenberg (Psychiatrisches Krankenhaus Hadamar), Erster Beigeordneter Willi Eiermann

Am 5. November eröffnet der Erste Beigeordnete des LWV, Willi Eiermann, im LWV-Ausbildungszentrum Mammolshöhe den ersten Weiterbildungslehrgang zur Fachkrankenschwester bzw. zum Fachkrankenpfleger. Der zweijährige berufsbegleitende Kurs endet mit einer staatlich anerkannten Abschlussprüfung. Ziel der Weiterbildung ist die Fähigkeit, individuell auf die psychische Krankheit der Patientinnen und Patienten einzugehen, die Persönlichkeit und die

soziale Situation zu berücksichtigen und planvoll pflegerisch-therapeutisch zu handeln.

Das Angebot zur beruflichen Weiterqualifizierung wird von den Krankenschwestern und -pflegern im LWV gut angenommen. Mit der Weiterbildung, die auch in der Folgezeit regelmäßig angeboten wird, verfolgt der LWV das Ziel, die Qualität der psychiatrischen Pflege in seinen Einrichtungen zu sichern und zu verbessern.

LWV-Archiv, Fotosammlung, Postkarte vor 1975



Die ehemalige Kinderheilstätte Mammolshöhe bei Königstein, seit 1975 Standort des LWV-Aus- bzw. Fortbildungszentrums

Was sonst geschieht im Jahr 1979:

- Die Verbandsversammlung beschließt, die freiwillige Förderung von Erziehungsberatungsstellen wie eine Pflichtaufgabe zu behandeln und ambulante Jugendhilfe weiter zu fördern.
- Das Jugendheim Lahneck eröffnet ein zweites Haus.

LWV-Pressestelle, Foto 1990: Hubertus Braun



Die Absolventen des im Jahr 1990 beendeten Weiterbildungslehrgangs „Fachkrankenpflege Psychiatrie“ vor dem LWV-Fortbildungszentrum Mammolshöhe

Erster Patientenfürsprecher ernannt

*Ombudsperson für die Rechte der Patienten und Patientinnen
in LWV-Krankenhäusern*

LWV-Pressestelle, Foto: Peter Lutze



Patientenfürsprecher Arthur Poetsch im Psychiatrischen Krankenhaus Hadamar 1980

Am 9. April wird im Psychiatrischen Krankenhaus Hadamar der erste Patientenfürsprecher im LWV in sein Amt eingeführt. Dieses Ehrenamt übernimmt Oberamtsrichter i. R. Arthur Poetsch. Der Amtsinhaber hat die wichtige Aufgabe, die Interessen von Patienten zu vertreten, ihre Beschwerden entgegenzunehmen und ihre Rechte durchzusetzen. In der Vergangenheit waren mitunter Schwierigkeiten aufgetreten, weil Beschwerden nur an die Klinikleitung gerichtet werden konnten.

Im Vorjahr, 1979, hatte die LWV-Verbandsversammlung beschlossen, zunächst in drei Kran-

kenhäusern probeweise für ein Jahr dieses neue Amt zu besetzen. Im Laufe des Jahres 1980 folgt auch die Amtseinführung von Patientenfürsprechern im Philippshospital (Riedstadt) sowie im Psychiatrischen Krankenhaus Eichberg (Eltville). Im Laufe der Jahre besteht die Institution „Patientenfürsprecher“ ihre Bewährungsprobe und wird zum festen Bestandteil des Psychiatriekonzepts des LWV.

1990 wird die Institution „Patientenfürsprecher“ im Hessischen Krankenhausgesetz für alle Krankenhäuser verankert.

LWV-Pressestelle, Foto: Peter Lütze



Was sonst geschieht im Jahr 1980:

- Dr. Tilman Pünder (CDU) wird Landesdirektor.

Bei der Amtseinführung des Patientenfürsprechers in Hadamar, im Bild v. r. n. l.: Verwaltungsleiter Berthold Weikert, LWV-Medizinalreferent Dr. Heinrich Kunze, Erster Beigeordneter Willi Eiermann, Patientenfürsprecher Arthur Poetsch

LWV-Pressestelle, Foto 11.09.1996: Helmut Hasler



Einführung von Dieter Kepper, dem ehemaligen Bürgermeister der Gemeinde Haina, als Patientenfürsprecher der Klinik für gerichtliche Psychiatrie Haina, im Bild v. l. n. r.: Wolfgang Tietz, Gerhard Heinemann (beide LWV-Hauptverwaltung), Dieter Kepper, Renate Stalz (Kaufmännische Direktorin in Haina), Gudrun Gaertner (Krankenpflegedirektorin der Klinik für gerichtliche Psychiatrie), Konrad Seibel (Patientenfürsprecher des PKH Haina), Dr. Rüdiger Müller-Isberner (Ärztlicher Direktor der Klinik für gerichtliche Psychiatrie)

Tages- und Nachklinik im „Bamberger Hof“ eingerichtet *Aufbau wohnortnaher teilstationärer psychiatrischer Angebote*

LWV-Pressestelle, Foto 1981: Rolf Gerner



Der Bamberger Hof in Frankfurt a. M.-Niederrad

Im Bamberger Hof in Frankfurt a. M. richtet der LWV 1981 eine Tages- und eine Nachklinik ein. Das ehemalige Hotel hat bereits seit 1976 mit 91 Betten als sozialpsychiatrische Außenstelle des Waldkrankenhauses Köppern im Sinne einer gemeindenahen Psychiatrie gedient.

Ebenfalls 1981 fasst die LWV-Verbandsversammlung einen Grundsatzbeschluss zur Einführung teilstationärer Einrichtungen (Tages-/Nachtkliniken). Derartige Institutionen bieten Hilfe für jene psychisch kranken Menschen an, die keine vollstationäre Therapie benötigen, für die aber eine ausschließlich ambulante Behand-

lung (etwa in Institutsambulanzen) eine zu hohe Anforderung darstellt. Die Patientinnen und Patienten werden tagsüber in der Tagesklinik therapeutisch betreut und leben ansonsten in ihrem gewohnten Lebensumfeld.

Es folgen weitere Gründungen in hessischen Städten. U. a. entsteht 1981 in Kassel eine Tagesklinik, damals noch als Außenstelle der Marburger Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie „Lahnhöhe“. Im Jahr 2003 existieren an 25 hessischen Standorten teilstationäre Angebote des LWV.

LWV-Pressestelle, Foto: Rolf Gerner



Gruppengespräch im Bamberger Hof

Hessische Allgemeine, 01.03.1982, Foto: Baron



Innenraum der Kasseler Tagesklinik für psychisch kranke Kinder und Jugendliche

Was sonst geschieht im Jahr 1981:

- Die VIII. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 1985) – Sitzverteilung: CDU 39, SPD 30, FDP 4, Grüne 2.
- Erich Schaeffter (CDU) wird erneut zum Präsidenten der Verbandsversammlung gewählt.
- Dr. Georg Maraun (SPD) wird zum Ersten Beigeordneten gewählt.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt „Thesen zur Fortentwicklung der Beschäftigungs- und Arbeitstherapie für Kranke und Behinderte“ (neue Entlohnungssysteme, Aufbau zusätzlicher Arbeitsangebote, Um- und Neubauten von Beschäftigungs- und Arbeitstherapiegebäuden).
- Die ersten beiden Institutsambulanzen an Psychiatrischen Krankenhäusern des LWV werden in Herborn und Riedstadt eröffnet.
- Die erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die Sonderschulen des LWV erfolgt.
- Die Außenstelle Guxhagen wechselt vom Psychiatrischen Krankenhaus Haina zum Psychiatrischen Krankenhaus Merxhausen.
- Das Programm „Maßnahmen zur stationären Versorgung Suchtkranker und Drogenabhängiger“ wird durch einen Rahmenplan zur Behandlung Drogenabhängiger in den Psychiatrischen Krankenhäusern ergänzt.

Neubau des Landhauses im Kalmenhof bezogen

Ausbau des Sozialpädagogischen Zentrums in Idstein

LWV-Pressestelle, Foto Nov. 1980: v. Gudenberg



Grundsteinlegung für das neue Landhaus des Kalmenhofs durch Landesdirektor Dr. Tilman Pünder (Mitte, mit Kelle), 2. v. l. der hauptamtliche LWV-Beigeordnete Dr. Peter Barkey

Ein Neubau für das Landhaus des Sozialpädagogischen Zentrums (SPZ) Kalmenhof wird bezogen. Dies verschafft den behinderten Jugendlichen und Erwachsenen in diesem Heim erstmals die Möglichkeit, in Einzelzimmern der drei Trainingswohnungen zu leben. Zwei Jahre später, 1984, wird die Werkstatt für Behinderte des Landhauses anerkannt.

Das Landhaus ist eines von mehreren pädagogisch selbstständigen Heimen innerhalb des Kalmenhofs, der verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche sowie geistig behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene betreut; außerdem

zählt die Max-Kirmsse-Schule als heimgebundene Sonderschule für Erziehungshilfe, für Praktisch Bildbare und für Kranke zum SPZ. Durch die Reformen, die auf die „Heimkampagne“ folgten, war der Kalmenhof 1972 dezentralisiert worden.

Historisch geht der Kalmenhof zurück auf die 1888 in Privatinitiative gegründete „Heilerziehungsanstalt Calmenhof“, die als ein Beispiel sozialen Bürgerengagements gilt, die aber 1941-45 auch zum Schauplatz von NS-„Euthanasie“-Verbrechen wurde.

LWV-Pressestelle, Foto 1981: Rolf Gerner



Gartenarbeiten auf dem Gelände des Landhauses (Idstein) vor Bezug des neuen Gebäudes

Was sonst geschieht im Jahr 1982:

- Das Hessische Maßregelvollzugsgesetz tritt in Kraft.

LWV-Pressestelle, Foto: Rolf Gerner



Heimleiter Karl Reiting, zeitweise Koordinator der Dezentralisierung des Kalmenhofs, hier mit Kindern und Jugendlichen

450-jähriges Bestehen der Hohen Hospitäler gefeiert *Der LWV begeht das Jubiläum seiner ältesten Einrichtungen in Haina, Merxhausen und Riedstadt*

LWV-Archiv, Fotosammlung



Landgraf Philipp der Großmütige und die heilige Elisabeth auf einem Steinrelief von Philipp Soldan aus dem Jahre 1542 in der ehemaligen Zisterzienserabtei Haina

Der LWV gedenkt der 450 Jahre zurückliegenden Stiftung der vier Hohen Hospitäler in Hessen durch Landgraf Philipp den Großmütigen in den Jahren 1533 bis 1542, die in der Geschichte der institutionellen Krankenfürsorge einzigartig ist. Die Hospitäler Haina, Merxhausen und das Philippshospital haben sich von karitativen Einrichtungen für arme Landbewohner im 19. Jahrhundert zu psychiatrischen Einrichtungen entwickelt und befinden sich heute in der Trägerschaft des LWV, während das vierte Hospital Gronau bereits im Dreißigjährigen Krieg zerstört worden ist.

Zahlreiche Festveranstaltungen finden 1983 statt. Der Verband gibt zusammen mit der Historischen Kommission für Hessen eine umfangreiche Festschrift „450 Jahre Psychiatrie in Hessen“ heraus und beschließt zugleich, die Pflege und Erschließung der wertvollen Krankenhausarchive des Verbandes intensiv zu fördern. 1986 wird das LWV-Archiv in Kassel gegründet, das die wissenschaftliche Betreuung dieses Fachgebiets übernimmt.



Das Hospital Merxhausen in einem Kupferstich um 1605



Die alte Kirche des Hospitals Hofheim in einer Federzeichnung um 1900

Was sonst geschieht im Jahr 1983:

- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt die Einführung dualer Leitungen in den Krankenhäusern, wodurch der Verwaltungsleiter (später Kaufmännischer Direktor) neben dem Ärztlichen Direktor in die Krankenhausleitung eintritt.
- Die Fachklinik Schloss Dehrn wird aufgelöst, die sprach- und stimmkranken Kinder werden in die Taunusklinik Falkenstein aufgenommen.
- Ein Modellversuch „Berufsausbildung“ in den Jugendheimen Karlishof (Wabern) und Staffelberg (Biedenkopf) wird eingeführt.
- Die Gedenkstätte Hadamar wird mit einer ersten Gedenkausstellung eröffnet.
- Der LWV richtet den „Beirat zur Erforschung der Geschichte der Rechtsvorgänger des LWV Hessen und ihrer Einrichtungen in der Zeit des Nationalsozialismus“ ein.
- Das Symposium „Psychiatrie – Spiegelbild der Gesellschaft“ findet in Hadamar statt.
- Ein neues Unterrichtsgebäude der Johannes-Vatter-Schule (Schule für Hörgeschädigte) in Friedberg wird errichtet.
- Die frühere Heilstätte am Meißner wird in ein psychiatrisches Akutkrankenhaus umgestaltet.
- Gemeinsam mit dem Land Hessen, dem Landesjugendamt und der Landesarbeitsgemeinschaft Sonderkindertagesstätten wird die Arbeitsgruppe „Integrative Förderung in Kindertagesstätten“ gebildet, die gezielt den Aufbau integrativer Gruppen in Sonderkindertagesstätten und Regelkindergärten in Hessen verfolgt.

Ausbau von Institutsambulanzen beschlossen

Stärkung ambulanter psychiatrischer Angebote

LWV-Pressestelle, Foto 1998: Institutsambulanz Eichberg



Mitglieder des Teams in der Institutsambulanz Eichberg 14 Jahre nach deren Gründung; im Bild die Journalistin Doris Wiese-Gutheil (2. v. r.) mit (v. l. n. r.) Sekretärin Christa Winter, Psychiater Dr. Torsten Raab, Krankenschwester Marion Singer, Sekretärin Christina Kremer

Die LWV-Verbandsversammlung fasst den Grundsatzbeschluss, die Weiterentwicklung der Psychiatrischen Krankenhäuser durch Angliederung von Institutsambulanzen sowie durch weitere ambulante oder teilstationäre Angebote fortzuführen. Ebenfalls 1984 wird die psychiatrische Institutsambulanz des Psychiatrischen Krankenhauses Eichberg eröffnet. Der Ausbau ambulanter Angebote begleitet den stetigen Bettenabbau im stationären Bereich. Die Institutsambulanzen des LWV haben von Anfang an die Aufgabe, sich um langfristig erkrankte Men-

schen zu kümmern, damit diese außerhalb eines Psychiatrischen Krankenhauses leben können. Die ersten Institutsambulanzen an Psychiatrischen Krankenhäusern hat der LWV bereits drei Jahre zuvor, 1981, in Herborn und Riedstadt eröffnet. In der Folge werden an allen Psychiatrischen Krankenhäusern und Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie der Klinik für gerichtliche Psychiatrie in Haina Institutsambulanzen eingerichtet. Im Jahr 1993 werden bereits pro Quartal rund ein Drittel mehr Patienten ambulant als stationär behandelt.

LWV-Pressestelle, Foto 1996: Rolf Gerner

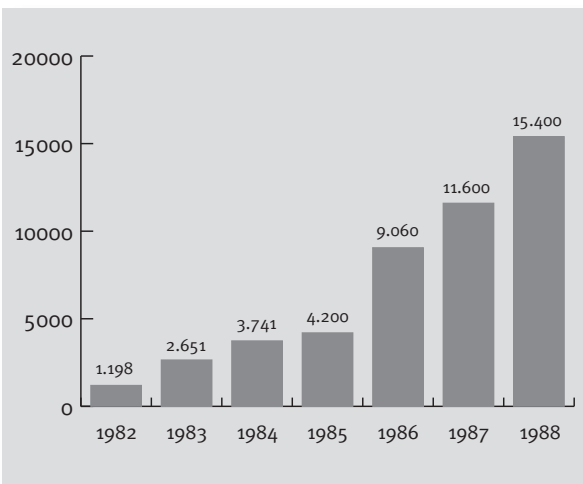


Beim Symposium „Die kinder- und jugendpsychiatrische Institutsambulanz im regionalen System ambulanter Hilfen“, 1996 in Kassel; im Bild Dr. Günther Paul (l.), Ärztlicher Direktor der LWV-Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Kassel (als Gastgeber und Ausrichter des Symposiums) sowie Dr. Joachim Jungmann, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Leitenden Klinikärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie e. V., die Veranstalter des Symposiums war

Was sonst geschieht im Jahr 1984:

- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt die Neuordnung der Frühförderung und die Einrichtung von Beratungsstellen an den Schulen für Sinnesgeschädigte des LWV Hessen.

nach: LWV Verbandsversammlung, Hessisches Sozialparlament 1953 bis heute, Kassel 1990, S. 167



Zahl der Patientinnen/Patienten in den Institutsambulanzen des LWV 1982-1988

Arbeitskreis Frühförderung ins Leben gerufen *Behinderungen bereits im Kleinkindalter entgegenwirken*

Foto: Hermann-Schafft-Schule



Frühförderung zu Hause für ein hörgeschädigtes Kind durch die Frühförderstelle der Hermann-Schafft-Schule (Homburg)

Der „Arbeitskreis Frühförderung“ wird gemeinsam vom LWV, vom Land Hessen, von den freien Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Spitzenverbänden und Krankenkassen ins Leben gerufen. Ziel ist die verstärkte Früherkennung, Frühbehandlung und pädagogische Frühförderung von behinderten und entwicklungsverzögerten Kindern. Damit soll der Behinderung frühzeitig entgegengewirkt werden durch eine Förderung noch im Babyalter oder die Behinderung soll durch frühes Training kompensiert werden. Eine Vielzahl von anerkannten Frühförderstellen

meist freier Träger entsteht in den folgenden Jahren. Fachkräfte aus unterschiedlichen Berufsbereichen arbeiten dort zusammen.

Der Arbeitskreis „Frühförderung“ begleitet den Aufbau des Netzes der Frühförderstellen. Unter Leitung von Dr. Kaus-Peter Herberg (Städtische Kliniken Kassel) legt eine Projektgruppe des Arbeitskreises 1992 das Ergebnis einer Langzeituntersuchung über den Stand vor und zeigt weitere Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten der Frühförderung in Hessen auf.

Foto: Frühförderstelle Kassel



Einzelförderung in der Beratungsstelle für die pädagogische Frühförderung sehgeschädigter Kinder in Kassel, Außenstelle der Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg (Schule für Blinde und Sehbehinderte)

LWV-Pressestelle, Foto 1992: Peter Lutze



Übergabe des vorläufigen Abschlussberichts des Projekts „Frühförderung in Hessen – wissenschaftliche Praxisbegleitung“ im Jahr 1992 durch Dr. Klaus-Peter Herberg an die damalige LWV-Beigeordnete Barbara Stolterfoht (l.) und die hessische Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Iris Blaul

Was sonst geschieht im Jahr 1985:

- Die IX. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 1989) – Sitzverteilung: SPD 34, CDU 33, Grüne 5, FDP 3.
- Eitel O. Höhne (SPD) wird zum Präsidenten der Verbandsversammlung gewählt.
- Der Entwurf eines neuen Krankenhausgesetzes der Landesregierung ohne Sicherstellungsauftrag des LWV stößt auf heftigen Widerspruch aus der LWV-Belegschaft.
- Das Psychiatrische Krankenhaus Marburg richtet eine Außenstelle in Fulda ein.
- Das Psychiatrische Krankenhaus Merxhausen richtet eine Außenstelle in Kassel ein.

Betreutes Wohnen für behinderte Menschen ins Leben gerufen

Ein sozialpolitischer „Renner“ wird gestartet

LWV-Pressestelle, Foto: Marc Pusch



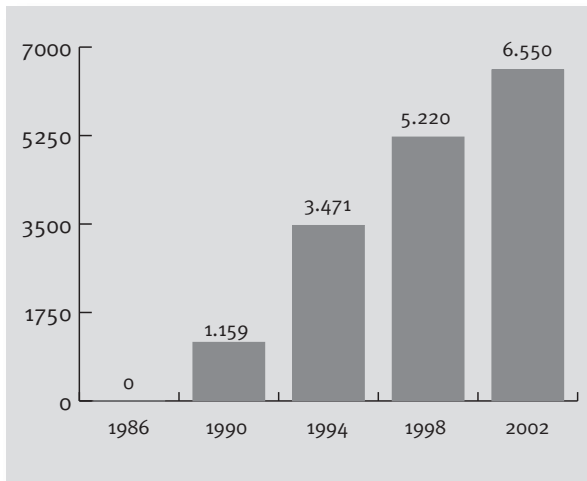
Betreutes Wohnen für Aids-Kranke

Im April tritt die Vereinbarung über die Errichtung und Finanzierung des Betreuten Wohnens für behinderte Menschen in Hessen in Kraft, die zwischen dem Hessischen Landkreistag, dem Hessischen Städtetag, der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen und dem LWV abgeschlossen wurde. Diese aufsuchende Form der (sozial-) pädagogischen Betreuung bedeutet für die behinderten Menschen ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Normalität in den eigenen vier Wänden.

Im Vergleich zur stationären Versorgung (beispielsweise in einem Wohnheim) ist das Betreute Wohnen auch erheblich kostengünstiger. Der in Frage kommende Personenkreis wird von 1986 an ständig erweitert.

Der LWV setzt sich für eine Weiterentwicklung des Betreuten Wohnens in ein „Wohnen im Verbund“ ein, bei dem die verschiedenen Wohnformen mit ihren unterschiedlichen Betreuungsintensitäten stärker miteinander vernetzt werden, damit ein schnellerer und unkomplizierterer Wechsel zwischen den Wohnangeboten möglich wird.

nach: LWV-Pressestelle



Entwicklung der Plätze im Betreuten Wohnen in Hessen 1986-2002

Foto 1998: Klaus-Peter Schmitt



Ein vom LWV gefördertes, 1998 bezogenes Appartementhaus der Caritas für das Betreute Wohnen behinderter Menschen in Bensheim, im Bild LWV-Landesdirektor Bauer (3. v. l.) bei der Überreichung des Bewilligungsbescheids

Was sonst geschieht im Jahr 1986:

- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt, über 700 Menschen mit geistiger Behinderung aus den Psychiatrischen Krankenhäusern auszugliedern und Betreuungsmöglichkeiten außerhalb (Heilpädagogische Einrichtungen) aufzubauen.
- Dr. Peter Barkey (FDP) wird als hauptamtlicher Beigeordneter abgewählt.
- Irmgard Gaertner (SPD) wird neue Landesdirektorin.
- Der LWV rüstet alle seine Dienstwagen mit Katalysatoren aus.
- Das LWV-Archiv wird eingerichtet.
- Ein Wirtschaftsgebäude an der Johannes-Vatter-Schule (Schule für Hörgeschädigte) in Friedberg wird neu gebaut.
- Ein Neubau der Johann-Peter-Schäfer-Schule (Schule für Blinde und Sehbehinderte) in Friedberg (mit Internat, Mehrfachbehindertenbereich, Sporthalle, Therapiebad, Außenanlage und Wirtschaftsgebäude) wird begonnen.

Erster LWV-Ökologiebericht erschienen *Berücksichtigung des Umweltschutzes im Verband*

Foto: Manfred Albus



Produktion von Holzhackschnitzeln durch die Stiftungsforsten Kloster Haina als Brennmaterial für eine umweltfreundliche Biomasseheizanlage

Im September nimmt die LWV-Verbandsversammlung den 1. Ökologiebericht des Verbandes zustimmend zur Kenntnis. Dieser Bericht enthält die Bestandsaufnahme über verwirklichte und eingeleitete Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes beim LWV und ist Grundlage eines Ökologie-Gesamtkonzeptes.

Bereits im Vorjahr, 1986, hatte die LWV-Verbandsversammlung beschlossen, dass künftig im Verband möglichst „Gesichtspunkte der Ökologie, Energieeinsparung und des Umweltschutzes zu berücksichtigen“ sind. Der LWV verpflichtet sein

Kommunalforstamt Haina (später Stiftungsforsten Kloster Haina) auf die Grundsätze einer naturgemäßen Waldwirtschaft.

Im Rahmen eines Pilotprojektes stellt das Zentrum für Soziale Psychiatrie (ZSP) Kurhessen, Bad Emstal, 1998 seine Heizanlage von Öl- auf die umweltfreundlichere Holzhackschnitzelverbrennung um, was jährlich zu 2,3 Mio. kg weniger klimaschädlichen Treibhausgasen führt. Die Stiftungsforsten Kloster Haina treten dabei als erster Forstbetrieb in Hessen als Energiedienstleister auf: Das ZSP zahlt nicht das Holz, sondern die verbrauchten Kilowattstunden.



Erster bzw. Zweiter Ökologiebericht des LWV Hessen (1987 bzw. 1989)

Was sonst geschieht im Jahr 1987:

- Dr. Otto Aden (CDU) wird hauptamtlicher Beigeordneter.
- Der Fehlbetrag im LWV-Haushalt beläuft sich auf 62 Mio DM.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt die Bestellung einer Frauenbeauftragten.
- Ein neues Heim für Menschen mit geistiger Behinderung aus dem Psychiatrischen Krankenhaus Haina wird in Halgehausen eingerichtet.
- Eine LWV-Studie zur öffentlichen Mädchenerziehung erscheint.
- Das Symposium „Psychiatrie im Nationalsozialismus“ findet in Emstal-Merxhausen statt.
- Der LWV fördert erstmals die Einzelintegration behinderter Kinder in Regelkindergärten.

LWV-Pressestelle, Foto 1991: Rolf Gerner



LWV-Umweltbeauftragte Angela Schröder an der Sammelstelle für Altbatterien

1988

Ausbau der „Johannes-Vatter-Schule“ abgeschlossen *Hessische Zentralschule für Gehörlose in Friedberg*

LWV-Pressestelle, Foto nach 1983: Rolf Gerner



Der um 1983 erbaute Schulpavillon der Schule für Gehörlose in Friedberg

Nach langen Jahren findet der Um- und Ausbau der Johannes-Vatter-Schule in Friedberg 1988 seinen Abschluss. 1972 hatte die LWV-Verbandsversammlung beschlossen, die Schule zu erweitern und zu modernisieren. Damit kommt der LWV den Vorgaben seines 1970 verabschiedeten „Schulentwicklungsplans“ für die Sonderschulen nach, welcher der Schule in Friedberg die Funktion einer Zentralschule für Gehörlose zugewiesen hat.

Die Schule in Friedberg geht zurück auf eine 1837 gegründete „Staatliche Taubstummenanstalt“ des Großherzogtums Hessen, das erste Schulgebäude ist 1863 entstanden. 1953 geht die Schule an den LWV über, 1957 können Neubauten bezogen werden. Zu dieser Zeit gilt die Schule als eine der modernsten in Europa.

LWV-Pressestelle, Foto 1963



Unterricht in der Realschulabteilung der Schule für Gehörlose in Friedberg

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1961



Die 1957 bezogenen Neubauten der heutigen „Johannes-Vatter-Schule“ mit Heim und Kindergarten in Friedberg

Was sonst geschieht im Jahr 1988:

- Albrecht Glaser (CDU) wird hauptamtlicher Beigeordneter.
- Das Rahmenkonzept zur Eingliederung geistig behinderter Menschen in Hessen wird verabschiedet.
- Mittelstufengesetz und Finanzausgleichsgesetz werden neu gefasst, womit die Verabschiedung eines ausgeglichenen LWV-Haushalts vorgeschrieben wird.
- Das Psychiatrische Krankenhaus Gießen richtet eine Außenstelle in Hanau ein.
- Das Psychiatrische Krankenhaus Marburg richtet eine Außenstelle in Bad Hersfeld ein.

Erste Heilpädagogische Einrichtungen gegründet

*Integration von Menschen mit geistiger Behinderung
außerhalb der Krankenhausstrukturen*



Foto 1991: HPE Haina

Blick in den Alltag der Außenwohngruppe „Forsthäuser“ der Heilpädagogischen Einrichtung Haina

Vier Heilpädagogische Einrichtungen (HPE) in Haina, Herborn, Riedstadt und Weilmünster entstehen. 1991 wird in Merxhausen die fünfte HPE des LWV eröffnet. Damit werden zunächst rund 750 Menschen mit einer geistigen Behinderung aus den Psychiatrischen Krankenhäusern ausgegliedert und erhalten eine neue Wohn- und Lebensform. So vollzieht der LWV die Abkehr von der Jahrzehnte alten falschen Annahme, geistige Behinderung sei eine Krankheit.

Im Vorfeld der HPE-Gründungen hat der LWV im Vorjahr, 1988, die bisher ärztlich geleiteten „Funktionsbereiche für geistig Behinderte“ in

den Psychiatrischen Krankenhäusern unter pädagogische Leitungen gestellt.

Mit der Gründung der HPE ist die so genannte „Enthospitalisierung“ noch nicht abgeschlossen; weitere Schritte folgen. Der Bestand von Heimen auf dem bisherigen Krankenhausgelände wird von der LWV-Verbandsversammlung 1993 lediglich als Ausnahme angesehen. Zentrales Anliegen ist die regionale Eingliederung der Bewohner und Bewohnerinnen. Mit der Gründung einer Vielzahl von Außenwohngruppen der HPE verfolgt der LWV dieses Ziel der Integration.

„Geistig Behinderte werden in Zukunft nicht mehr in Psychiatrischen Krankenhäusern leben ... Hierzu gibt es keine Patentrezepte und nur die eine Vorgabe: Die Situation dieser Menschen einschneidend zu verbessern und ihnen ein Leben außerhalb einer großen Anstalt zu ermöglichen.“

Landesdirektorin Irmgard Gaertner, 1987

Was sonst geschieht im Jahr 1989:

- Die X. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 1993) – Sitzverteilung: SPD 36, CDU 27, Grüne 7, FDP 3, Freie Wählergemeinschaften (FWG) 2.
- Eitel O. Höhne (SPD) wird erneut zum Präsidenten der Verbandsversammlung gewählt.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt die „Grundsätze zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in Hessen“ (Grundlage für Ausbau und Differenzierung klinischer und außer-klinischer Angebote).
- Die Pflegedienstleiter/innen werden in die Krankenhausleitungen aufgenommen.
- Durch das Gesetz zur Neuordnung des Krankenhauswesens in Hessen erhalten freigemeinnützige und private Krankenhausbetreiber den Vorrang vor öffentlichen Trägern, der LWV verliert seinen Sicherstellungsauftrag.
- Das Gutachten „Alternativen zur gegenwärtigen Aufgabenwahrnehmung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen – Sozialhilfe und Jugendhilfe –“ des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge wird erstellt.
- Die automatisierte Textverarbeitung wird in den Haupt- und Zweigverwaltungen des LWV eingeführt.

LWV-Pressestelle, Foto 1993



Eröffnung der Außenwohngruppe Niederelsungen der Heilpädagogischen Einrichtung Merxhausen

„Psych-PV“ in Kraft getreten

Bessere Personalausstattung in der Psychiatrie

LWV-Pressestelle, Foto 1992: Peter Lütze



2. Emstaler Pflegesymposium im Psychiatrischen Krankenhaus Merxhausen zum Thema „Psych-PV“

Am 18. Dezember setzt die Bundesregierung ihre „Verordnung über Maßstäbe und Grundsätze für den Personalbedarf in der stationären Psychiatrie“ in Kraft. Für die Rechtsvorschrift setzt sich im Jargon der Fachleute die Bezeichnung „Psych-PV“ (= Psychiatrie-Personalverordnung) durch. An der Vorbereitung der Verordnung war u. a. Prof. Dr. Heinrich Kunze, Ärztlicher Direktor des Psychiatrischen Krankenhauses Merxhausen, als Mitglied einer beratenden Expertenkommission beteiligt.

Ziel der Verordnung ist die Verbesserung der Personalausstattung in den Psychiatrischen Krankenhäusern. Letztlich soll dies wiederum eine Therapie ermöglichen, die die Patienten befähigt, ihr Leben außerhalb stationärer Einrichtungen so weit wie möglich selbst zu gestalten. Deshalb zählt die Psych-PV auch therapeutische Übungen in der realen Lebenswelt der Patienten ausdrücklich zu den Regelaufgaben der Krankenhausbehandlung. Neue Anforderungen an die Beschäftigten, nicht zuletzt im Bereich der Pflege, sind die Folge.

Was sonst geschieht im Jahr 1990:

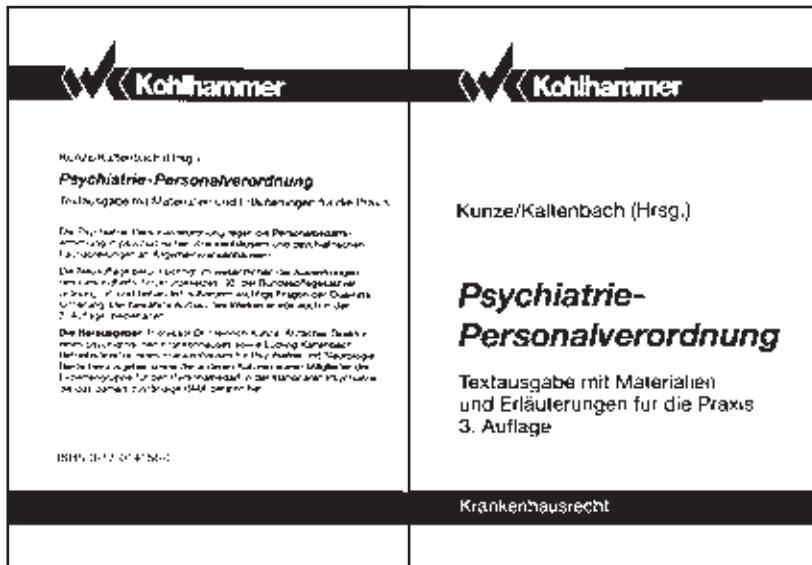
- Eine Frauenbeauftragte und drei Mädchenbeauftragte werden beim LWV bestellt.
- Ein neuer Schulpavillon mit vier Klassenräumen an der Hermann-Schafft-Schule (Schule für Hörgeschädigte) in Homberg/Efze wird gebaut.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt die Änderung der Finanzierungsstruktur der Frühförderung, erstmals gelten Rahmenbedingungen für die Frühförderung (Betreuungsschlüssel, Personalausstattung, einzel-fallbezogene Abrechnung).

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1954



Rückblick in die 1950er Jahre: Pflegepersonal der Landesheilanstalt Marburg

1. Auflage 1992, hier 3. Auflage 1996



Publikation von Prof. Dr. Heinrich Kunze und Ludwig Kaltenbach zur Psychiatrie-Personalverordnung

Neue Gedenkausstellung in Hadamar eröffnet

Historische Verantwortung für die NS-„Euthanasie“-Verbrechen in den übernommenen Einrichtungen

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1991: Frank Mihm



Blick in die neu gestaltete Ausstellung in der Gedenkstätte Hadamar

Am 13. Juni wird in der Gedenkstätte Hadamar die vom LWV gestaltete Dauerausstellung „Verlegt nach Hadamar – Die Geschichte einer NS-„Euthanasie“-Anstalt“ eröffnet. Erst in den 1980er Jahren hat die eigentliche historische Aufarbeitung der NS-Krankenmorde begonnen; die Initiative zur Einrichtung der Gedenkstätte Hadamar im Jahr 1983 war noch von außerhalb des LWV gekommen.

1989 dann bildet der LWV sein Referat „Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen“, das sich nun intensiv um die wissenschaftliche

Erforschung der Verbrechen und das Gedenken bemüht. Gedenkstätten oder -tafeln in den meisten LWV-Einrichtungen entstehen.

Eine Wanderausstellung zur NS-Vernichtungspolitik in hessischen Anstalten entsteht 1991 und wird auch zwölf Jahre später noch regelmäßig mit großer Resonanz im Inland und im europäischen Ausland präsentiert. Besonders die Gedenkstätte Hadamar, die bis 2002 von über 110.000 Menschen besucht wird, widmet sich der pädagogischen Vermittlung und ist mittlerweile ein fester Bestandteil im Programm der historisch-politischen Bildung.

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1993



Zweites Internationales Jugendcamp in Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, hier auf dem Friedhof des Psychiatrischen Krankenhauses Weilmünster

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1989



Gedenktafel im Psychiatrischen Krankenhaus Herborn zur Erinnerung an die Opfer der NS-„Euthanasie“-Verbrechen

Was sonst geschieht im Jahr 1991:

- Albrecht Glaser (CDU) wird zum Ersten Beigeordneten, Barbara Stolterfoht (SPD) wird zur hauptamtlichen Beigeordneten gewählt.

- Eine „Denk-Schrift zur Zukunft des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen“ befasst sich mit zukünftigen Aufgaben, der Struktur und Verwaltungspraxis unter veränderten Rahmenbedingungen.

- Die Vereinbarung über die Gewährung von Hilfen für Nichtsesshafte/Alleinstehende Wohnungslose tritt in Kraft (kontinuierlicher Aufbau von Fachberatungsstellen/Tagesaufenthaltsstätten, Betreutes Wohnen, Weiterentwicklung stationärer Einrichtungen nach § 72 Bundessozialhilfegesetz).

- Die Verbandsversammlung beschließt den weiteren Ausbau der pädagogischen Frühförderung sinnesgeschädigter Kinder und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur „Vereinbarung eines Betreuungssatzes für die Frühförderung sinnesgeschädigter Kinder“.

- Die Außenstelle Kassel der Marburger Klinik „Lahnhöhe“ wird um ein stationäres Versorgungsangebot erweitert und fortan als eigenständige Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Kassel geführt.

- Die Heilpädagogische Einrichtung Merxhausen wird eröffnet.

- Die so genannte „Enthospitalisierung“ für Menschen mit chronischen psychischen Krankheiten beginnt durch Umwandlung der Langzeitstationen an den Psychiatrischen Krankenhäusern in Heimbereiche sowie durch die anschließende Verlegung von dort in komplementäre Angebote.

- Die Vereinbarung über die Errichtung und Finanzierung von Betreutem Wohnen für behinderte Menschen in Hessen von 1986 wird fortgeschrieben.

Psychiatriemuseum Haina eröffnet

Ausstellung zur Geschichte der Psychiatrie



LWV-Archiv, Fotosammlung

Zwangsstuhl aus dem 19. Jahrhundert im Psychiatriemuseum Haina

Der LWV eröffnet sein Psychiatriemuseum Haina. Die Ausstellung dokumentiert erstmals in Deutschland die Geschichte der institutionellen Psychiatrie seit der Reformationszeit. Archivalien, Druckwerke, Bilder und Fotografien sowie museale Objekte aus dem Besitz des Zentrums für Soziale Psychiatrie in Haina (Kloster) zeugen vom Wandel psychiatrischer Versorgung im Laufe der Jahrhunderte.

Der frühen Zeit des christlichen Hospitals, das neben anderen Hilfsbedürftigen psychisch kranke und geistig behinderte Menschen versorgte,

folgte die Entwicklung der Heil- und Pflegeanstalt auf der Grundlage einer naturwissenschaftlich orientierten Medizin, während heute ein differenziertes Angebot einer sozialen Psychiatrie besteht.

Der Besuch des Museums ermöglicht zugleich eine Besichtigung der aus dem 13. Jahrhundert stammenden Zisterzienserkirche mit Kreuzgang und Klostergarten und des im Jahre 2001 eröffneten Tischbeinmuseums an der alten Klostermauer, das an die Geschichte der bekannten hessischen Malerfamilie erinnert.

LWV-Archiv



Logo des Psychiatriemuseums Haina

LWV-Archiv, Fotosammlung



Zwangsjacke aus dem 19. Jahrhundert im Psychiatriemuseum Haina

Was sonst geschieht im Jahr 1992:

- Das Konzept „Psychiatrie 2000“ als Leitlinie zur Fortsetzung der Psychiatriereform wird verabschiedet.
- Barbara Stolterfoht (SPD) wird zur Landesdirektorin gewählt.
- Das Datenverarbeitungsverfahren Finanzwesen wird eingeführt.
- Die Schulen für Gehörlose und die Schulen für Hörbehinderte erhalten einen gemeinsamen Auftrag als Schulen für Hörgeschädigte, Einzugsbereiche werden festgelegt.
- Die Krankenhausvollapotheke in Mammolshöhe wird aufgelöst.

Kommunalisierung von Altenhilfe und Jugendhilfe

Abschied des LWV von zwei traditionellen Bereichen

Foto: Ludger Ströter / LVR



Altenpflege

Mit Jahresbeginn 1993 werden die Landkreise und kreisfreien Städte in Hessen für die Hilfe zur Pflege alter Menschen, die in einem Pflegeheim untergebracht sind, zuständig. Bislang hatten das Landessozialamt (für ca. 20.000 Betroffene) und die Hauptfürsorgestelle (für ca. 1.700) diese Kosten übernommen. Die Änderung, die der LWV selbst mit angestoßen hat, soll alten Menschen eher als bisher den Verbleib in ihrer häuslichen Umgebung ermöglichen.

Mit dem Jahresende 1993 endet auch die LWV-Zuständigkeit für die Jugendhilfe. Seit den

1920er Jahren waren die LWV-Vorgängerverbände zugleich Landesjugendämter und Fürsorgeerziehungsbehörden gewesen. Viele Aufgaben des Landesjugendamts wurden in Hessen bereits 1953 vom Staat übernommen. Der LWV wurde für die Fürsorgeerziehung, die „Freiwillige Erziehungshilfe“ und die „ambulanten Hilfen“ zuständig. Ab Januar 1994 fällt die Finanzierung der Hilfen zur Erziehung und die Förderung von Erziehungsberatungsstellen direkt an die örtlichen Jugendämter. Der LWV bleibt Träger seiner Jugendheime, der Schulen für Erziehungshilfe und der Erziehungsstellen.

LWV-Pressestelle



Jugendhilfe in Bewegung

LWV-Archiv, Fotosammlung



In der Erziehungsberatungsstelle Kassel, um 1956

Was sonst geschieht im Jahr 1993:

- Die XI. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 1997) – Sitzverteilung: SPD 28, CDU 26, Bündnis 90/Grüne 9, REP 5, FWG 4, FDP 3.
- Eitel O. Höhne (SPD) wird erneut zum Präsidenten der Verbandsversammlung gewählt.
- Die Finanzkrise des LWV erreicht ihren Höhepunkt durch einen nicht kalkulierten Mehrbedarf von 238 Mio. DM bei der überörtlichen Sozialhilfe.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt Betriebssatzungen für die als Eigenbetriebe geführten Krankenhäuser und gleichzeitig die Umwandlung der Orthopädischen Kliniken Kassel und Wiesbaden, der psychiatrischen Kliniken an den Standorten Herborn und Haina sowie des Krankenhauses Weilmünster in gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung (in Haina nicht umgesetzt).
- Die Schulen für Sinnesgeschädigte werden zu überregionalen Beratungs- und Förderzentren.

Philippshospital präsentiert sich als WHO-Pilotkrankenhaus *Europäisches Netzwerk gesundheitsfördernder Krankenhäuser*



Foto 1994: Robert Heiler

Der erste Beigeordnete des LWV, Albrecht Glaser, und der Ärztliche Direktor des Philippshospitals, Dr. Hartmut Berger, mit dem Vertrag der WHO

Im Mai unterzeichnet der Erste Beigeordnete des LWV, Albrecht Glaser, einen Vertrag mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wodurch der Status des Philippshospitals als WHO-Pilotkrankenhaus besiegelt wird.

20 Krankenhäuser in Europa hatte die WHO 1993 für ein europäisches Netzwerk gesundheitsfördernder Krankenhäuser ausgewählt. Unter ihnen ist das Philippshospital das einzige Psychiatrische Krankenhaus. Sie alle verpflichten sich, in einem Fünf-Jahres-Projekt spezielle gesundheitsfördernde Maßnahmen modellhaft zu entwickeln, zu erproben und über die

Ergebnisse zu berichten. Dabei gibt es drei Schwerpunkte: patientenbezogene Projekte, mitarbeiter/innenbezogene Projekte sowie Maßnahmen, um die Einrichtung stärker in der Region zu verankern. Das gesamte Projekt wird während seiner Laufzeit vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit (Mannheim) wissenschaftlich begleitet.

Bei der Präsentation des Abschlussberichtes im April 1997 in Wien stellt das Philippshospital verschiedene Projekte vor, und der Ärztliche Direktor zieht eine positive Bilanz des WHO-Projektes.

Foto: Robert Heiler



Philippshospital Riedstadt bei der offiziellen Präsentation des WHO-Projektes am 17. Mai 1994

LWV-Archiv, Fotosammlung



Luftbild des Zentrums für Soziale Psychiatrie „Philippshospital“, Riedstadt

Was sonst geschieht im Jahr 1994:

- Eine Erziehungsstellensatzung wird beschlossen.
- Durch die Änderung der LWV-Hauptsatzung entfallen die Ämter von zwei weiteren hauptamtlichen Mitgliedern des Verwaltungsausschusses.
- Die Pflegedienstleiter bzw. -leiterinnen der Krankenhäuser werden zu Pflegedirektoren bzw. -direktorinnen ernannt.
- An der Johann-Peter-Schäfer-Schule (Schule für Blinde und Sehbehinderte) in Friedberg wird eine zweijährige Berufsfachschule eingerichtet.
- Die Richtlinien für die Errichtung und den Betrieb von Tagesstätten für psychisch Kranke/seelisch behinderte Menschen in Hessen werden beschlossen.

Erste Tagesklinik Sucht in Hessen eröffnet

Teilstationäre Angebote des LWV für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen

LWV-Pressestelle, Foto 1995: Rolf Gerner



Musikalische Umrahmung bei der Einweihung der Tagesklinik Sucht in Kassel

Im März eröffnet der LWV in der Kasseler Weißenburgstraße offiziell die erste eigenständige Tagesklinik Sucht in Hessen mit 11 Plätzen, eine Außenstelle des damaligen Psychiatrischen Krankenhauses Merxhausen. Doch der Beginn dieses teilstationären Angebotes datiert früher. 1992 wurde die Tagesklinik Sucht zunächst in Merxhausen selbst gegründet, bereits mit dem Ziel der Einrichtung eines eigenständigen Angebotes in Kassel. Das Bundesgesundheitsministerium erkannte diese Pionierleistung an und finanzierte die Begleitforschung des Projektes. Anfangs war die Finanzierung schwierig. Erst

nach langen Verhandlungen mit dem Hessischen Sozialministerium und den Krankenkassen konnte 1994 die Anerkennung der Tagesklinik und die Übernahme der Mietkosten durch das Land erreicht werden.

Heute verfügt die Tagesklinik (seit 1996 an ihrem neuen Standort in der Opernstraße) über 16 Behandlungsplätze. Ein multiprofessionelles Team betreut an Werktagen suchtkranke Menschen, die keine stationäre Therapie mehr benötigen, für die eine ambulante Therapie aber noch nicht ausreicht.

Was sonst geschieht im Jahr 1995:

- Lutz Bauer (SPD) wird zum Landesdirektor gewählt.

- Die ersten LWV-Krankenhäuser werden in die Rechtsform gemeinnütziger Gesellschaften mit beschränkter Haftung überführt (zunächst die Orthopädischen Kliniken).

- Die Verbünde der Kinder- und Jugendheime werden als Eigenbetriebe eingerichtet.

- Der LWV wird im sog. „Fall Löser“ zur Zahlung von 500.000 DM Schadenersatz an einen ehemaligen Patienten eines Psychiatrischen Krankenhauses verurteilt.

- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt eine Archivsatzung für den Verband.

- Die Firma Mummert & Partner führt eine Organisationsuntersuchung zur LWV-Struktur durch.

- Die zweite Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die Schulen für Sinnesgeschädigte erfolgt.

LWV-Pressestelle, Foto 1995: Rolf Gerner



Ulrike Bimber, Leiterin der Tagesklinik, erläutert das Behandlungskonzept

Foto: Uwe Zipperer



Patienten der Tagesklinik arbeiten ihre Sucht spielerisch in einem Puppentheaterstück auf

Vereinbarung über LWV-Verwaltungsreform geschlossen *Der LWV als sozialer Dienstleister*

LWV-Pressestelle, Foto 1996: Rolf Gerner



Vorstellung der Dienstvereinbarung über die LWV-Verwaltungsreform durch Vertreter des LWV Hessen und der ÖTV, auf dem Bild ÖTV-Gewerkschaftssekretärin Claudia Glock (3. v. l.), Lutz Klein, Erster Beigeordneter des LWV (4. v. l.), LWV-Landesdirektor Lutz Bauer (3. v. r.) und LWV-Gesamtpersonalratsvorsitzender Manfred Rompf (1. v. r.)

Im Mai unterzeichnen Landesdirektor Lutz Bauer für den LWV-Verwaltungsausschuss, die Gewerkschaft ÖTV und der LWV-Gesamtpersonalrat gemeinsame Erklärungen bzw. Dienstvereinbarungen zur Verwaltungsreform im Verband. Diese machen den Weg frei für die Verwaltungsreform im LWV und für die weitere Umwandlung von LWV-Einrichtungen in GmbHs. Ziel der Vereinbarungen ist der Abbau bürokratischer Strukturen, die Weiterentwicklung des LWV zu einem sozialen Dienstleister und eine größere Wirtschaftlichkeit der LWV-Verwaltungen.

Konkret geht es u. a. um eine Delegation von Entscheidungsbefugnissen auf die Sachbearbeiterebene, eine eigenverantwortlichere Arbeitsweise, um die Beschleunigung von Verwaltungsabläufen, die Modernisierung des Haushaltungswesens und um ein Controlling.

Der LWV verpflichtet sich, auf betriebsbedingte Änderungskündigungen im Zusammenhang mit der Reform zu verzichten, so dass niemand den Arbeitsplatz verliert. Durch regelmäßige Informationen und Fortbildungen werden die Beschäftigten in die Entwicklung des Verwaltungsreformprozesses einbezogen.



Informationsmaterial für die Mitarbeiterschaft und die Öffentlichkeit über die Verwaltungsreform

Was sonst geschieht im Jahr 1996:

- Lutz Klein (CDU) wird zum Ersten Beigeordneten gewählt.
- Die Rahmenvereinbarung „Einzelintegration“ für die Betreuung von Kindern mit Behinderungen und/oder drohenden Behinderungen in Regelkindergärten wird beschlossen.
- Die Außenstelle Hofgeismar des Psychiatrischen Krankenhauses Merxhausen wird eröffnet.
- Das Versorgungsangebot für Neurologie und Stimm- und Sprachkranke wird von der Taunusklinik Falkenstein zum Krankenhaus Weilmünster verlagert, die Taunusklinik wird geschlossen.

LWV-Pressstelle, Foto 1998: Beate Philipp



Arbeitsgruppensitzung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Höheren Kommunalverbände zum Thema Verwaltungsreform 1998 im Ständehaus in Kassel, im Bild (stehend) Dieter Hankel, stv. Dezernent für „Allgemeine Verwaltung“ im LWV

Psychiatrische Familienpflege gestartet

LWV initiiert Pilotprojekt für Hessen



Foto: Gundula Zeitz

Gast Hans K. (l.) und „Gastgeber“ Hartmut Müller, Familienpflege im Landkreis Waldeck-Frankenberg

Im Februar gibt die LWV-Verbandsversammlung den Startschuss für das fünfjährige Modellprojekt Psychiatrische Familienpflege. In das Modellprojekt sind die Psychiatrischen Krankenhäuser Eichberg (Eltville) und Merxhausen (Bad Emstal) einbezogen. Gastfamilien nehmen – gegen ein Betreuungsgeld – psychisch behinderte Menschen, die nicht allein leben können und ansonsten stationär betreut werden müssten, bei sich auf. Sowohl das neue Familienmitglied als auch die Gastfamilie werden sorgfältig ausgewählt und anschließend von einem Team der Klinik unterstützt.

Nach Startschwierigkeiten wird das Projekt in Merxhausen letztlich ein Erfolg: Rund 20 behinderte Menschen leben zum Ende der Projektphase in einer Gastfamilie. Dies bringt für alle Beteiligten Vorteile: für den behinderten Menschen eine verbesserte Lebensqualität, die individuellen Ansprüchen gerecht wird, für die Gastfamilie eine Aufgabe, die angemessen entlohnt wird und für den LWV eine Kostenersparnis im Vergleich zur stationären Unterbringung.

Gemäß Beschluss der Verbandsversammlung von 2002 soll das Projekt über die Modellphase hinaus weitergeführt werden.



LANDESWOHLFAHRTSVERBAND HESSEN
 Der Kommunalverband der hessischen Kreise und kreisfreien Städte

Die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Marburg, Institutsambulanz
sucht Familien

Die Eltern sind einen psychisch Kranken bei sich aufzunehmen, um ihm ein Leben außerhalb der Klinik zu ermöglichen

Interessierten werden gebeten, sich schriftlich oder telefonisch an die
KLINIK FÜR PSYCHIATRIE UND PSYCHOTHERAPIE
 - Institutsambulanz -, 34308 Bad Emstal

zu wenden. Telefon 0 56 24 / 60-4 75 - zwischen 9-12 Uhr

Anzeige zur Gewinnung von Gastfamilien für psychisch kranke Menschen

Richtlinien

für die
Familienpflege
 für psychisch Behinderte

· Psychiatrische Familienpflege ·



Landeswohlfahrtsverband
 Hessen

„Richtlinien für die Familienpflege für psychisch Behinderte – Psychiatrische Familienpflege –, Broschüre des Landessozialamts und der Pressestelle des LWV (1997)

Was sonst geschieht im Jahr 1997:

- Die XII. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 2001) – Sitzverteilung: SPD 30, CDU 25, Bündnis 90/Grüne 8, FWG 5, REP 5, FDP 2.
- Eitel O. Höhne (SPD) wird erneut zum Präsidenten der Verbandsversammlung gewählt.
- Das LWV-Leitbild wird verabschiedet.
- An der Johann-Peter-Schäfer-Schule (Schule für Blinde und Sehbehinderte) in Friedberg wird eine Mediothek zur Förderung der Integration blinder und sehbehinderter Kinder in Regelschulen eingerichtet.
- Die Außenstelle Hanau des Psychiatrischen Krankenhauses Gießen wird zur psychiatrischen Abteilung der Städtischen Kliniken Hanau weiterentwickelt.
- Die Vereinbarung über die Errichtung und Finanzierung von Betreutem Wohnen für behinderte Menschen in Hessen wird ergänzt („Kasseler Vereinbarung“).

Zentren für Soziale Psychiatrie und Sozialpädagogische Zentren gebildet

Neue Strukturen für die Einrichtungen

LWV-Pressestelle, Foto: Psychiatrisches Krankenhaus Eichberg



Zentrum für Soziale Psychiatrie Rheinblick, 1998 gebildet aus den Kliniken Eichberg und Rheinhöhe sowie dem Wohn- und Pflegeheim Eltville, hier das zentrale Gebäude der Einrichtung

Am 10. Juni beschließt die LWV-Verbandsversammlung, dass die Eigenbetriebe des LWV weiter verselbstständigt werden und unter neuen Namen firmieren. Ebenfalls im Jahr 1998 werden die Gründungen der gemeinnützigen GmbHs in Herborn, Köppern und Weilmünster wirksam. Mehrere Einrichtungen an einem Standort erhalten aus Steuerungs- und wirtschaftlichen Gründen eine einheitliche Betriebsform. Dabei bleibt jedoch die fachlich selbstständige Leitung der einzelnen Betriebszweige (z. B. einer Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie oder einer Heilpädagogischen Einrichtung) bestehen.

Mit dem 28. Juli erhalten die optimierten Eigenbetriebe neue Namen: „Zentrum für Soziale Psychiatrie“ anstatt Psychiatrisches Krankenhaus oder „Sozialpädagogisches Zentrum“ anstatt Jugendheimverbund. Der Begriff „Zentrum“ bringt die Erweiterung um ambulante und teilstationäre Angebote sowie die regionale Einbindung zum Ausdruck. „Soziale Psychiatrie“ verdeutlicht den Anspruch, die soziale Benachteiligung von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu vermeiden oder zu verringern.

LWV-Pressestelle, Foto 2001: Doris Wiese-Gutheil



Gebäude des Zentrums für Soziale Psychiatrie Rehbergpark (Herborn)

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1996



Das Klinikum Weilmünster, hier Gebäude der Neurologischen Klinik

Was sonst geschieht im Jahr 1998:

- Kurt Wilhelm Sauerwein (SPD) wird als Nachfolger des verstorbenen Eitel O. Höhne zum Präsidenten der LWV-Verbandsversammlung gewählt.
- Die Aufgabenbereiche „Beihilfe und Versorgung“ werden auf die Beamtenversorgungskasse Kassel verlagert.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt ein Konzept zur Budgetierung der Schulen für Hörgeschädigte, das erstmals im Haushalt 1999 umgesetzt wird.
- Die Vereinbarung über das Betreute Wohnen für Nichtsesshafte/Alleinstehende Wohnungslose in Hessen nach § 72 Bundessozialhilfegesetz tritt in Kraft.

LWV im Internet

Der LWV setzt auf neue Technologien

Postkarte aus: LWV-Info 4/99

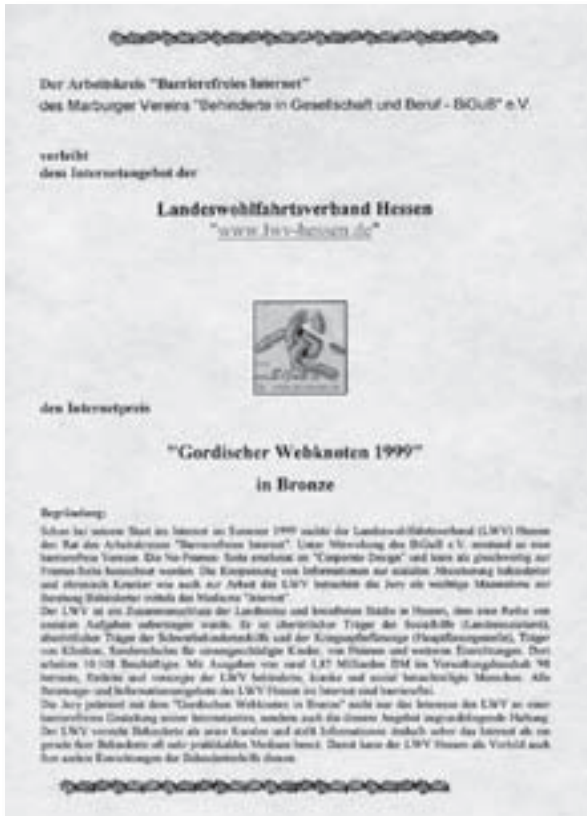


Logo zum LWV-Internetauftritt

1999 startet der LWV ins Internet. Das bedeutet nicht nur eine neue Qualität in der Öffentlichkeitsarbeit, sondern ebnet auch den Weg zu neuen Serviceangeboten: Z. B. lassen sich Formulare und Broschüren herunterladen, und Hilfe Suchende können direkt über das World Wide Web Kontakt zu den Zielgruppenmanagements aufnehmen. Die LWV-Homepage ist in einer sog. HTML-Version barrierefrei, also für blinde und wesentlich sehbehinderte Menschen lesbar.

Der LWV bemühte sich bereits frühzeitig um den Einsatz technischer Hilfsmittel in der Verwaltung. Bereits in den 1950er und frühen 1960er

Jahren wurden etwa Fernschreibgeräte, Anker-Buchungsmaschinen und elektrische Schreibmaschinen genutzt. Das Lochkartenverfahren wurde ab 1963 zuerst im Bereich der Blindenhilfe eingesetzt. 1978 war die EDV bereits ein unverzichtbares Instrument der Verwaltung geworden. 1989 hält die automatisierte Textverarbeitung in den LWV-Verwaltungen Einzug. Nach Einführung des dialogfähigen DV-Verfahrens „Finanzwesen“ (1992) bildete die Einführung des im LWV entwickelten Computerverfahrens ANLEI im Bereich der Sozialhilfe und Kriegsofferfürsorge im Dezember 1999 einen weiteren Markstein.



Urkunde zur Auszeichnung des Internetangebots des LWV durch den Arbeitskreis „Barrierefreies Internet“ des Vereins „Behinderte in Gesellschaft und Beruf“ (1999)

LWV-Pressestelle, Foto 1978: Rolf Gerner



Die neu eingerichtete EDV-Stelle der LWV-Hauptverwaltung in Kassel

Was sonst geschieht im Jahr 1999:

- Im Zuge der Verwaltungsreform wird die hierarchische Struktur der traditionellen Dezernate „Landessozialamt“ und „Hauptfürsorgestelle“ durch Zielgruppenmanagements abgelöst, denen 26 Regionalmanagements zugeordnet sind.
- Das LWV-Fortbildungszentrum zieht von der Mammolshöhe (Königstein) nach Gießen um.
- Die Zweigverwaltungen in Darmstadt und Wiesbaden werden zu Regionalverwaltungen umgestaltet.
- Die Geschäftsordnung für die überregionalen Sonderschulen für Sinnesgeschädigte und die angegliederten sozialen Einrichtungen des LWV Hessen wird verabschiedet.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt den Aufbau einer Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Wiesbaden in den Räumlichkeiten der ehemaligen Orthopädischen Klinik als Betriebszweig des Zentrums für Soziale Psychiatrie Rheinblick, Eltville.
- Ein Rahmenvertrag zu den Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen nach § 93 Absatz 2 Bundessozialhilfegesetz wird geschlossen.
- Die Rahmenvereinbarung Integrationsplatz wird abgeschlossen mit gleichzeitiger Verlagerung der Zuständigkeit für behinderte Kinder in Kindertagesstätten auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe (Übergang bis 2002).

150 Jahre Schule für blinde Menschen in Friedberg

Die „Johann-Peter-Schäfer-Schule“, zentrale Schule für blinde und sehbehinderte Schüler/innen in Hessen

LWV-Pressestelle, Foto: F. Eichenauer



Unterricht in der Johann-Peter-Schäfer-Schule

Die Vielfalt der Angebote für blinde und sehbehinderte junge Menschen wird im August bei der Feierstunde zum 150-jährigen Jubiläum der Johann-Peter-Schäfer-Schule in Friedberg hervorgehoben. Die Schule ist mittlerweile die öffentliche Zentralschule für blinde junge Menschen in Hessen überhaupt. Rund 200 Schülerinnen und Schüler werden in 34 Klassen unterrichtet.

1850 – vor 150 Jahren – begann Johann Peter Schäfer mit einem Schüler den Unterricht in seiner Wohnung, ein Jahr später entstand ein Neubau für 40 Schülerinnen und Schüler. 1879 übernahm das Großherzogtum Hessen die Ein-

richtung, 1953 ging sie an den LWV – wie alle hessischen Sonderschulen von überregionaler Bedeutung. 1970 erhielt die Schule ihren heutigen Namen. 1986-1990 entstand der Neubau, der heute Schule und Internat beherbergt.

Für etwa 150 Jungen und Mädchen wird hier zusätzlich Internatsbetreuung und für Fahrschüler eine Hortbetreuung angeboten. Darüber hinaus werden die Vorbereitung auf die Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen oder der Besuch der Berufsfachschule (Wirtschaft und Verwaltung) mit einer überbetrieblichen Ausbildung zur Bürokraft angeboten.

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto 1963



Blinde Schüler der Schule in Friedberg springen vom Dreimeterbrett

LWV-Pressestelle



Grundsteinlegung für den Neubau der Schule in Friedberg im Jahr 1986 durch Landesdirektor Dr. Tilman Pünder (r.)

Was sonst geschieht im Jahr 2000:

- Die erste Neuropsychiatrische Klinik wird im Zentrum für Soziale Psychiatrie Kurhessen in Merxhausen eingerichtet.
- Lutz Bauer (SPD) wird als Landesdirektor wiedergewählt.
- Der Schulneubau der Freiherr-von-Schütz-Schule (Schule für Hörgeschädigte) in Bad Camberg wird zum 180. Gründungstag der Schule eröffnet.

Sozialgesetzbuch IX in Kraft getreten

Neuregelung der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

LWV-Pressestelle, Foto 1991: Rolf Gerner



Bildschirmarbeitsplatz für Menschen mit Sehbehinderung

Am 1. Juli tritt das Sozialgesetzbuch (SGB) IX in Kraft, das die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen neu regelt und das in seinem Teil 2 das bisherige Schwerbehindertengesetz beinhaltet. Mit dem SGB IX werden vor allem die Leistungen der Rehabilitationsträger stärker vereinheitlicht und miteinander verzahnt.

Im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, für den der LWV hessenweit zuständig ist, wird damit beispielsweise die Kostenheranziehung behinderter Menschen und ihrer Angehörigen abgebaut. Im Bereich des Schwerbehindertenrechts fallen insbesondere einige sprachliche Anpassungen ins Auge: Aus

dem Teil der Hauptfürsorgestelle, der für das Schwerbehindertenrecht zuständig ist, wird das „Integrationsamt“. Damit verbunden benennt der LWV das Zielgruppenmanagement (ZGM) „Schwerbehindertenrecht“ um. Unter dem Namen „Behinderte Menschen im Beruf“ ist das ZGM weiterhin tätig in den Bereichen:

- Arbeitsplatzbezogene Hilfen für schwerbehinderte Menschen und deren Arbeitgeber
- Besonderer Kündigungsschutz
- Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe
- Förderung von Integrationsfachdiensten und Integrationsprojekten



Broschüre des LWV-Integrationsamts zum neuen SGB IX (2001)

LWV-Pressestelle, Foto 1999



Arbeitsplatz (Tastatur mit Braille-Zeile) für einen blinden Mitarbeiter

Was sonst geschieht im Jahr 2001:

- Die XIII. Wahlperiode der Verbandsversammlung beginnt (bis 2006) – Sitzverteilung: SPD 30, CDU 29, Bündnis 90/Grüne 5, FDP 4, FWG 4, REP 1.
- Kurt Wilhelm Sauerwein (SPD) wird erneut zum Präsidenten der Verbandsversammlung gewählt.
- Lutz Klein (CDU) wird als Erster Beigeordneter wiedergewählt.
- Das Inkrafttreten der Verordnung zur Durchführung des § 72 Bundessozialhilfegesetz ermöglicht die Weiterentwicklung der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.
- Die Erprobungsphase für den Gesamtplan des Projektes Qualität und Wirkung (nach § 46 Bundessozialhilfegesetz) beginnt.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt das Konzept zur Sanierung und wirtschaftlichen Zukunftssicherung der Sozialpädagogischen Zentren.
- Der LWV kauft die Liegenschaft der Schule am Sommerhoffpark in Frankfurt a. M. an.
- Die Orthopädische Klinik Wiesbaden wird geschlossen, ihr Versorgungsangebot wird auf das St. Josefs-Hospital in Wiesbaden übertragen.
- Der LWV tritt der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern bei.
- Der LWV gibt die Krebskrankenhilfe für Menschen ab dem 65. Lebensjahr an die örtlichen Sozialhilfeträger ab.
- Der LWV stellt das Konzept Wohnen im Verbund vor.

Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn gebildet *Zusammenschluss der bisherigen Einrichtungen in Gießen und Marburg*

Foto 2003: ZSP Mittlere Lahn / Marco Dingeldein



Neues „Firmenschild“ der Marburger Betriebsteile des Zentrums für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn

Zum 1. Januar werden die bisherigen Zentren für Soziale Psychiatrie Gießen und Marburg-Süd zu einem gemeinsamen Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn zusammengeschlossen. Unter dem gemeinsamen Dach des Zentrums bleiben drei eigenständige Betriebszweige in Marburg und ein Betriebszweig in Gießen erhalten. Mit dem Zusammenschluss versucht der LWV, den veränderten Anforderungen der psychiatrischen Versorgung gerecht zu werden. Mit der Fusion erhalten zwei traditionsreiche Psychiatriestandorte des LWV eine gemeinsame

Organisationsstruktur. Der Standort Marburg war 1876 als „Irrenheilanstalt Marburg“ des damaligen Ständischen Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Kassel (eines der LWV-Vorgänger) gegründet worden und hatte sich von jeher durch seine Nähe zur Marburger Universität ausgezeichnet. In Gießen hatte das Großherzogtum Hessen im Jahr 1911 die „Landes-Heil- und Pflegeanstalt Gießen“ eröffnet – auch hier hat eine Rolle gespielt, dass Gießen Universitätsstadt war.

Was sonst geschieht im Jahr 2002:

- Die dritte Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die Schule für Sinnesgeschädigte erfolgt.
- Die Schulgebäude und die alte Turnhalle der Freiherr-von-Schütz-Schule (Schule für Hörgeschädigte) in Bad Camberg werden saniert.
- Eine Leistungsvereinbarung für die Frühförderung sinnesgeschädigter Kinder in Hessen wird mit den kommunalen Spitzenverbänden abgeschlossen (gemäß § 93 Bundessozialhilfegesetz).
- Die „Hessische Fachkonferenz § 72 BSHG“ wird als Forum für fachliche Weiterentwicklung, Bearbeitung inhaltlicher und rechtlicher Fragen gegründet (z. B. Vereinheitlichung der Qualitätsmerkmale für ambulante und stationäre Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten).
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt das Rahmenkonzept für eine bedarfsgerechte Versorgung von körperlich behinderten Erwachsenen in Hessen vom 18. bis 65. Lebensjahr.
- Die LWV-Verbandsversammlung beschließt, den Versorgungsauftrag und die Trägerschaft für das Zentrum für Soziale Psychiatrie Werra-Meißner (in Hessisch-Lichtenau) ab 1. Januar 2004 auf den Werra-Meißner-Kreis zu übertragen.
- Ein Forensikbeirat wird in Bad Emstal eingerichtet.

LWV-Archiv, Fotosammlung, Foto um 1930



In der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Gießen

LWV-Archiv, Fotosammlung

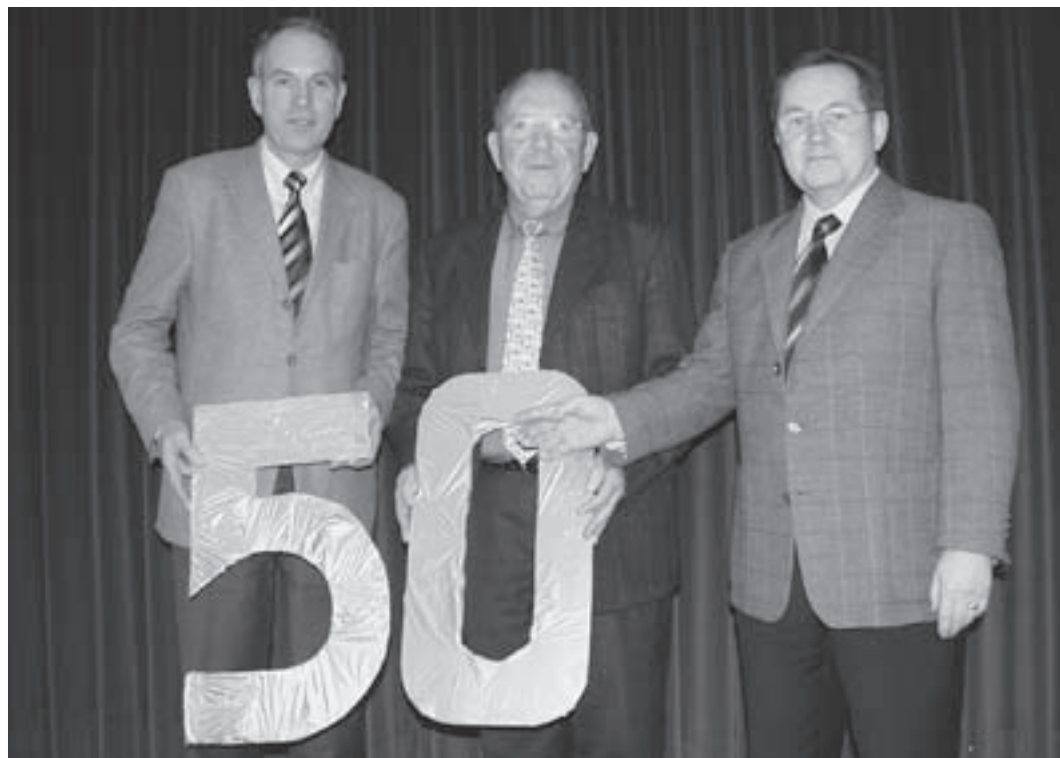


Historischer Stich der „Irrenheilanstalt Marburg“ aus der Vogelperspektive nach einer 1873/74 erstellten Planzeichnung

50 Jahre LWV Hessen

Der Verband begeht sein Gründungsjubiläum

LWV-Pressestelle, Foto 2003: Jörg Daniel



Präsident Kurt Wilhelm Sauerwein (Mitte), Landesdirektor Lutz Bauer (r.) und Erster Beigeordneter Lutz Klein im Jubiläumsjahr

Der LWV Hessen begeht sein 50. Verbandsjubiläum. Das Jubiläum ist für den Verband Anlass sowohl für eine Vergegenwärtigung seiner Wurzeln als auch für eine intensive Beschäftigung mit Aufgaben in Gegenwart und Zukunft.

Anlässlich des 50. Jahrestags der Verabschiedung des Mittelstufengesetzes findet im Mai im Ständehaus in Kassel eine parlamentarische Festveranstaltung der LWV-Verbandsversammlung statt; im September erinnern die Abgeordneten in Fulda an die 50. Wiederkehr der ersten Konstituierung der Verbandsversammlung.

Das LWV-Jubiläum wird aber nicht ausschließlich zentral gewürdigt: Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen überall in Hessen, insbesondere in den LWV-Einrichtungen, soll die Breite der Aufgaben verdeutlicht werden. Ein gemeinsamer Veranstaltungskalender gibt einen Überblick über die Vielfalt der Angebote. Das Spektrum reicht von der Fachtagung bis zum Sportfest, von der Führung bis zur kulturellen Veranstaltung. Auch auf dem Fest der Hessen, dem Hessentag in Bad Arolsen, ist der LWV erneut vertreten.



Titelbild des LWV-Infos zum 50. Jubiläum 2003

Was sonst geschieht im Jahr 2003:

- 2003 ist das von der EU deklarierte Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen.
- Im Januar tritt das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Kraft.
- Der Neubau der Schule am Sommerhoffpark (Schule für Hörgeschädigte) in Frankfurt a. M. beginnt.
- Im März eröffnet der LWV in seinen Räumen eine gemeinsame Servicestelle, wie sie im Sozialgesetzbuch (SGB) IX vorgesehen ist.

Mai					
Datum / Uhrzeit	Veranstalter *	Titel/Thema	Veranstaltungsort	Ansprechpartner	Teilnehmerkreis
09.05. 10.00 Uhr	LWV-Verbandsversammlung	50 Jahre LWV Hessen – Parlamentarische Festveranstaltung	Ständepplatz 6-10, 34117 Kassel (Ständehaus)	Jörg Daniel 0561/1004-2213	Abgeordnete der Verbandsversammlung, geladene Gäste
10.05. 15.00 Uhr	ZSP Bergstraße	„Ehrenamtliche Arbeit in der Psychiatrie-Erfahrungen und Zukunft“ – Auftaktveranstaltung zu einer Vortragsreihe	Ludwigstr. 54 64646 Heppenheim	Petra Weisenstein 06252/16-275	Ehrenamtlich und beruflich in der Psychiatrie Tätige
11. – 14.05.	Arbeitskreis der Schwerbehindertenvertretungen der Deutschen Automobilindustrie in Koop. mit dem LWV	Jahrestreffen anl. des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderung 2003	Adam Opel AG, Rüsselsheim	Walter Pohl 06151/801-209	Gesonderte Einladung
15.05. 09.00 Uhr	SPZ Wabern-Homburg	Sportfest	Kurfürstenstr. 26, 34590 Wabern (Sportplatz und Heimgelände)	Ute Zimmer 05683/599 58	Jugendliche, Mitarbeiter, Schulen im Schwalm-Eder-Kreis
15.05. 09.00 – 16.30 Uhr	HV, FB Einrichtungen, KIP Haina	„Forensik in der Vernetzung“ – Fachtagung	Licher Straße 106, 35394 Gießen (Haus 7)	Dr. Rüdiger Müller-Isberner 0641/ 4995-100	Leitende Ärzte psychiatrischer Krankenhäuser und Abteilungen, Entscheidungsträger aus dem komplementären Bereich
24.05. 19.00 – 21.30 Uhr	ZSP Am Mönchberg	„3+1“ – Tenor-Gala aus Oper und Operette	Mönchberg 8, 65589 Hadamar (Klostergebäude)	Marlene Becker 06433/917-270	offen (Vorverkauf)
15.05. 09.00 Uhr	Stiftungsforsten Haina	„Stamford'scher Garten Haina“ Führung in der Reihe „Pfade in die Natur“, Naturpark Kellerwald-Ederssee	Königsgrund 1, 35114 Haina (Kloster) (Tischbeinhaus)	Manfred Albus 06456/812-311	offen

Blick in den Veranstaltungskalender zum LWV-Jubiläum

